

#### **STADT NÜRNBERG**

# SACHVERSTÄNDIGENBERICHT 2006 DES RECHNUNGSPRÜFUNGSAMTES (TEIL I)



#### STADT NÜRNBERG

# SACHVERSTÄNDIGENBERICHT 2006 DES RECHNUNGSPRÜFUNGSAMTES (TEIL I)

Zu den Prüfungsinhalten und -ergebnissen der bis zum 10.11.2006 abgeschlossenen Prüfungen sowie

#### **Zur Feststellung und Entlastung**

- ✓ Jahresabschluss 2005 des Regiebetriebes
  - Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Herpersdorf
- ✓ Jahresabschluss 2005 des Sondervermögens Klinikum
- ✓ Jahresabschlüsse 2005 der Eigenbetriebe
  - Stadtentwässerungsbetrieb
  - Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetrieb Nürnberg
  - NürnbergStift

Abschlusstag: 10.11.2006

Inhaltsverzeichnis

0	Vori	ORBEMERKUNGEN			
	0.1	Prüfui	ngsauftrag	7	
	0.2	Prüfui	ngsunterlagen	8	
	0.3	Prüfui	ngsanforderungen und Prüfungsdurchführung	9	
	0.4	Festst Entlas	tellung der Jahresrechnungen und -abschlüsse der Vorjahre sowie stung	10	
	0.5	Überö	rtliche Prüfung	10	
1	JAHF	RESABS	CHLUSS 2005 DER STADT NÜRNBERG	13	
	1.1	Finan	z- und Haushaltswirtschaft	13	
		1.1.1	Kennzahlen des doppischen Jahresabschlusses 2005	13	
		1.1.2	Stand der Abschlussprüfung	15	
	1.2	Festst	tellungen aus der Prüfung der Profit-Center (E)	15	
		1.2.1	E10001 "Zentrale Dienste" u.a. Anmietung von Kopiergeräten bei den Schulen und der Stadtverwaltung	15	
		1.2.2	E10001 "Zentrale Dienste" u.a. Prüfung der Kontierung und Budgetierung in der Doppik	16	
		1.2.3	E10504 "Ordnungsamt"	16	
		1.2.4	E41701 "Bildungszentrum"	17	
		1.2.5	E47101 "Musikschule"	18	
		1.2.6	E50035 und E50042 "Hilfe zur Gesundheit nach dem SGB XII"	18	
		1.2.7	E50102 "SGB II örtlich" und E50103 "SGB II überörtlich" Prüfung der Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 SGB II	19	
		1.2.8	E52001 "Jugendamt" u.a. Prüfung von Personalausgaben	22	
		1.2.9	E52006 "Hilfe zur Erziehung" u.a. Heranziehung zu Kostenbeiträgen für stationäre und teilstationäre Leistungen sowie vorläufige Maßnahmen im Rahmen der Jugendhilfe	22	
		1.2.10	E53002 "Förderung der Gesundheitspflege"	25	
		1.2.11	E90007 "Staatstheater Nürnberg"	26	
	1.3	Kasse	enprüfungen	27	
	1.4	Inform	nations- und Kommunikationstechnik	28	
		1.4.1	Prüfung der Informations- und Kommunikationstechnik	28	
		1.4.2	Einzelfälle	29	
		1.4.3 1.4.4	Vergabeprüfung	33	
			Teamprüfungen	33	
	1.5		nische Rechnungsprüfung	34	
		1.5.1 1.5.2	Allgemeines	34	
		1.5.2	Ex ante-Prüfung Ex post-Prüfung, Schwerpunktprüfungen	36 41	
		1.5.4	Eigenbetriebe FSN und NüBad	43	
		1.5.5	Beteiligungsunternehmen	44	
	1.6		ervermögen Regiebetrieb "Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme		
		Herpe	rsdorf"	45	
	1.7		gung der Stadt bei Beteiligungsunternehmen in Rechtsformen des	40	
		private	en Rechts	48	

Inhaltsverzeichnis

		1.7.1 1.7.2	Unter Art. 94 Abs. 1 GO fallende Unternehmen	49
			Sonstige Beteiligungen	54
	1.8		gsprüfungen	54
		1.8.1	Deutsch-Amerikanisches Institut Amerika-Haus Nürnberg e.V.	54
		1.8.2	Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Nürnberg	55
		1.8.3	Haus der Heimat e. V.	56
		1.8.4	Mittelfränkisch-schwäbischer Zweckverband Hochschule für Musik Nürnberg-Augsburg	57
2	JAHF	RESABS	CHLUSS 2005 DER RECHTSFÄHIGEN STIFTUNGEN	61
	2.1	Überb	lick	61
	2.2	Haush	altssatzung, Haushaltspläne	61
	2.3	Eröffn	ungs- und Schlussbilanzen	62
	2.4	Rechn	ungsprüfung	62
3	JAHF	RESABS	CHLUSS 2005 DES KLINIKUMS	63
	3.1	Vorbe	merkung	63
	3.2		ervermögen Klinikum	64
		3.2.1 3.2.2	Wirtschaftsplan 2005	64 64
		3.2.2	Feststellung des Jahresabschlusses 2004 und Entlastung Bilanzentwicklung 2005	65
	3.3	Komm	unalunternehmen Klinikum	66
		3.3.1	Bilanzentwicklung 2005	67
		3.3.2	Gewinn- und Verlustrechnung 2005	69
	3.4	Schwe	erpunktprüfungen durch Rpr	71
		3.4.1	"Nutzungsentgelte der Ärzte für ambulante und gutachterliche Nebentätigkeiten aus steuerrechtlicher Sicht"	71
		3.4.2	Personalausgaben	72
		3.4.3	Technische Prüfung	72
	3.5		g: Bilanz, GuV-Rechnung und Anlagennachweis des Sondervermögens	
		Klinik	um Nürnberg zum 31.12.2005	73
4	JAHF	RESABS	CHLÜSSE 2005 DER EIGENBETRIEBE	77
	4.1	Prüfur	ngsgrundlagen in den Eigenbetrieben	77
	4.2	Jahres	sabschluss 2005 des Stadtentwässerungsbetriebes	78
		4.2.1	Allgemeines	78
		4.2.2	Haushaltssatzung, Wirtschaftsplan, Finanzplanung	79
		4.2.3	Feststellung des Jahresabschlusses 2004 und Entlastung	79
		4.2.4	Jahresabschluss 2005	80
		4.2.5	Beschaffungen	84
		4.2.6	Technische Prüfung	85
		4.2.7	Anhang: Bilanz, GuV-Rechnung und Anlagennachweis zum 31.12.2005	86
	4.3	Jahres Nürnb	sabschluss 2005 des Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetriebes erg	89

Inhaltsverzeichnis

		4.3.1	Allgemeines	89
		4.3.2	Haushaltssatzung, Wirtschaftsplan, Finanzplanung	90
		4.3.3	Feststellung des Jahresabschlusses 2004 und Entlastung	91
		4.3.4	Jahresabschluss 2005	91
		4.3.5	Beschaffungen	95
		4.3.6	Technische Prüfung	95
		4.3.7	Anhang: Bilanz, GuV-Rechnung und Anlagennachweis zum 31.12.2005	96
	4.4	Jahre	sabschluss 2005 des NürnbergStifts	99
		4.4.1	Allgemeines	99
		4.4.2	Haushaltssatzung, Wirtschaftsplan, Finanzplanung	100
		4.4.3	Feststellung des Jahresabschlusses 2004 und Entlastung	100
		4.4.4	Jahresabschluss 2005	101
		4.4.5	Personalausgaben	106
		4.4.6	Anhang: Bilanz, GuV-Rechnung, Anlagennachweis und Fördernachweise zum 31.12.2005	107
5	ZEN	TRALE A	ANLAUFSTELLE FÜR KORRUPTIONSPRÄVENTION	113
6			GEFASSTES PRÜFUNGSERGEBNIS, EMPFEHLUNG ZUR FESTSTELLUNG DER CHLÜSSE 2005 SOWIE ENTLASTUNG	115
	<b>Ј</b> АПІ	NESABS	CHLUSSE 2003 SOWIE LIVILASTUNG	113
7	<b>VER</b>	ZEICHNI	S DER ABKÜRZUNGEN	117

Ein Hinweis zur Sprachregelung: Der Artikel "der", "die" oder "das" ist bei Personenbezeichnungen und bei der Bezeichnung von Personengruppen nicht generell als Markierung des Geschlechts zu verstehen (Institut für deutsche Sprache, Mannheim). Dies gilt auch für den vorliegenden Text. Sofern nicht ausdrücklich anders bezeichnet, ist stets die weibliche **und** die männliche Form gemeint.

#### 0 VORBEMERKUNGEN

#### 0.1 Prüfungsauftrag

Die Jahresrechnung der Stadt (ab 2005 doppischer Jahresabschluss) sowie die Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe und der Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen werden durch den Rechnungsprüfungsausschuss geprüft (örtliche Rechnungsprüfung gem. Art. 103 Abs. 1 GO).

Die Rechnungsprüfung erstreckt sich gem. Art. 106 Abs. 1 GO insbesondere darauf, ob

- die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan eingehalten worden sind,
- die Einnahmen und Ausgaben begründet und belegt sind,
- die Jahresrechnung und die Vermögensnachweise ordnungsgemäß aufgestellt sind,
- wirtschaftlich und sparsam verfahren wird,
- die Aufgaben mit geringerem Personal- oder Sachaufwand oder auf andere Weise wirksamer erfüllt werden können.

Inhalte der Rechnungsprüfung sind außerdem

- die Wirtschaftsführung der Krankenhäuser einschl. der Jahresabschlüsse (gem. Art. 106 Abs. 2 GO),
- die Wirtschaftsführung der Eigenbetriebe (Art. 106 Abs. 3 GO),
- die Betätigung der Gemeinde bei Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts und bei Kommunalunternehmen. Die Rechnungsprüfung umfasst außerdem die Buch-, Betriebs- und sonstigen Prüfungen, die sich die Gemeinde bei der Hingabe eines Darlehens oder sonst vorbehalten hat (Art. 106 Abs. 4 GO).

Die sich durch die Verselbständigung des Klinikums Nürnberg zum 01.01.1998 ergebenden örtlichen Besonderheiten sind in Abschnitt 3 dargestellt.

Zur Rechnungsprüfung gehört auch die Überwachung der ordnungsgemäßen Erledigung der Kassengeschäfte, die ordnungsgemäße Einrichtung der Kassen und das Zusammenwirken mit der Verwaltung (Art. 106 Abs. 5 GO).

Prüfungsorgan gem. Art. 103 Abs. 1 GO ist der Rechnungsprüfungsausschuss. Da dieser wegen des Umfangs des Prüfungsstoffs nicht selbst ausreichend prüfend tätig werden kann, ist gem. Art. 103 Abs. 3 GO das Rechnungsprüfungsamt umfassend als Sachverständiger heranzuziehen.

Abschnitt 0: Vorbemerkungen

Als Grundlage für die Prüfung durch den Rechnungsprüfungsausschuss werden Sachverständigenberichte vorgelegt, die eine Zusammenfassung der Prüfungsfeststellungen des Rechnungsprüfungsamtes (Rpr) darstellen.

Nachdem die kamerale städtische Rechnungslegung (bis 2004) jeweils recht zeitnah abgeschlossen und vergleichsweise zügig prüfbar war, konnte Rpr in der Regel bis zum November des dem zu prüfenden Haushaltsjahr folgenden Jahres einen Sachverständigenbericht vorlegen, der – abgesehen von "Nachzüglern" innerhalb der Eigenbetriebe – alle vorgeschriebenen Prüfungsgebiete beinhaltete. Wie der aktuell (November 2006) noch nicht vollständig vorliegende und deswegen noch nicht geprüfte doppische Jahresabschluss 2005 zeigt, wird beim doppelten kaufmännischen Jahresabschluss sowohl für die Aufstellung als auch für die Prüfung aufgrund der größeren Komplexität (zumindest in den ersten Jahren) wesentlich mehr Zeit benötigt als bis 2004 im kameralen System. Daher ist nicht mehr möglich, in nur einem Sachverständigenbericht möglichst zeitnah über die relevanten Rpr-Prüfungen zu unterrichten und gleichzeitig schon alle Prüfungsgebiete abgeschlossen zu haben.

Im vorliegenden Sachverständigenbericht 2006 (Teil I) sind deswegen die Ergebnisse der Prüfung des doppischen Abschlusses der Stadt 2005 – Prüfung durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) mit Einbindung Rpr – noch nicht enthalten. Nach Abschluss dieser für alle Beteiligten recht anspruchsvollen Prüfung wird Rpr den Sachverständigenbericht (Teil II) vorlegen. Beide Berichte bilden dann die Grundlage für die Prüfung durch den Rechnungsprüfungsausschuss der Wirtschaftsführung und des doppischen Jahresabschlusses der Stadt 2005.

Die bei den städtischen Regiebetrieben und Eigenbetrieben zum Wirtschaftsjahr 2005 vollständig durchgeführten Prüfungen sind in diesem vorliegenden Sachverständigenbericht abschließend aufgenommen. Der Rechnungsprüfungsausschuss kann hier insoweit begutachten. Die Abschlussprüfungen von FSN (2005) und NüBad (2004 und 2005) sind noch nicht beendet, folglich müssen die Begutachtungen zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

#### 0.2 Prüfungsunterlagen

Zur Prüfung werden insbesondere herangezogen:

- Haushaltssatzungen mit den Haushalts- und Wirtschaftsplänen
- Jahresrechnungen und Jahresabschlüsse samt der dazugehörenden Anlagen
- Zeit- und Sachbücher der Stadtkasse und der Zahlstellen
- Kassenanordnungen, Auszahlungsnachweise und Buchungsunterlagen
- Summen- und Saldenlisten, Kontenblätter und Buchungsbelege der Sonderkassen sowie weitere begründende Unterlagen für die Jahresabschlüsse
- Vermögensrechnung
- Akten und Vorgänge der Fachdienststellen
- Betriebsabrechnungen

Abschnitt 0: Vorbemerkungen

#### 0.3 Prüfungsanforderungen und Prüfungsdurchführung

In den Sachverständigenberichten der letzten Jahre wurde wiederholt über verschiedene Aspekte der Rechnungsprüfung im Zeichen der Verwaltungsreform berichtet. Dabei wurden auch die in quantitativer und qualitativer Hinsicht steigenden Anforderungen an das Rechnungsprüfungsamt verdeutlicht. Diese sind insbesondere Ausfluss von

- neuen bzw. erweiterten Aufgaben, wie die Übernahme der bisher vom Wirtschaftsprüfer durchgeführten Jahresabschlussprüfung des NürnbergStifts oder einer intensivierten Korruptionsprävention (durch Einrichtung der Zentralen Anlaufstelle für Korruptionsprävention, Ausbau der Mobilen Prüfung im technischen Bereich und weitere Aktivitäten),
- Änderungen in der Struktur der Verwaltung sowie in den Arbeitsabläufen bzw. eingesetzten Instrumentarien. Stichworte: Dezentrale Ressourcenverwaltung bzw. flächendeckende Budgetierung, rechtliche/organisatorische Verselbständigung von Organisationseinheiten und hierbei jeweils Übernahme der kaufmännischen Buchführung (Eigenbetriebe, Sondervermögen, Staatstheater) sowie stetig zunehmende kaufmännisch-betriebswirtschaftliche Denkweisen und Ausgestaltungen in den verschiedensten Bereichen.

Es wurde auch dargestellt, wie das Rechnungsprüfungsamt bestrebt ist, diese Entwicklung mit gleichzeitig zu bewältigenden Konsolidierungsmaßnahmen und daraus resultierenden Kapazitätseinbußen in Einklang zu bringen (durch innerbetriebliche Aufgabenkritik bzw. Prozessoptimierung, durch Personalentwicklung u.ä.), wobei dem letztlich Grenzen gesetzt sind.

Zur Prüfungsdurchführung wurde deutlich gemacht, dass – ohne die Prüfung der Recht- und Ordnungsmäßigkeit zu vernachlässigen – der Prüfung der Wirtschaftlichkeit wesentlich größere Bedeutung zukommt. In Ergänzung der Prüfungen ex post, also im nachhinein, wird die begleitende Prüfung stärker forciert. Besondere Bedeutung kommt dabei der projektbegleitenden Prüfung zu, da gerade im Projektstadium Hinweise und Empfehlungen am wirkungsvollsten eingebracht und berücksichtigt werden können. Ganz besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Mitwirkung von Prüfern verschiedener Fachbereiche in den Projektgruppen und in Teilprojektgruppen "Neues Rechnungswesen Nürnberg" (NRN) sowie "Personalmanagementsystem" (PMS) und die Beteiligung am Projekt "IT-Konsolidierung".

Spezielles Augenmerk richtet das Rechnungsprüfungsamt auf Prüfungen durch sog. Prüfungsteams, die je nach Aufgabenstellung auch aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verschiedener Abteilungen und Disziplinen bestehen. Dadurch können komplexe Prüfungsaufgaben qualifiziert erledigt werden.

Die Prüfungen generell werden überwiegend mittels ausgewählter Stichproben durchgeführt, die jedoch einen ausreichenden Einblick in die Materie ermöglichten, so dass Aussagen zur Recht- und Ordnungsmäßigkeit sowie Wirtschaftlichkeit mit hinreichender Sicherheit erfolgen können. Besonderen Anforderungen ist in diesem Zusammenhang bei den Prüfungen in städtischen Unternehmen und den weiteren Einrichtungen außerhalb der Stadtverwaltung Rechnung zu tragen, da hier in der Regel die städtische Querschnittsverwaltung Kontrollaufgaben nur eingeschränkt wahrnehmen kann.

Wenn im folgenden Bericht Geschäftsbereiche oder Dienststellen häufiger als andere genannt werden, lässt dies keine Rückschlüsse auf die jeweilige Geschäftsführung zu; dies ist vielmehr Ergebnis der Prüfungsplanung. Grundsätzlich wird nach einem 6-Jahres-Turnus vorgegangen, d. h. innerhalb von 6 Jahren sollte jedes Profit-Center (bis 2004 Haushaltsunterabschnitt) ein-

Abschnitt 0: Vorbemerkungen

mal geprüft werden (soweit nicht Bereiche betroffen sind, die ohnedies jährlich zu prüfen sind oder Querschnittsprüfungen Anwendung finden).

Zukünftig soll die Monatsplanung bei Rpr durch eine Jahresplanung ergänzt werden, im Sinne einer weiteren Optimierung des Prüfungseinsatzes.

Eine große Herausforderung stellt die seit dem Haushaltsjahr 2005 eingeführte doppelte kaufmännische Buchführung in der Stadtverwaltung dar. Aufgrund der Komplexität insgesamt dieses neuen Rechnungswesens ist der BKPV sowohl um die Prüfung der Eröffnungsbilanz als auch des ersten doppischen Jahresabschlusses (2005) der Stadt gebeten worden, jeweils unter Einbindung von Rpr. Ab dem Jahresabschluss 2006 wird Rpr wieder eigenständig prüfen und durch notwendige reorganisatorische Maßnahmen im Amt ein kompetentes Prüfungsteam für die Doppik aufstellen.

## 0.4 Feststellung der Jahresrechnungen und -abschlüsse der Vorjahre sowie Entlastung

Die Jahresrechnungen 2004 der Stadt und der von ihr verwalteten rechtsfähigen Stiftungen sowie die Jahresabschlüsse 2004 des Sondervermögens Klinikum, des Stadtentwässerungsbetriebes, des Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetriebes, des NürnbergStifts sowie des Franken-Stadion Nürnberg wurden vom Rechnungsprüfungsausschuss am 19.12.2005 geprüft und am 25.12.2006 vom Stadtrat festgestellt.

Gleiches gilt für den Jahresabschluss 2004 des Regiebetriebes "Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Herpersdorf".

Mit den obigen Feststellungen wurde jeweils die uneingeschränkte Entlastung gem. Art. 102 Abs. 3 GO erteilt.

Das Rechnungsprüfungsamt wurde beauftragt, darauf zu achten, dass die Verwaltung noch offene Feststellungen erledigt, was entsprechend vollzogen worden ist.

Die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2005 der Stadt Nürnberg ist nach der Begutachtung durch den Rechnungsprüfungsausschuss vom 24.07.2006 durch den Stadtrat am 20.09.2006 festgestellt worden (Bilanzsumme 3.177 Mio. EUR). Die Hinweise aus der Prüfung der Eröffnungsbilanz sind von der Verwaltung im Zuge der Aufstellung der folgenden Jahresabschlüsse zu bearbeiten.

#### 0.5 Überörtliche Prüfung

- Der BKPV hat gem. Art. 105 Abs. 1, Art. 106 GO und Art. 25 Abs. 3 BayStG die Jahresrechnungen 1994 bis 2002 der Stadt Nürnberg und der von ihr verwalteten rechtsfähigen
  Stiftungen in der Zeit von September 2001 bis Januar 2004 mit längeren Unterbrechungen geprüft und darüber den Gesamtbericht vom 21.09.2004 vorgelegt.
- Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in seinen Sitzungen am 26.07.2004 und 04.07.2005 diese Berichte und die Stellungnahmen der Verwaltung hierzu eingehend behandelt. Aus der Prüfung und den Berichten des BKPV ergaben sich keine Hinweise, die einer vorbehalt-

Abschnitt 0: Vorbemerkungen

losen Entlastung entgegenstanden. Die Prüfungsbemerkungen waren weitestgehend geklärt bzw. erledigt.

Demgemäß hat der Stadtrat am 20.07.2005 die uneingeschränkte Entlastung für die Jahresrechnungen 1994 bis 2002 der Stadt und der von ihr verwalteten rechtsfähigen Stiftungen nach Art. 102 Abs. 4 GO a.F. – letztmals unter Zugrundelegung der überörtlichen Prüfung – erteilt. Das Rechnungsprüfungsamt wurde beauftragt, die wenigen noch offenen Prüfungsfeststellungen bis zur vollständigen Erledigung zu überwachen.

- Durch das am 01.08.2004 in Kraft getretene Gesetz zur Änderung des Kommunalrechts vom 26.07.2004 (GVBI. S. 272) wurden auch die Vorschriften über die Entlastung neu gefasst (Art. 102 GO). Nunmehr stellt das kommunale Vertretungsgremium nach Durchführung der örtlichen Prüfung der Jahresrechnung und der Jahresabschlüsse und Aufklärung etwaiger Unstimmigkeiten alsbald, jedoch in der Regel bis zum 30.06. des auf das Haushaltsjahr folgenden übernächsten Jahres, die Jahresrechnung in öffentlicher Sitzung fest und beschließt über die Entlastung.
- Ebenfalls im Rahmen der überörtlichen Rechnungsprüfung hat der BKPV in gesonderten Prüfungen die Bauausgaben und die Einnahmen und Ausgaben der Sozial- und der Jugendhilfe untersucht und die Berichte vom 26.07.2005 und 11.09.2005 hierüber vorgelegt.
  - Gem. Nr. 10.2 RPrO sind für die Erledigung von Sonderberichten im Rahmen der überörtlichen Rechnungsprüfung die für die geprüften Stellen verantwortlichen Sachreferate zuständig; die entsprechenden Fachausschüsse des Stadtrates wurden mittlerweile in geeigneter Weise über die Ergebnisse der Prüfungen sowie ihre Umsetzung unterrichtet.
- Auch die Rechtsaufsicht hat mit Schreiben vom 06.10.2006 die überörtliche Prüfung der o.g. Jahresrechnungen 1994 bis 2002 der Stadt Nürnberg als abgeschlossen erklärt.

#### 1 JAHRESABSCHLUSS 2005 DER STADT NÜRNBERG

#### 1.1 Finanz- und Haushaltswirtschaft

#### 1.1.1 Kennzahlen des doppischen Jahresabschlusses 2005

Der erstmalig zu erstellende kaufmännische Jahresabschluss 2005 der Stadt Nürnberg mit allen vorgeschriebenen Bestandteilen konnte bis zum Redaktionsschluss dieses Sachverständigenberichts noch nicht vollständig vorgelegt werden.

Die Stadtkämmerei legte Rpr vorab die Ergebnisrechnung vor. Darin wird ein Jahresüberschuss von 42.555.038,92 EUR ausgewiesen (siehe Tabelle), der nachstehend – vorbehaltlich der abschließenden Prüfung – kurz dargestellt und erläutert wird. Die dem Jahr 2005 gegenübergestellten Rechnungsergebniszahlen 2004 wurden der kameralen Rechnung entnommen und durch die Stadtkämmerei an die Doppik angepasst.

#### **Ergebnisrechnung 2005**

Teilergebnisrechnung	Ist 2005	Planansatz 2005	RE 2004
* Steuern  * Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse  * Sonstige Transfererträge  * Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelt  * Privatrechtliche Leistungsentgelte  * Erträge Kostenerstattungen, -umlagen  * Ertr. a.d. Aufl. v. Sonderp. f. Inves  * Sonstige ordentliche Erträge  * Aktivierte Eigenleistungen  * +/- Bestandsveränderungen	583.299.451,97- 213.947.265,73- 6.895.890,97- 54.475.785,68- 40.248.573,68- 149.914.520,19- 30.396.502,59- 78.421.528,91- 1.893.360,91- 1.376.604,89-	550.666.332- 207.247.000- 5.024.600- 56.789.700- 39.265.490- 125.833.530- 3.779.646- 40.981.468- 6.511.100-	531,473,276,00- 218,428,924,00- 14,699,986,00- 55,164,191,00- 49,240,992,00- 152,702,257,00- 38,236,245,00- 2,776,492,00- 79,997,00-
** = Ordentliche Erträge	1.160.869.485,52-	1.036.098.866-	1.062.802.360,00-
Personalaufwendungen Aktiv     Personalaufwendungen Passiv     Aufwendungen Sach- u. Dienstleistungen     Abschreibungen     Transferaufwendungen     Sonstige ordentliche Aufwendungen	282,742,503,23 127,734,683,01 136,096,055,13 66,216,141,97 455,392,153,87 51,147,532,18	281.737.577 118.738.262 132.052.182 38.926.512 419.439.700 48.547.033	300.378.536.00 140.846.966.00 137.603.877.00 33.994.600.00 469.689.235.00 48.229.624.00
** = Ordentliche Aufwendungen	1.119.329.069,39	1.039.441.266	1.130.742.838,00
*** = Ergebnis der laufenden Verwaltungstäti	41.540.416,13-	3.342.400	67.940.478,00
+ Finanzerträge     - Zinsen und ähnliche Aufwendungen	53.165.738,72- 63.297.429,48	59.776.900- 63.627.800	16.922.425,00- 57.050.109,00
** = Finanzergebnis	10.131.690,76	3.850.900	40.127.684,00
**** = Ordentliches Jahresergebnis	31.408.725,37-	7.193.300	108.068.162,00
* + Außerordentliche Erträge * - Außerordentliche Aufwendungen	11.896.737,85- 746.326,68	880.700- 166.900	2.012.702,00- 238.571,00
** = Außerordentliches Jahresergebnis	11.150.411,17-	713.800-	1.774.131,00-
***** = Jahresergebnis vor ILV	42,559,136,54-	6.479.500	106.294.031,00
* +/- Leistungsverrechnung ****** = Ergebnis nach ILV	4.097,62 42.555.038,92-	6.479.500	106.294.031,00
****** Jahresergebnis nach Ergebnisvortrag	42.555.038,92-	6.479.500	106.294.031,00

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2005 der Stadt Nürnberg

Einen positiven Effekt auf das Jahresergebnis 2005 hatten insbesondere die im Jahr 2005 signifikant zugenommenen Steuereinnahmen. Gegenüber dem Vorjahr stiegen diese um 51,8 Mio. EUR bzw. 9,8 %. Wesentlichen Anteil daran hatten die um ca. 33,7 Mio. EUR gestiegene Gewerbesteuer sowie die um 16,2 Mio. EUR höhere Grundsteuer B als 2004.

Die Auflösung (30,4 Mio. EUR) der Sonderposten für Investitionen erfolgte in Höhe der Abschreibungen des mit Zuschüssen finanzierten Anlagevermögens. Insgesamt belasten aber in der Doppik die um die Sonderposten-Auflösungen reduzierten Abschreibungen das Ergebnis, d.h. der entsprechende Ressourcenverbrauch muss nun erwirtschaftet werden, wie dies in den städtischen Unternehmen und der Privatwirtschaft schon immer erforderlich gewesen ist.

Die sonstigen ordentlichen Erträge nahmen gegenüber dem Vorjahr um 40,2 Mio. EUR auf 78,4 Mio. EUR zu. Relevanten Anteil an dieser Steigerung hatten die Auflösung der Instandhaltungsrückstellung mit 17 Mio. EUR, Erträge aus dem Abgang von Grundstücken von 11,9 Mio. EUR, die Auflösung der Finanzausgleichsrückstellung in Höhe von 5 Mio. EUR und die Erträge aus aktivierten Bauzeitzinsen U-Bahn von 4,7 Mio. EUR.

Die Personalaufwendungen liegen mit 410,5 Mio. EUR um 30,7 Mio. EUR unter den Vorjahreswerten, jedoch 10 Mio. EUR über den geplanten Aufwendungen. Die Aktivpersonalkosten sanken gegenüber dem Vorjahr um 17,7 Mio. EUR, insbesondere aufgrund der im städtischen Haushalt nicht mehr enthaltenen Personalaufwendungen für künstlerisches Personal (-15 Mio. EUR). Die passiven Personalaufwendungen sanken insbesondere aufgrund der per Saldo um 11,3 Mio. EUR aufgelösten Pensions- bzw. Versorgungsrückstellungen um 13,1 Mio. EUR auf 127,7 Mio. EUR.

Gegenüber dem Vorjahr sanken die Transferaufwendungen vor allem buchungstechnisch bedingt um 14,3 Mio. EUR auf 455,4 Mio. EUR (Umstellung von BSHG auf SGB II u. SGB XII). Die Planungen sahen nur Aufwendungen in Höhe von 419,4 Mio. EUR vor.

Die Finanzerträge stiegen gegenüber dem Vorjahr um 36,2 Mio. EUR auf 53,2 Mio. EUR, insbesondere aufgrund des im Jahr 2005 eingebuchten Barwertvorteils von knapp 39 Mio. EUR aus dem US-Lease-Geschäft beim Stadtentwässerungsbetrieb.

Mit 11,9 Mio. EUR liegen die außerordentlichen Erträge um 9,9 Mio EUR über den Vorjahreswerten und um 11 Mio. EUR über den Planwerten. Verantwortlich dafür waren insbesondere periodenfremde Erträge aus der Nachberechnung der Konzessionsabgabe (6,6 Mio. EUR) und aus der Übertragung des Reha-Zentrums an das Klinikum (2 Mio. EUR).

Der ausgewiesene Jahresüberschuss in Höhe von knapp 42,6 Mio. EUR übertrifft damit die Planansätze per Saldo um 49 Mio. EUR. Gegenüber dem kameralen - aber in der oben dargestellten Ergebnisrechnung an die Doppik angepassten - Vorjahr wird ein um 148,8 Mio. EUR besseres Ergebnis erzielt.

Zusammengefasst haben folgende Faktoren im Vergleich 2005/2004 hauptsächlichen Anteil am positiven Jahresergebnis 2005:

•	höheres Steueraufkommen	+51,8 Mio. EUR
•	gestiegene sonstige ordentliche Erträge (primär einmalige Erträge)	+40,2 Mio. EUR
•	niedrigere Personalaufwendungen	- 30,7 Mio. EUR
•	(einmalig) verbessertes Finanzergebnis	+30,0 Mio. EUR

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2005 der Stadt Nürnberg

Allein bei Berücksichtigung der einmaligen bzw. Sonderfaktoren im Jahresergebnis 2005 (überschlägig etwa 70 Mio. EUR) wird der notwendige weitere Konsolidierungskurs im städtischen Haushalt erkennbar, um wie vorgesehen ab 2010 einen Haushalt ohne Nettokreditaufnahmen zu erreichen. Ein Schwerpunkt muss hierbei nach Auffassung von Rpr die konsequente Realisierung der vom Stadtrat in Zusammenhang mit den jeweiligen Haushaltssatzungen beschlossenen Sparpakete sein (einschließlich der Konsolidierungen für den Haushalt 2007). Unabhängig davon bleiben das Auffinden und Umsetzen ergebnisverbessernder Maßnahmen auch als Folge der gesetzlich vorgegebenen wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltsführung eine Daueraufgabe in der Stadtverwaltung. Deshalb werden bei Rpr Wirtschaftlichkeitsprüfungen weiterhin im Vordergrund stehen.

#### 1.1.2 Stand der Abschlussprüfung

Wie bei der Prüfung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2005 wird der BKPV - wieder unter Einbindung von Rpr - den ersten doppischen Jahresabschluss (2005) prüfen. Aufstellung des gesamten Abschlusses und Prüfung sind insgesamt anspruchsvoller und damit zeitintensiver als bei der kameralen Rechnungslegung. Anfang Dezember diesen Jahres soll mit der Prüfung begonnen werden. Rpr ist um eine möglichst zügige Prüfungsdurchführung bemüht.

#### 1.2 Feststellungen aus der Prüfung der Profit-Center (E)

## 1.2.1 E10001 "Zentrale Dienste" u.a. Anmietung von Kopiergeräten bei den Schulen und der Stadtverwaltung

#### Prüfungsbericht vom 03.05.2006

Nachdem bei Rpr eine externe Nachfrage hinsichtlich der 3 Vergaben von Kopierleistungen für die Schulen und die Stadtverwaltung eingegangen war, hat Rpr diesen Vorgang (530 Kopiergeräte mit einem Volumen von etwa 40 Mio. Kopien p.a.) nochmals nachgehend geprüft.

Festzustellen war, dass die sog. All-in Anmietungen nach jeweils EU-weiter Ausschreibung (Laufzeiten bis Ende 2007 bzw. bei den Großkopiergeräten im Bereich SchB bis Ende 2006) VOL-konform (wettbewerblich, transparent und wirtschaftlich) vergeben worden sind.

Ergänzend hat Rpr die in 2005 von den Vermietern der Kopiergeräte der Stadt in Rechnung gestellten Reparaturrechnungen geprüft. Wo Klärungsbedarf nach den Rpr-Feststellungen bestand (z.B. Wartung als Bestandteil der All-in Anmietung oder berechtigte zusätzliche Reparaturrechnung), ist dies von OrgA (seit 2006 für die Anmietung der Kopiergeräte zuständig) mit ZD (bis Ende 2005 verantwortlich) bearbeitet worden.

Kostenpflichtige Reparaturen fallen überwiegend bei den in den Schulen aufgestellten Kopiergeräten an und besonders dann, wenn nicht die von ZD getesteten und den Nutzern vorgegebenen Kopierfolien verwendet werden. OrgA beabsichtigt, auch in diesem Zusammenhang alle Nutzer nochmals ausführlich zu informieren. Die Vermieter der Kopierer werden zusätzlich ent-

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2005 der Stadt Nürnberg

sprechende Hinweise bei den Geräten anbringen. Zentral führt OrgA nunmehr eine Liste der Reparaturen, um über die Auswertungen die Reparaturen zukünftig weiter zu verringern.

Im Zuge der Rpr-Prüfung war schließlich festzustellen, dass die Kontierung der Kopieraufwendungen auf die doppischen Sachkonten nicht immer zutreffend war. OrgA wird in den o.g. Informationen für die Nutzer in den Schulen und der Stadtverwaltung deshalb die ordnungsgemäße Verbuchung ebenfalls nochmals darstellen.

## 1.2.2 E10001 "Zentrale Dienste" u.a. Prüfung der Kontierung und Budgetierung in der Doppik

Gemäß Abstimmung mit Ref. II/Stk hat Rpr u.a. vorbereitend für die Abschlussprüfung des Jahresabschlusses 2005 bei insgesamt rd. 90 Profitcentern in Stichproben die Kontierung in doppischer und budgetbezogener Hinsicht geprüft.

Insbesondere betraf dies den ausgabenintensiven Bereich der Sozialtransferleistungen des Sozial- und Jugendamtes (mit 52 Profit-Centern). Des weiteren wurden Bereiche des Bürgeramtes (BA/NOS), der Zentralen Dienste (ZD), der Museen (KuM), der Stadtbibliothek (StB) sowie des Ref. V (Verwaltung) geprüft.

Soweit Feststellungen (insbesondere zur Budgetierung) zu treffen waren, wurden sie mit den betroffenen Dienststellen und Stk abschließend besprochen.

Im Rahmen dieser Prüfungen waren innerhalb der "neuen doppischen Buchungsmaterie" keine größeren Fehlerquellen bei den dezentral anordnenden Stellen erkennbar. Die größeren Probleme dürften innerhalb der zentralen Abgrenzungs- bzw. Abschlussbuchungen liegen, deren Prüfung zusammen mit dem BKPV bei der Abschlussprüfung 2005 noch bevorsteht.

#### 1.2.3 E10504 "Ordnungsamt"

#### Prüfungsbericht vom 22.09.2006

Rpr prüfte bezogen auf 2005 die Kraftfahrzeugzulassungsstellen beim Ordnungs- und Bürgeramt. Untersucht wurden insbesondere die Festsetzung und Einhebung der Verwaltungsgebühren, die Abwicklung von Vergaben sowie die Aufbewahrung der sicherungsbedürftigen Vordrucke und Plaketten. Während die Einnahmen gemäß Prüfung ordnungsgemäß festgesetzt und eingehoben wurden, waren in den weiteren untersuchten Bereichen folgende Feststellungen zu treffen:

- Beim Abgleich zwischen den Bestandsnachweisen der Zulassungsstellen mit dem durch das DV-Verfahren als ausgegeben gezählten Plaketten wurden zum Teil nicht nachvollziehbare Differenzen festgestellt. So lag vielfach die tatsächliche vorhandene Anzahl an Plaketten über dem laut DV-Zählung noch vorhandenen Soll-Bestand. Insoweit ist eine Prüfung des Soll-Ist-Bestandes nur bedingt möglich gewesen und die Dienststellen sind von Rpr aufgefordert worden, das entsprechende Bestandssystem zu überarbeiten.
- Die Beschaffung der von OA benötigten Druckerzeugnisse erfolgte nicht immer entsprechend der BeschO.

#### 1.2.4 E41701 "Bildungszentrum"

#### Prüfungsbericht vom 25.07.2005

Die Prüfung durch Rpr wurde bereits im Sachverständigenbericht des Vorjahres behandelt. Insbesondere im Bereich der Wirtschaftlichkeit (anhand interkommunaler Kennzahlen) wurden von Rpr im Bericht Defizite aufgezeigt, Anmerkungen gemacht und Empfehlungen ausgesprochen.

Im Planungsbericht 2007 des Bildungszentrums beschreibt BZ die eingeleiteten Maßnahmen zur notwendigen und im o.g. Rpr-Bericht deutlich herausgehobenen Konsolidierung wie folgt:

- Erhöhung der Teilnehmer-Entgelte: Durch flexible Gebührenanpassungen und Verbesserung der Kursauslastung konnten ca. 50.000 EUR mehr erwirtschaftet werden<sup>1</sup>,
- Mehreinnahmen bei Projekten in Höhe von 200.000 EUR sollen künftig erreicht werden (Verhandlungen mit dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen und der ARGE Nürnberg),
- Personaleinsparungen: In der Phase 1 des sog. OE-Prozesses wurden im POA am 24.01.2006 Stellenplanveränderungen beschlossen, die die Aktivpersonalkosten beim BZ im Jahr 2006 senken werden. Gleichzeitig gilt eine interne befristete Besetzungssperre der neu ausgewiesenen Stellen. Die laufende Phase 2 des OE-Prozesses, die im September 2006 dem POA vorgelegt wurde, sieht weitere Veränderungen in der Personalstruktur vor. BZ rechnet in den nächsten Jahren mit Personalkosteneinsparungen von 489.900 EUR<sup>2</sup>,
- Honorarkosteneinsparungen: Die Einführung der neuen Honorarordnung ab dem WS 2006/2007 mit der Senkung der Dozentenhonorare soll im Jahr 2006 eine Kosteneinsparung von 140.000 EUR und im Folgejahr (durch die ganzjährige Wirkung) eine Kosteneinsparung von 300.000 EUR bewirken,
- Steuerung des gesamten Programmangebotes entlang vorher vereinbarter Entwicklungslinien, abgestimmt mit BZ-Politik, Strategie und Zielgruppenmilieus mit dem Ziel der Aufgabenkritik wie z.B. Straffung des Angebotes, Abbau von Doppelangeboten,
- Intensivierung des Marketings,
- Weiterentwicklung des Controlling-Systems unter Einbeziehung der SAP-Berichte.

BZ prognostiziert, sofern keine einschneidenden neuen Kürzungen durch Plafond- und Zuschussänderungen eintreten, für das Jahr 2008 einen ausgeglichenen Jahreshaushalt (d.h. Einhaltung des zulässigen Plafonds). Insgesamt hat Rpr mit seiner umfangreichen Prüfung bei BZ zu den jetzt eingeleiteten notwendigen Konsolidierungsschritten mit beigetragen.

\_

Rpr wies in seinem o.g. Bericht auf signifikant bessere Kostendeckungsbeiträge anderer großer Volkshochschulen in Süddeutschland hin.

Im Rpr-Kennzahlenvergleich fielen u.a. die zu hohen Personalausgaben bei BZ auf.

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2005 der Stadt Nürnberg

#### 1.2.5 E47101 "Musikschule"

#### Prüfungsbericht vom 11.10.2006

Im Zuge der Prüfung der Haushaltsrechnungen 2001 – 2003 wurde u. a. der Unterabschnitt 3330 geprüft. Im Bericht vom 08.03.2005 wurden wesentliche Feststellungen zur Ordnungsmäßigkeit der Haushaltsführung getroffen. Über das Ergebnis der Prüfung wurde im Sachverständigenbericht 2005 berichtet.

Die Musikschule Nürnberg (MN) hat seinerzeit die Feststellungen anerkannt und künftige Einhaltung der haushalts- und kassenrechtlichen Bestimmungen zugesichert. Wie im Sachverständigenbericht 2005 ausgeführt und in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 19.12.2005 mündlich vorgetragen, hat sich Rpr die Prüfung der Einhaltung der Zusagen ausdrücklich vorbehalten.

Bei der im Jahr 2006 durchgeführten entsprechenden Prüfung wurde eine nunmehr insgesamt ordnungsgemäße Haushaltsführung festgestellt. Die im Sachverständigenbericht 2005 aufgeführten Mängel wurden behoben bzw. sind nicht mehr aufgetreten.

#### 1.2.6 E50035 und E50042 "Hilfe zur Gesundheit nach dem SGB XII"

#### Prüfungsbericht vom 27.04.2006

Mit Einführung des GKV-Modernisierungsgesetzes³ und der entsprechenden Ergänzung des § 264 SGB V wird seit 01.01.2004 die Abrechnung der Krankenbehandlung der nicht versicherten Sozialhilfeempfänger nach SGB XII (vorher BSHG) sowie der Leistungsberechtigten nach § 2 AsylblG⁴ von den Krankenkassen gegen Kostenersatz (zzgl. einer Verwaltungskostenpauschale) durch die Sozialhilfeträger übernommen. Damit ist auch dieser Bereich systematisch in die kostendämpfenden Regelungen der gesetzlich Krankenversicherten integriert worden.

Nach dem Jahresergebnis 2005 betrugen die entsprechenden Aufwendungen (incl. Nachzahlungen für 2004) insgesamt rd. 10,7 Mio. EUR (davon 360 TEUR Verwaltungskostenpauschale). Der auf die Stadt als Kostenträger entfallende Anteil (ambulante Behandlungskosten für Deutsche) betrug 2,3 Mio. EUR.

Rpr hat auf der Basis von Quartalsabrechnungen für 2005 dreier großer Krankenkassen mit einem Abrechnungsvolumen von rd. 681 TEUR in Stichproben die Aufwendungen auf Ordnungsmäßigkeit und Begründetheit geprüft.

Dabei war neben der korrekten Zuordnung zu den Kostenträgern insbesondere darauf zu achten, dass von SHA den Krankenkassen nur solche Fälle vergütet werden, bei denen die behandelten Personen nachweislich im Abrechnungszeitraum Leistungen nach dem SGB XII erhalten haben und Mitglied der abrechnenden Krankenkassen waren.

Bei den geprüften Quartalsrechnungen war von SHA bereits in 90 von 1.325 abgerechneten Fällen, die Kostenübernahme (mit einem Volumen in Höhe von rd. 34 TEUR) aufgrund fehlen-

\_

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung

Asylbewerberleistungsgesetz

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2005 der Stadt Nürnberg

den Leistungsbezugs nach SGB XII abgewiesen und von den Quartalsabrechnungen abgesetzt worden. Dabei handelte es sich ausnahmslos um Personen, die seit 01.01.2005 als leistungsberechtigt nach dem SGB II gelten und somit pflichtversichert nach dem SGB V waren.

Nach Auswertung der o.g. Quartalsabrechnungen ergaben sich für die wesentlichen Behandlungsarten folgende Aufwendungen:

	Gesamt EUR	Anteil %	Ø pro Fall EUR
Arznei; Heil- und Hilfsmittel	168.107	24,7	76
Ambulante Behandlung	61.343	9,0	96
Zahnärztliche Behandlung	44.896	6,6	195
Zahnersatzleistungen	30.882	4,5	1.065
Häusliche Krankenpflege	25.282	3,7	342
stationäre Behandlung	316.553	46,5	3.103
Fahrtkosten (stat. Behandlung)	18.618	2,7	316

Die Prüfungshinweise sind bereits während der Prüfung mit der SHA-Sachbearbeitung abgestimmt worden.

## 1.2.7 E50102 "SGB II örtlich" und E50103 "SGB II überörtlich" Prüfung der Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 SGB II

#### Prüfungsbericht vom 09.08.2006

Rpr prüfte nach § 13 der Vereinbarung zur Ausgestaltung einer Arbeitsgemeinschaft (ARGE) gemäß § 44b SGB II die Gewährung von Leistungen für Unterkunft, Heizung, Mietkautionen und Umzugskosten nach § 22 SGB II. Diese erste Rpr-Prüfung in der örtlichen ARGE wurde zweckmäßigerweise zusammen mit Kollegen der Internen Revision der Bundesagentur für Arbeit durchgeführt. In den Räumen der ARGE wurden 101 von der Innenrevision der Bundesagentur für Arbeit zufällig ausgewählte Fälle geprüft. Entsprechend der rechtlichen Zuordnung hat Rpr die Kosten der Unterkunft und Heizung, die Bundesrevision das Arbeitslosengeld II und Eingliederungsleistungen geprüft.

### Abschnitt 1: Jahresabschluss 2005 der Stadt Nürnberg

Die Fälle – bezogen auf die von Rpr geprüften Unterkunftskosten – setzten sich zum Prüfungszeitpunkt (Zahlung Juli 2006) wie folgt zusammen:

#### Mietwohnungen

Haushalts- größe	Anzahl	Personen	Gesamtkosten EUR	durchschnittliche Unterkunftskosten mit Heizung monatlich pro Haushalt EUR	durchschnittliche Unterkunftskosten mit Heizung monatlich pro Person EUR
1 Person	49	49	14.178,18	289,35	289,35
2 Personen	18	36	6.600,35	366,69	183,34
3 Personen	17	51	8.155,33	479,73	159,91
4 Personen	6	24	3.031,81	505,30	126,33
6 Personen	1	6	732,00	732,00	122,00
Gesamt	91	166	32.697,67	359,32	196,97

- 3 Personen wohnten mietfrei bei den Eltern bzw. Großeltern.
- Nicht im Leistungsbezug standen im Juli 2006 aus verschiedenen Gründen 4 Personen.
- 2 Personen lebten in städtischen Obdachlosenunterkünften. Die dafür erhobenen öffentlichrechtlichen Wohngebühren betrugen zusammen 607,49 EUR.
- In einem Fall war nicht geklärt, welche Wohnung der Leistungsberechtigte tatsächlich bewohnt.

In den geprüften Fällen wurden im Juli 2006 Unterkunftskosten von 33.718,16 EUR anerkannt. Darauf war in 6 Fällen Einkommen von insgesamt 1.529,69 EUR anzurechnen. Laufende Unterkunftskosten mussten damit in den geprüften Fällen im Juli 2006 in Höhe von 32.188.47 EUR übernommen werden.

Rpr ermittelte, in welchem Umfang in den Fällen im laufenden Bewilligungszeitraum Wohnungsbeschaffungskosten übernommen werden mussten:

- in 6 Fällen wurden Kautionen in Höhe von insgesamt 4.331,85 EUR als Darlehen übernommen,
- in einem Fall wurden Umzugskosten von 306,24 EUR als Darlehen übernommen.

#### Prüfungsbemerkungen im Einzelnen

- Das Baujahr der Wohnung beeinflusst die Höhe der angemessenen Unterkunftskosten. Es entstand der Eindruck, dass die Vermieter des öfteren nicht das Datum der Bezugsfertigkeit der Wohnung, sondern den Beginn des derzeitigen Mietverhältnisses eintragen.
- In 12 Fällen war der Ansatz der Heiz- und Nebenkosten aus der Akte nicht zweifelsfrei nachvollziehbar, bzw. waren diese Kosten nicht belegt.
- Es fiel auf, dass Nebenkostenabrechungen selten vorgelegt wurden, wenn sie vorgelegt werden, waren meist Nachzahlungen zu leisten.

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2005 der Stadt Nürnberg

- Zwar war die Höhe der Miete aus den kopierten Mietverträgen ersichtlich, jedoch war selten nachprüfbar, in welcher Höhe tatsächlich Mietzahlungen geleistet wurden. Hier sollten entsprechende Überprüfungen (vorzulegende Kontoauszüge) stattfinden.
- Eine einheitliche Formulierung der Aufforderung an Hartz IV-Empfänger, die Kosten wo erforderlich – zu senken, wäre anzustreben. Die bloße Mitteilung, dass ab einem bestimmten Zeitpunkt nur noch die angemessenen Unterkunftskosten übernommen werden, stellt keine Aufforderung zur Kostensenkung dar.
- In 13 der geprüften Fälle wurden Leistungsempfänger aufgefordert, ihre unangemessen hohen Unterkunftskosten im Jahr 2006 zu senken. Die geschah
  - ♦ in 10 Fällen zu Recht,
  - ♦ in 3 Fällen nicht zu Recht.
- § 22 Abs. 1 SGB II sieht vor, unangemessene Kosten der Unterkunft in der Regel längsten für 6 Monate zu übernehmen. Demnach sind auch kürzere Zeiträume denkbar. Dennoch sollte die Frist nur in begründeten Einzelfällen abweichend gehandhabt und ansonsten einheitlich ermittelt werden.
- Die Leistungsberechtigten sind, sobald bekannt wird, dass unangemessene Unterkunftskosten vorliegen, zur Kostensenkung aufzufordern. In den o. g. 10 Fällen erfolgte die Aufforderung zur Kostensenkung in zwei Fällen sofort nach bekannt werden der unangemessenen Unterkunftskosten, in 8 Fällen jedoch mit erheblicher Verzögerung. In 6 weiteren Fällen lagen unangemessen hohe Unterkunftskosten vor, ohne dass die Leistungsberechtigten bislang zur Kostensenkung aufgefordert wurden.

Rpr glich die Daten der geprüften Fälle mit der Einwohnerdatei ab. Dabei ergaben sich folgende Abweichungen:

- Eine Leistungsbezieherin heiratete im Januar 2006. Obwohl sie dies der ARGE bekannt gab, wurden weder ihr Name noch ihr Familienstand entsprechend geändert.
- 2 Leistungsbezieher waren umgezogen, ohne dies der ARGE zu melden. Hier wurden weiterhin die Unterkunftskosten der vorherigen Wohnung übernommen.
- 2 Leistungsbezieher waren seit 30.11.2004 bzw. 01.08.2005 amtlich aus Nürnberg abgemeldet. Davon wurden in einem Fall die Unterkunftskosten direkt an einen Pensionsbetreiber überwiesen. In diesem Fall ist zu klären, ob und in welchem Umfang zu unrecht geleistete Zahlungen vom Pensionsbetreiber zurück zu fordern sind.

Die Prüfungsergebnisse wurden am 08.08.2006 mit der Geschäftsleitung der ARGE besprochen. Eine schriftliche Stellungnahme der ARGE liegt noch nicht vor.

Der Schwerpunkt der Überprüfung durch die Interne Revision des Bundes lag bei der Gewährung des Arbeitslosengeldes II und der Eingliederungsleistungen. Im erstgenannten Bereich lag die Beanstandungsquote bei 44 %, im zweitgenannten noch etwas höher. Ein wesentlicher Grund für die Beanstandungen der Bundes-Revision liegt in der bislang ungenügenden Dokumentation in den Akten.

Wenngleich die Feststellungen der Bundesrevision vor allem auf formale Defizite abstellen, hat die Prüfung durch die beiden Prüfungsorgane insgesamt doch erkennen lassen, dass die Sachbearbeitung in der ARGE noch verbessert werden muss. Nachdem die Stadt aus SGB II Bruttoausgaben von rd. 115 Mio. EUR p.a. zu tätigen hat, wird die ARGE ein Prüfungsschwerpunkt von Rpr – wie bislang die Sozialhilfe – bleiben.

## 1.2.8 E52001 "Jugendamt" u.a. Prüfung von Personalausgaben

#### Prüfungsbericht vom 31.08.2006

Von den Personalausgaben des Jugendamtes wurden die ständigen und unständigen Bezüge geprüft.

Dabei ist festgestellt worden, dass Wechselschichtzulagen gezahlt wurden, ohne dass die tariflichen Voraussetzungen vorlagen. Die Feststellung ist dadurch ausgeräumt, dass zum 01.10.2006 Wechselschichtdienst im Sinne der Bestimmungen des TVöD eingeführt worden ist.

Personalkosten sind zudem in den Eigenbetrieben ASN, FSN und NüBad mit den Schwerpunkten der Überleitung aus dem BAT in den TVöD sowie Zulagen und unständige Bezüge geprüft worden. Die Prüfungen ergaben weitestgehend o.E.

In der jeweiligen Service-GmbH von Kh und NüSt ist die Anwendung des Tarifs für Gebäudereiniger geprüft worden, im Einzelnen siehe Nr. 3.4.2 und Nr. 4.4.5.

# 1.2.9 E52006 "Hilfe zur Erziehung" u.a. Heranziehung zu Kostenbeiträgen für stationäre und teilstationäre Leistungen sowie vorläufige Maßnahmen im Rahmen der Jugendhilfe

#### Prüfungsbericht vom 11.04.2006

Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (Kinder- und Jugendhilfeweiterentwicklungsgesetz – KICK) werden ab dem 01.10.2005 nicht mehr Unterhaltsbeiträge, sondern öffentlich-rechtliche Kostenbeiträge für stationäre und teilstationäre Leistungen und vorläufige Maßnahmen im Rahmen der Jugendhilfe von den Eltern erhoben. Damit soll das Verfahren vereinfacht und mehr als bisher der Nachrang der Jugendhilfe mit einer an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Eltern orientierten Kostenbeteiligung (§§ 92 bis 94 SGB VIII) geregelt werden. Rpr prüfte die Heranziehung der Eltern und der jungen Menschen zu Kostenbeiträgen in 15 zufällig ausgewählten Fällen. Die Prüfungsergebnisse wurden mit J bereits während der Prüfung besprochen, die schriftliche Stellungnahme von J an Rpr folgt noch.

Die eigentlich angestrebte Vereinfachung des Verfahrens führt bislang zu erheblicher Verunsicherung in der Praxis. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass im Gesetz viele unbestimmte Rechtsbegriffe verwendet wurden und eine Konkretisierung noch aussteht.

So können z. B. Schuldverpflichtungen vom Einkommen des Kostenbeitragspflichtigen abgesetzt werden. Welcher Art diese Schuldverpflichtungen sein könnten, wurde nicht definiert. Eine generelle Absetzung von Schuldverpflichtungen widerspricht jedoch dem Grundsatz der bürgerlich-rechtlichen Unterhaltsverpflichtung, wonach die Unterhaltsverpflichtung vorrangig vor dem Schuldendienst ist. Auch ist umstritten, ob Unterkunftskosten vom Einkommen des Unterhaltsverpflichteten abgesetzt werden müssen oder ob dies in der Kostenbeitragstabelle bereits berücksichtigt wurde. Welche Tatbestände in der Kostenbeitragstabelle berücksichtigt wurden, ist nicht bekannt.

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2005 der Stadt Nürnberg

Dies führte dazu, dass verschiedene Bundesländer Empfehlungen zur Erhebung der Kostenbeiträge erarbeiteten, die sich zum Teil sehr stark unterscheiden. Obwohl es sich beim SGB VIII um ein Bundesgesetz handelt, das in allen Bundesländern gleich zu vollziehen wäre, treten hier verschiedene Rechtsauffassungen zutage. Dies kann bei Kostenersatzverhandlungen zu erheblichen Problemen führen.

Im Prüfungszeitraum lagen noch keine Empfehlungen des Bayerischen Landesjugendamtes zur Heranziehung nach den §§ 91 bis 95 SGB VIII vor. Ende August 2006 wurden entsprechende Empfehlungen veröffentlicht, die zumindest einen bayernweit einheitlichen Vollzug erleichtern helfen sollen. Sie stellen klar, dass nicht alle Schuldverpflichtungen in unbegrenzter Höhe Berücksichtigung finden können. Die Frage der Unterkunftskosten ist jedoch weiterhin nicht geklärt.

Während der Prüfung war J mit der Umstellung der bisherigen Unterhaltsfestsetzungen auf Kostenbeiträge befasst. Dazu mussten in allen von der gesetzlichen Neuregelung betroffenen Fällen die Eltern und - soweit erforderlich – die Jugendlichen bzw. jungen Volljährigen angeschrieben und um Bekanntgabe ihrer wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnisse gebeten werden. Hernach waren die Kostenbeiträge zu errechnen und die Kostenpflichtigen anzuhören. Erst nach erfolgter Anhörung können die Kostenbeiträge verbindlich festgesetzt werden.

J hat auf die Rechtsumstellung zeitnah reagiert.

Die folgende Darstellung zeigt, welche monatlichen Kosten in den geprüften Fällen anfielen und wer welche Kostenbeiträge nach den Feststellungen des J im Prüfungszeitraum zu leisten hatte. Weiter wird dargestellt, in welchem Umfang die erhobenen Kostenbeiträge die Kosten der Maßnahme decken.

	Maßnahme- kosten mtl. EUR	Kostenbei- trag Vater EUR	Kostenbei- trag Mutter EUR	Kostenbei- trag Kind EUR	Gesamt EUR	Kosten- deckung %
Fall 1	4.074,60	224,90	164,00		388,90	9,5
Fall 2	3.468,30	475,00		213,22	688,22	19,8
Fall 3	3.600,00	60,00	154,00		214,00	5,9
Fall 4	3.300,00	340,00	154,00		494,00	15,0
Fall 5	3.900,00	525,00			525,00	13,5
Fall 6	3.600,00		154,00	136,30	290,30	8,1
Fall 7	3.600,00		154,00	263,30	417,30	11,6
Fall 8	3.098,40		24,00		24,00	0,8
Fall 9	1.755,30		60,00		60,00	3,4
Fall 10	3.468,30	250,00	154,00		404,00	11,6
Fall 11	3.000,00	250,00	154,00		404,00	13,5
Fall 12	1.455,60	185,00	154,00		339,00	23,3
Fall 13	1.455,60	fehlt	154,00		154,00	10,6
Fall 14	2.692,80	250,00			250,00	9,3
Fall 15	3.429,30	fehlt	170,02		170,02	5,0

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2005 der Stadt Nürnberg

In den Fällen 5 und 11 wären nach unseren Feststellungen höhere Kostenbeiträge von den Vätern zu fordern gewesen, im Fall 15 von der Mutter.

In den Fällen 13 und 15 konnten die Kostenbeiträge der Väter noch nicht festgesetzt werden, da diese die Erklärungen über ihre wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnisse noch nicht abgegeben haben. Hier werden die Kostenbeiträge rückwirkend erhoben.

Zur Sachbearbeitung gab Rpr folgende Hinweise:

- Teilen die Kostenbeitragspflichtigen ihre wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnisse nicht innerhalb der gesetzten Frist mit, so sind zeitnah weitere Maßnahmen, evtl. auch Zwangsmaßnahmen einzuleiten. J führte dazu eine Wiedervorlagefrist von 4 Wochen ein.
- Da die Kostenbeitragspflicht ab dem Zeitpunkt besteht, ab dem die Kostenbeitragspflichtigen von der Gewährung von Jugendhilfeleistungen informiert und zur Auskunft über ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse aufgefordert werden, ist J gehalten, den Eltern künftig die entsprechende Mitteilung unverzüglich nach Einleitung der Jugendhilfemaßnahme (und damit vor dem Erlass des Bescheides über die Gewährung von Jugendhilfeleistungen) zu übersenden.
- In den Leistungsakten sind einzelne Rechenschritte nicht aufgeführt und daher nur schwer nachvollziehbar. Die Berechnung ist zu dokumentieren. Dies wurde künftig zugesichert.
- Es war festzustellen, dass Angaben der Kostenersatzpflichtigen zu ihrem Einkommen abgeändert wurden. Warum dies geschah und ob es mit Wissen der Kostenbeitragspflichtigen erfolgte, ist nicht nachvollziehbar. Die Angaben der Kostenersatzpflichtigen sind unverändert zu belassen. Notwendige Änderungen und Ergänzungen sind gesondert vorzunehmen und zu erläutern. Auch dies wurde zugesichert.
- Wurden Verdienstbescheinigungen vorgelegt, so wurde häufig das dort ausgewiesene Nettoeinkommen als Berechnungsgrundlage herangezogen. Dies entspricht nicht den Vorgaben des Gesetzes und kann zu unzutreffenden Ergebnissen führen. Nach § 93 Abs. 1 SGB VIII ist vom Bruttoeinkommen auszugehen, davon sind die in § 93 Abs. 2 SGB VIII genannten Abzüge vorzunehmen. J nahm dies zum Anlass, der Sachbearbeitung die Brutto-/Nettoarbeitsentgeltproblematik in Erinnerung zu rufen.

Fallbezogene Feststellungen aus der Prüfung:

- Ein Kind wurde am 13.09.2005 in einer heilpädagogischen Tagesstätte untergebracht. Der Bescheid über die Gewährung von Jugendhilfe wurde am 11.01.2006 erstellt. Die Mutter wurde danach auf ihre Kostenbeitragspflicht hingewiesen. Da von ihr ein Kostenbeitrag frühestens ab dem Beginn des Folgemonats gefordert werden kann, war eine Heranziehung für die Zeit von September 2005 bis Januar 2006 nicht mehr möglich.
- Zwei Kinder wurden mit ihrer Mutter in einem Mutter und Kind-Heim untergebracht. Die Väter beider Kinder wurden am 22.12.2005 aufgefordert, ihre finanziellen und persönlichen Verhältnisse darzulegen. Der Vater eines Kindes antwortete bis April 2006 nicht, weitere Maßnahmen wurden bis dato nicht eingeleitet. Der Vater des anderen Kindes legte seinen Auskunftsbogen vor, die dort eingetragenen Werte wurden abgeändert. Handschriftlich wurde vermerkt "Abrechnungen folgen". Obwohl keinerlei Abrechnungen vorlagen, wurde der Vater zu einem Kostenbeitrag von monatlich 185,00 EUR verpflichtet. Die Jugendhilfeleistungen wurden zum 30.07.2006 eingestellt. Die fehlenden Unterlagen wurden von J nachgefordert.

#### Abschnitt 1: Jahresabschluss 2005 der Stadt Nürnberg

Ein Kostenbeitragspflichtiger hatte - für Jugendhilfefälle - hohes Einkommen und Vermögen. Er gab an, über ein monatliches Nettoeinkommen von 4.100 EUR sowie über sonstige monatliche Einnahmen (Kindergeld, Kapitaleinnahmen, Erfolgsbeteiligungen usw.) in Höhe von knapp 1.800 EUR zu verfügen. Da es sich um einen Altfall handelte, waren Kostenbeiträge erst ab April 2006 festzusetzen.

Nach den Entgeldnachweisen für die Monate November und Dezember 2005 und nachgewiesenen sonstigen Einnahmen errechnete J ein bereinigtes Gesamteinkommen von rd. 4.800 EUR monatlich. Nach der Kostenbeitragstabelle errechnete sich ein Kostenbeitrag von monatlich 710,00 EUR. Damit erklärte sich der Kostenbeitragspflichtige nicht einverstanden, er beantragte statt dem nach § 93 Abs. 3 vorgenommenen pauschalen Abzug seiner Belastungen eine individuelle Berechnung. J erkannte daraufhin Abzüge in Höhe von knapp 1.900 EUR monatlich für Versicherungen, Fahrkosten und Schuldverpflichtungen an und setzte den Kostenbeitrag auf 525,00 EUR monatlich herab.

Anhand der aufgelaufenen Jahressummen (deren Zusammensetzung jedoch nicht erkennbar ist) im Entgeldnachweis für Dezember 2005 errechnete Rpr ein durchschnittliches monatliches Nettoeinkommen von ca. 7.500 EUR. Zusammen mit den sonstigen Einnahmen wäre der Berechnung ein Gesamteinkommen von mtl. ca. 8.400 EUR zugrunde zu legen gewesen. Daraus würde sich ab April 2006 eine Kostenbeitragspflicht von bis zu 1.750,00 EUR monatlich ergeben.

Maßgeblich für die Differenzen zwischen den monatlich Nettobeträgen nach den Entgeldbescheinigungen und den aufgelaufenen Jahressummen dürfte sein, dass der Vater Teile seiner Vergütung nicht in bar ausgezahlt erhielt.

Die Jugendhilfemaßnahme wurde Anfang April 2006 – auf Initiative des Kostenbeitragspflichtigen und vermutlich (wie in weiteren Einzelfällen) wegen der hohen Kostenbeitragspflicht – beendet, so dass eine abschließende Klärung nicht mehr erforderlich war, da kein Kostenbeitrag mehr zu erheben war. Die Angelegenheit wurde von J dennoch zum Anlass genommen, die Sachbearbeitung auf die Behandlung von unbaren Zahlungen, Sonderzahlungen und Erfolgsbeteiligungen hinzuweisen.

#### 1.2.10 E53002 "Förderung der Gesundheitspflege"

#### Prüfungsbericht vom 18.05.2006

Rpr prüfte im Rahmen der Jahresrechnung 2005 die verwaltungstechnische Abwicklung der durch Gh bewilligten Zuschüsse zur Förderung der Gesundheitspflege an private, gemeinnützige und kirchliche Träger. Hierbei waren u. a. folgende Feststellungen zu treffen bzw. wurden Anregungen gegeben:

- Im Haushalt sind Pflichtförderung und freiwillige Zuschüsse getrennt auszuweisen,
- Antragstellung und Bewilligung sollen schriftlich erfolgen,
- über die Festlegungen der AFB hinaus sollten konkrete Regelungen für die Zuschussgewährung getroffen werden.

Zu dem Prüfungsbericht hat Gh am 27.09.2006 Stellung genommen. Darin wurde den Feststellungen nicht widersprochen. Versäumnisse (z.B. bzgl. Verwendungsnachweise) wurden nach-

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2005 der Stadt Nürnberg

geholt. Rechtliche Regelungen (Haushaltsgrundsätze, Schriftform) werden künftig beachtet. Gemachte Anregungen werden aufgegriffen.

#### 1.2.11 E90007 "Staatstheater Nürnberg"

#### Prüfungsbericht vom 05.05.2006

Die Prüfung umfasste die Umsetzung der Einhaltung der sich aus dem Kooperationsvertrag zwischen dem Theater Nürnberg und der Theater Service GmbH ergebenden Vorgaben (geschlossen am 25. Juli 2001; geändert zum 01. September 2005). Ergänzend wurden auch die Vorgaben aus dem Gesellschaftsvertrag der Theater Service GmbH betrachtet.

Wegen der besseren Lesbarkeit werden, unabhängig von der im Prüfungszeitraum gelegenen Ausgründung der Städtischen Bühnen in die Stiftung Staatstheater Nürnberg und der Umfirmierung der Theater Nürnberg Service GmbH in die Staatstheater Nürnberg Service GmbH, im Weiteren die Bezeichnungen Theater Nürnberg bzw. Service GmbH verwendet.

Bezüglich des Gesellschaftsvertrages der Service GmbH waren insbesondere die folgenden Anmerkungen seitens Rpr zu treffen:

- Nach § 10 des Gesellschaftsvertrages hat die Geschäftsführung innerhalb von drei Monaten nach Ende des Geschäftsjahres einen Jahresabschluss und einen Lagebericht nach dem Recht für große Kapitalgesellschaften aufzustellen. Die Jahresabschlüsse zum 31.08.2001/2002/2003/2004 und 2005 sind erst im Januar 2002, Mai 2003, April 2004, Januar 2005 bzw. Ende Dezember 2005 vorgelegt worden. Dies stellt jeweils eine deutliche Überschreitung des vorgegebenen Zeitrahmens, der für die Erstellung einzuhalten wäre, dar.
- Die bis dato erstellten Jahresabschlüsse wurden noch nicht beim zuständigen Amtsgericht, dem Registergericht Nürnberg, hinterlegt. Nach § 325 Abs. 1 HGB ist dies aber erforderlich.
- Die Geschäftsführung hat nach § 8 des Gesellschaftsvertrages bis spätestens zwei Monate vor Geschäftsjahresschluss einen Wirtschaftsplan [Plan-Bilanz, Plan Gewinn- und Verlustrechnung (GuV), Investitionsplan] für das folgende Geschäftsjahr aufzustellen. Dem Wirtschaftsplan ist eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen. Bis jetzt lag jeweils nur eine Plan GuV vor. Finanzplan und weitere Planungen wurden nicht erstellt.

Das Theater Nürnberg wird laut seiner Stellungnahme vom 11.10.2006 in seiner Funktion als Gesellschafter der Service GmbH darauf hinwirken, dass die oben angeführten Feststellungen zukünftig beachtet werden.

Nach § 4 des ursprünglichen Kooperationsvertrages zwischen dem Theater Nürnberg und seiner Service GmbH hat diese die Akquisition von Abonnenten wahrzunehmen. Zur Erfüllung dieser Aufgabe wurden verschiedene Außendienstmitarbeiter engagiert. Die aus diesen Auftragsverhältnissen resultierenden Aufwendungen wurden vom Theater Nürnberg gesondert neben dem im Kooperationsvertrag vereinbarten Entgelt an die Service GmbH bezahlt. Nach Auffassung des Rpr war diese Leistung mit der im Kooperationsvertrag vereinbarten Vergütung aber bereits abgegolten und hat die Rückzahlung dieser gesonderten Zahlung eingefordert. In seiner Stellungnahme führt das Theater Nürnberg dazu aus, dass die Beschäftigung eines Außendienstmitarbeiters auf Wunsch des Theaters Nürnberg erfolgte. Diesem Vorgehen stimmte der weitere Gesellschafter der Service GmbH (neben der Stadt Nürnberg bzw. Theater Nürnberg

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2005 der Stadt Nürnberg

als Gesellschafter) nur unter der Bedingung zu, dass die Zahlungen an die Außendienstmitarbeiter vom Theater Nürnberg getragen werden. Diese mündliche Absprache wird vom damaligen Geschäftsführenden Direktor laut Stellungnahme bestätigt. Deshalb verzichtet die Leitung des Theater Nürnberg auf eine Rückforderung der Aufwendungen. Anzumerken bleibt, dass die Zustimmung des damaligen Gesellschafters Stadt Nürnberg nicht eingeholt wurde. In diesem Zusammenhang wurde von Theater Nürnberg zugesagt, künftig Arbeits-, Provisions- und ähnliche Verträge ausschließlich schriftlich abzufassen und mit der gebotenen Klarheit auszugestalten.

Die Aufgabe des Abonnementverkaufs wurde beim Neuabschluss des Kooperationsvertrages (gültig ab 01.09.2005) wieder dem Theater Nürnberg zugeordnet und dort in den Bereich der Abonnementpflege eingegliedert. Dies entspricht der Empfehlung des Rpr und hat sich laut Stellungnahme bewährt. Auch die Anregung, mit einem Maßnahmenpaket den Umsatz im Bereich der Gruppenakquisition zu steigern, ist laut Stellungnahme bereits aufgenommen worden.

Im Prüfungsbericht wurde von Rpr weiterhin empfohlen, in Zusammenarbeit mit dem städtischen Steueramt zu prüfen, ob zwischen dem Theater Nürnberg und seiner Service GmbH die Voraussetzungen einer teilweise kostenreduzierenden umsatzsteuerlichen Organschaft geschaffen werden könnten. Dies wird vom Theater Nürnberg geprüft.

Nach § 10 des alten sowie des neuen Kooperationsvertrages ist die Service GmbH für die Führung des Theaterbuchladens im Foyer des Schauspielhauses des Theaters Nürnberg zuständig. Die Modalitäten bzgl. der Führung des Theaterbuchladens sind nach diesem Paragraphen in einem Pachtvertrag zwischen dem Theater Nürnberg und der Service GmbH zu regeln. Ein Pachtvertrag wurde bis jetzt aber noch nicht abgeschlossen. Diesem Hinweis wird laut Stellungnahme gefolgt und ein entsprechender Pachtvertrag geschlossen werden.

#### 1.3 Kassenprüfungen

#### Im allgemeinen keine Feststellungen von wesentlicher Bedeutung.

Bei der Stadtkasse und den als Teil davon eingerichteten Zahlstellen (Stand 31.10.2006: 68) ist nach Art. 103 Abs. 5 Satz 2 GO i.V.m. § 3 Abs. 1 KommPrV vom Rechnungsprüfungsamt jährlich jeweils mindestens eine unvermutete Kassenprüfung im Auftrag des Oberbürgermeisters durchzuführen. Dies gilt auch für die nicht mit der Stadtkasse verbundenen 4 Sonderkassen bei den Eigenbetrieben ASN, NüBad, NüSt und StEB (ab 01.01.2006 SUN) sowie den dort eingerichteten Zahlstellen (Stand 31.10.2006: 16). Ebenfalls geprüft wurden die verbundene Sonderkasse bei dem Eigenbetrieb FSN und die nicht verbundene Sonderkasse bei dem Regiebetrieb StEM.

Aufgrund der unmittelbaren Verantwortlichkeit des Rechnungsprüfungsamtes bei Kassenprüfungen gegenüber Herrn Oberbürgermeister (Art. 104 Abs. 2 Satz 1 GO) wird er monatlich über deren Ergebnis unterrichtet.

#### 1.4 Informations- und Kommunikationstechnik

Die Ausstattung des Rechnungsprüfungsamtes mit APC wurde 2006 nach 6 Jahren erneuert und auf Windows XP umgestellt. Die Anzahl der Clients wurde von 28 auf 31 erhöht, wobei drei APC für den BKPV eingerichtet wurden.

#### 1.4.1 Prüfung der Informations- und Kommunikationstechnik

Die Prüfungstätigkeit im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) erstreckte sich auf folgende Teilaufgaben:

- Prüfung der Planung, Entwicklung bzw. Beschaffung und Einführung von IV-Verfahren,
- Prüfung bereits eingesetzter IV-Verfahren und der Organisation des Betriebes auf Ordnungsmäßigkeit, Funktionalität, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit sowie
- Prüfung von Vergaben im luK-Bereich.

Das Rechnungsprüfungsamt prüft überwiegend begleitend – insbesondere durch die Mitarbeit in Projekt- und Arbeitsgruppen der Verwaltung – den ordnungsgemäßen und wirtschaftlichen Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnik und gibt gutachterliche Stellungnahmen bei Verfahrenseinführungen und Beschaffung von Hard- und Software sowie Dienstleistungen ab.

Bei folgenden Verfahren wurden und wird Entwicklung, Einführung und Vorbereitung für den Einsatz neuer IV-Verfahren begleitend geprüft:

- Einführung von mySAP Human Ressources, Phase II Personalmanagement,
- Auswahl und Einführung eines elektronischen Ausschreibungs- und Vergabemanagements,
- Projekt Einführung und Auswahl elektronischer Bezahlsysteme sowie
- Projekt Wiederkehrende Einnahmen und Einführung des SAP-Moduls Public Sector Collection and Disbursement (PSCD)<sup>5</sup> für die Abwicklung von Personenkonten im Neuen Rechnungswesen Nürnberg (NRN)

-

Public Sector Collection and Disbursement, Kassen- und Einnahmemanagement mit Bürgerkonto

#### 1.4.2 Einzelfälle

#### 1.4.2.1 Neues Rechnungswesen Nürnberg (NRN), Berechtigungs- und Systemprüfung

#### Prüfungsbericht vom 08.08.2006

Mit dem 1. Januar 2005 hat die Stadt Nürnberg ihr kamerales Haushaltswesen durch eine kaufmännische Buchführung (Doppik) abgelöst. Als Standardsoftware wird ein Client-Serverbasierendes SAP R/3 Enterprise System eingesetzt, das eine komplexe, integrierte und weitgehend automatisiert gesteuerte Software darstellt.

Prüfungsgegenstand waren die grundlegenden systemtechnischen Anforderungen an Sicherheit und Ordnungsmäßigkeit im Basisbereich zur Gewährleistung der ordnungsgemäßen Verarbeitung der Daten im Produktivsystem.

Geprüft wurden die Bereiche Tabellenpflege und -protokollierung, Änderungsbelege, Systemund Mandantenänderbarkeit. Aufgrund von Zwischenergebnissen wurden auch die SAP-Sonderbenutzer, kritische Standardprofile sowie die Ausführung von Reports geprüft.

#### Grundsätzliche Feststellungen und Erkenntnisse:

Das eingesetzte SAP-System erfüllt im geprüften Bereich nicht alle Anforderungen der Sicherheit und Ordnungsmäßigkeit.

Einige Feststellungen wurden bereits während der Prüfung ausgeräumt. Dennoch konnte das Prüfungsziel, alle sicherheitskritischen Feststellungen bereits während der Prüfung zu bereinigen, nicht erreicht werden. Ausreichende Ressourcen sind auch für die SAP-Systemsicherheit unumgänglich.

#### Wesentliche Ergebnisse der Prüfung:

Generelle Protokollierung von Tabellenänderungen

Rechnungslegungsrelevante Tabellen sind zu protokollieren und entsprechend den rechtlichen Vorgaben aufbewahrungspflichtig. In SAP-Systemen muss die Protokollierung von Tabellenänderungen mandantenabhängig aktiviert werden.

Die Prüfung hat ergeben, dass die Protokollierung für die Tabellenänderungen im Produktivsystem RNP nicht aktiviert war. Die Vorgaben der KommHV und die Grundsätze ordnungsmäßiger DV-gestützter Buchführungssysteme (GoBS) wurden nicht erfüllt.

Aufgrund der Feststellung hat das Referat I/NRN die Tabellenprotokollierung im Produktivsystem RNP aktiviert.

#### Zugangsberechtigungen

Es ist sicherzustellen, dass in automatisierte Verfahren nicht eingegriffen werden kann (§ 62 Abs. 1 Nr. 3 KommHV). Hierzu gehört neben einem Zugriffsberechtigungsverfahren auch die sachgerechte Vergabe von Zugriffsberechtigungen (Nr. 6.2.4 GoBS).

Im Rahmen der Prüfung wurden eine Reihe von Basisberechtigungen im Produktivsystem untersucht.

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2005 der Stadt Nürnberg

Zu beanstanden war, dass der Kreis der Benutzer, die die jeweiligen Rechte besitzen, bei allen geprüften Zugriffsrechten zu groß ist. Die zu weitreichenden Vergaben von Berechtigungen sind auf das notwendige Maß zu reduzieren.

Positiv anzumerken ist, dass kritische Basisberechtigungen nicht an Endbenutzer vergeben waren.

#### Systemänderbarkeit

Über die Systemänderbarkeit wird festgelegt, inwiefern eine Anwendungsentwicklung in einem SAP-System zugelassen oder unterbunden wird.

Es wurde festgestellt, dass das Produktivsystem nicht gegen Änderungen gesperrt war. Aufgrund der Feststellung hat das Referat I/NRN die Systemänderbarkeit im Produktivsystem RNP auf <nicht änderbar> gesetzt.

#### Schriftliches Berechtigungskonzept

Ein schriftliches Berechtigungskonzept ist wesentliche Grundlage für die geordnete Einführung eines Berechtigungssystems und die Administration im laufenden SAP-Betrieb.

Im Zuge der Prüfung wurde insbesondere festgestellt, dass die inhaltliche Ausgestaltung des Berechtigungskonzeptes des Referates I/NRN nicht immer den Anforderungen entsprach; es ist in Teilbereichen anzupassen und fortzuschreiben. Dieses Berechtigungskonzept sollte mit dem Berechtigungskonzept vom Amt für Organisation und Informationsverarbeitung zu einem einheitlichen Berechtigungskonzept zusammengefasst werden.

#### • Buchungen im Produktivsystem

Es wurde geprüft, inwieweit Benutzer der Basisadministration und Benutzer mit Vollzugriff im Produktivsystem RNP Buchungen oder Änderungen an betriebswirtschaftlichen Daten durchgeführt haben.

Die Prüfung ergab, dass Buchungen und Berichtigungen von Geschäftsvorfällen durch den Projektleiter NRN und einen Mitarbeiter der Administration – die uneingeschränkte Rechte besaßen – erfolgten. Hierzu wurde folgendes festgestellt:

- ♦ Die bisherige Vorgehensweise widerspricht dem Grundsatz der Funktionstrennung nach § 62 Abs. 2 Nr. 8 KommHV.
- Die zu beanstandenden Buchungen erfolgten überwiegend zu Beginn des Produktivbetriebes.
- ♦ Eine strikte Trennung zwischen den Aufgabenbereichen des Projektbüros einschließlich Administration und dem laufenden Betrieb des NRN ist sicherzustellen.

Bei einer ergänzenden Prüfung der Stammdaten und Zahlungen im Kreditorenbereich ergaben sich keine Hinweise auf unzulässige Aktivitäten.

#### Dienstanweisungen

Die Einzelheiten über die Sicherung des Buchungsverfahrens sind gem. § 62 Abs. 4 KommHV zu regeln.

Es fehlen verbindliche Dienst- oder Arbeitsanweisungen.

In seiner Stellungnahme vom 02.10.2006 hat das Referat I/NRN alle Prüfungsfeststellungen anerkannt und deren Ausräumung in die Wege geleitet. Über das weitere Vorgehen wird berichtet.

### 1.4.2.2 Neues Rechnungswesen Nürnberg (NRN), Prüfung der Datenübernahme aus Vorverfahren

#### Prüfungsbericht vom 29.09.2005

Die Datenübernahme aus Vorverfahren (Fachverfahren) in das Produktivsystem RNP wurde untersucht. Geprüft wurde in erster Linie, ob die grundlegenden fachlichen und systemtechnischen Anforderungen an Sicherheit und Ordnungsmäßigkeit erfüllt sind. Über das Ergebnis der Prüfung wurde bereits im Sachverständigenbericht 2005 (Seite 57) berichtet.

Die Stadtkasse hat zwischenzeitlich die notwendige Arbeitsanweisung erlassen.

Die festgestellten Sicherheitsmängel bei der Stadtkämmerei sind mit der Einführung des neuen IV-Verfahrens "Spendendatei für die Stiftungsverwaltung" einschließlich dem Erlass einer Dienstanweisung für den laufenden Betrieb behoben.

Für die Stadtkasse und die Stadtkämmerei ist die Prüfung abgeschlossen.

Am 02.10.2006 hat Referat I/NRN zu den betroffenen Punkten Stellung genommen. Dabei wird zusammenfassend bemerkt, dass die Ausräumung mehrerer Feststellungen (u.a. die prozessübergreifende Kontrollen, das Archivierungskonzept, der Erlass von Dienstanweisungen) aus Kapazitätsgründen noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird.

#### Weitere Ergebnisse:

- Bei der Fehlerbereinigung ist aufgrund komplexer Schnittstellen auch weiterhin eine Administration durch Referat I/NRN im laufenden Betrieb erforderlich.
- Die systembedingten Nachteile von Buchungen über CpD<sup>6</sup>-Konten entfallen durch Einführung des Moduls PSCD, das keine CpD-Konten kennt. Die betroffenen Schnittstellen werden Zug um Zug umgestellt.

Rpr wird die Erledigung überwachen.

## 1.4.2.3 Einführung von mySAP Human Ressources, Phase II Personalmanagement

Aufgrund des POA-Beschlusses vom 22.10.2002 wurde im April 2003 mit der Einführung des Personalmanagementsystems "mySAP Human Resources" (SAP HR) bei der Stadt begonnen. Die Einführung erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Klinikum Nürnberg.

-

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Konto pro Diverse – Sammelkonto für Einmalkunden oder Einmallieferanten

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2005 der Stadt Nürnberg

Für die Implementierung von SAP HR sind mehrere Phasen vorgesehen:

#### Phase I

Ablösung von PAISY durch die SAP HR Module Personaladministration, Personalabrechnung und Organisationsmanagement (Stellenplan).

Die erste Phase des Projekts wurde am 30.06.2005 abgeschlossen. Dabei musste externe Unterstützung durch eine Beratungsgesellschaft in Anspruch genommen werden.

#### Phase II

Einsatz der SAP HR Module Personalbeschaffung, Personalentwicklung, Veranstaltungsmanagement, erweiterte Personalkostenplanung- und -budgetierung; Ausbau der Personalbewirtschaftung und des Stellenplanes, Ablösung dezentraler DV-Verfahren. Die ursprünglich geplante Einführung des SAP HR-Workflowmoduls soll in einer späteren Phase umgesetzt werden.

Für die Phase II, die zwei Stufen umfasst, ist zur Einführung wiederum externe Unterstützung erforderlich:

#### Stufe 1 (Machbarkeitsstudie)

Die von Rpr zum Entwurf der Machbarkeitsstudie getroffenen Anmerkungen und Ergänzungen wurden weitgehend berücksichtigt.

Die Machbarkeitsstudie wurde am 26.06.2006 vom "Entscheidungsgremium" abgenommen.

#### Stufe 2 (Feinkonzept und Umsetzungsbegleitung)

Gemäß einer Neukalkulation der Projektkosten ist anstelle der bisher geplanten Gesamtkosten in Höhe von 1.566.360 EUR von einem Gesamtaufwand von 1.855.850 EUR auszugehen.

Der ursprüngliche Abschlusstermin für die Leistungserbringung wurde vom 30.06.2008 auf den 31.12.2008 verschoben.

## 1.4.2.4 Prüfung des Einsatzes eines Grundstückinformationssystems beim Liegenschaftsamt

#### Prüfungsbericht vom 10.11.2004

Rpr hatte den Einsatz des Grundstückinformationssystems KoLiBri untersucht, das zur Erledigung der beim Liegenschaftsamt anfallenden Aufgaben eingesetzt werden sollte. Über das Ergebnis der Prüfung wurde bereits in den Sachverständigenberichten 2004 und 2005 berichtet.

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2005 der Stadt Nürnberg

Die Projektrealisierung wurde Ende 1999 begonnen; sie konnte wegen der nicht realisierten Datenübernahme nicht abgeschlossen werden. Die Einführung der Software KoLiBri erfolgt damit nicht mehr, die abgeschlossenen Verträge sind zum 30.04.2007 gekündigt worden.

Eine vom Projekt NRN durchgeführte Prüfung ergab, dass das SAP Modul LUM ("Land Use Management") die Anforderungen des Liegenschaftsamtes erfüllt. Das Softwaremodul wurde im Oktober 2006 beschaftt und soll ab Juli 2007 eingesetzt werden.

Rpr wird – soweit kapazitätsmäßig möglich – die Einführung begleitend prüfen.

#### 1.4.3 Vergabeprüfung

Im Berichtsjahr 2006 wurden bis Redaktionsschluss insgesamt 11 Vergaben mit einer Gesamtsumme von ca. 3,3 Mio. EUR begutachtet.

Förmliche Beanstandungen waren nur in geringem Umfang erforderlich.

#### 1.4.4 Teamprüfungen

Die luK-Prüfungsgruppe wurde auch in Teamarbeit mit Fachprüfern tätig. Dabei getroffenen Anregungen und Feststellungen gingen in die dortigen Berichte ein.

#### 1.5 Technische Rechnungsprüfung

#### 1.5.1 Allgemeines

#### Prüfungsspektrum

Die Arbeit der Bauverwaltung wird hier unter dem Blickwinkel der örtlichen Prüfung beleuchtet - unabhängig von der jeweiligen Betriebsform bzw. organisatorischen Zuordnung.

Das Prüfungsspektrum reicht von der sachgerechten Anwendung der Haushalts- und Verwaltungsvorschriften über die Einhaltung einschlägiger Gesetze, Normen, Vertrags- und Verdingungsordnungen im Bauwesen.

Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwendung öffentlicher Gelder ist dabei von der Bedarfsbemessung über die Planung und Durchführung bis zur Abrechnung der kommunalen Bauausgaben Prüfungsgegenstand.

In Einzelfällen werden Baudienststellen zur Anwendung einschlägiger Vorschriften beraten. Hier steht die Verfahrensverbesserung und das Vermeiden von nachträglichen Prüfungsfeststellungen im Vordergrund.

Der Umfang des Prüfungsgebiets macht eine Beschränkung auf Teilgebiete und Stichproben notwendig (Nr. 5.3 der Rechnungsprüfungsordnung/RPrO).

#### • Prüfungsschwerpunkte

Die Risikoorientierung der Technischen Prüfung besteht im Vermeiden überhöhter Ausgaben.

In den städtischen Vergaberichtlinien (VRL) und den Baurichtlinien (BRL) sind Grenzwerte für die Zuständigkeit bzw. Beteiligung des Rpr vor der Bereitstellung bzw. Genehmigung von Mitteln festgelegt.

Bei der Bedarfsermittlung von Maßnahmen liegt der Schwerpunkt der Prüfung auf der Transparenz und Angemessenheit der veranschlagten Kosten.

Werden Bau- und Ingenieurleistungen vergeben, stehen die Einhaltung des Wettbewerbs, die Streuung der Aufträge und die Wirtschaftlichkeit von Angeboten und Nachtragsforderungen im Vordergrund.

Bei laufenden Projekten vermindert der Einsatz der Mobilen Prüfung das Risiko von Abrechnungsbetrug.

Verfahrensverbessernde Anstöße aus Prüfungsfeststellungen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung.

Werden die Prüfungsfeststellungen von den Geprüften umgesetzt und für die Zukunft abgestellt, schließen sich dauerhaft Schwachstellen, bei denen in der Vergangenheit finanzielle Erfolge für Rpr zu erzielen waren.

#### • Grundsätzliche Feststellungen der Vorjahre

Die Behebung der Ursachen in der Vergangenheit immer wieder beanstandeter, grundsätzlicher Prüfungsfeststellungen wurde bei den Baudienststellen 2004 angegangen.

In den beiden Berichten zu den Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses 2004 wurden die Entwicklungen dazu innerhalb der geprüften Dienststellen aufgezeigt. Diese wurden durch die Umstellung auf die Doppik, verwaltungsinternen Umstrukturierungen und Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung partiell überlagert.

Rpr verkennt nicht den Druck, dem die Baudienststellen ausgesetzt sind. Die bereits angegangenen Verbesserungen zum Berichtswesen, dem Controlling, dem Verfahren der Bauinvestitionsbesprechung, der Abwicklung freiberuflicher Leistungen, dem Umgang mit Nachträgen, der Erstellung von Bauabrechnungen und dem Bauunterhalt im Hochbau müssen jedoch konsequent weiterverfolgt werden.

#### • Prüfungszeitraum 2005

Auf die Darstellung einzelner Prüfungsfeststellungen wird im vorliegenden Sachverständigenbericht mit Ausnahme der Ausführungen zum Bauunterhalt Hochbau wieder verzichtet. Rpr wird im Rahmen der bisher bewährten Jahresgespräche mit den Baudienststellen versuchen, eine Auseinandersetzung der Geprüften mit noch unbeantworteten Feststellungen zu erreichen.

Aufgenommene Feststellungen sind verkürzt wiedergegeben und den Dienststellen bekannt. Vorab wurde der Bericht Herrn 2. BM, Herrn 3. BM und Herrn Ref. VI zur Kenntnis gegeben. Stellungnahmen der Dienststellen wurden im Rahmen des Erforderlichen berücksichtigt.

Geprüfte Vorgänge wurden zum Teil von den Bedarfsträgern selbst abgewickelt, zum Teil von Baudienststellen durchgeführt oder bei externer Vergabe projektbegleitend betreut.

Ausführungen zu Maßnahmen des <u>Stadtentwässerungsbetriebes</u> (StEB) sind unter **Nr. 4.2.6**, zum <u>Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetrieb Nürnberg</u> (ASN) unter **Nr. 4.3.6**, zum <u>Franken-Stadion Nürnberg</u> (FSN) unter **Nr. 1.5.4.1**, zum <u>Nürnberg-Bad</u> (NüBad) unter **Nr. 1.5.4.2** und zum Klinikum Nürnberg unter **Nr. 3.4.3** zusammengefasst.

#### 1.5.1.1 Finanzieller Erfolg

Durch Prüfungserfolge im Vorfeld der Genehmigung werden spätere Ausgaben vermieden. Die im Bericht abgebildeten Ergebnisse wurden im Jahr 2005 bei der ex ante-Prüfung von Bauinvestitionen und bei Vergaben von Bauleistungen bzw. Besonderen Leistungen vor deren Genehmigung im Konsens mit den geprüften Dienststellen erzielt.

Materielle Erfolge aus der ex post-Prüfung werden durch das Rückholen von ungerechtfertigt geleisteten Zahlungen erreicht. Ausschlaggebend für die Aufnahme dieser kassenwirksamen Einnahmen im Bericht ist der Eingang der Beträge im Haushaltsjahr 2005. Die Summen sind dabei um Berichtigungen zugunsten von Auftragnehmern bereinigt.

#### • Ergebnis

2005 wurde durch die Prüfung ein finanziell erfassbarer Erfolg in Höhe von **3,42 Mio. EUR** erreicht.

Neben den Einsparungen bei städtischen Baumaßnahmen sind in dieser Summe 12.625 EUR für den Stadtentwässerungsbetrieb, 3.876 EUR für den Eigenbetrieb Franken-

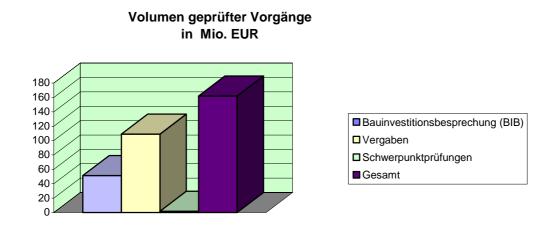
stadion Nürnberg, Begutachtungen von **122.052 EUR** zugunsten des Klinikums Nürnberg und für das Beteiligungsunternehmen Flughafen Nürnberg GmbH in Höhe von **51.527 EUR** enthalten.

#### 1.5.1.2 Prüfungsvolumen

Im Berichtszeitraum 2005 wurden an Baumaßnahmen – einschließlich Eigenbetriebe und Klinikum, ohne Beteiligungsunternehmen – Vorgänge im Gesamtvolumen von rund **162,7 Mio. EUR** geprüft. Damit ist die Höhe des Prüfungsvolumens vom Zeitraum 2004 mit rund 166,6 Mio. EUR in etwa gleich geblieben. Im Vergleich dazu lag die Summe 2002 noch bei rund 94,56 Mio. EUR.

Die Summe basiert auf den zu prüfenden Summen im Rahmen von Bauinvestitionsbesprechung, Vergaben und Schwerpunktprüfungen.

Ergänzend fielen für die Flughafen Nürnberg GmbH Auftragsprüfungen vor Genehmigungserteilung bzw. Auszahlung zu Vergaben und Bauabrechnungen in Höhe von insgesamt **22,3 Mio. EUR** an. Siehe auch unter **Nr. 1.5.4**.



Die klassische Prüfung abgeschlossener Maßnahmen betrug 2005 gerade 1 % des Gesamtprüfungsvolumens (ohne FNG). Somit lag die Prüfungsarbeit der Technischen Prüfung für den Konzern Stadt nahezu vollständig bei der Vermeidung von Ausgaben im Vorfeld.

## 1.5.2 Ex ante-Prüfung

Durch die nachträgliche Prüfung abgeschlossener Baumaßnahmen – ex post-Prüfung – sind festgestellte Fehler nur noch eingeschränkt und oft mit erheblichem zusätzlichen Aufwand neben dem aktuellen Tagesgeschäft von den Baudienststellen rückabzuwickeln. Siehe auch unter **Nr. 1.5.3**. Die Prüfung vorab bzw. während einer laufenden Maßnahme ermöglicht es dagegen, dass auf Feststellungen noch rechtzeitig reagiert werden kann.

## 1.5.2.1 Bauinvestitionsbesprechung (Nr. 1.5 BRL)

Auch im Haushaltsjahr 2005 lagen prüfbare Kostenermittlungen in der Mehrzahl der Fälle nicht rechtzeitig bei der Anmeldung der Maßnahmen vor.

Eine dem Projektstand zur BIB angemessene und gleichzeitig über die gesamte Projektabwicklung dauerhaft belastbare Festlegung der Maßnahmen bei Aufnahme in den Mittelfristigen Investitionsplan (MIP) ist jedoch die Grundlage für eine sinnhafte Bedarfs- und Kostenprüfung durch das BIB-Gremium. Transparente, für den konkreten Fall ermittelte Programme und Kosten dienen auch und gerade bei Veränderungen im Projektablauf letztlich den Baudienststellen selbst. Durch die Standardisierung von Schätzkosten auf der Basis durchgeführter Maßnahmen bzw. gesicherter Planungskennwerte können Kostenermittlungen optimiert werden und neue Maßnahmen kostensicherer geplant werden.

Die einzelnen Projekte müssen rechtzeitig vor der Anmeldung zum MIP anforderungsgerecht aufbereitet sein, um Kostensicherheit für die geplanten Investitionen zu gewährleisten.

2006 wurden erste Schritte unternommen, das bisherige Verfahren im Bereich Hochbau zu entzerren. Angestrebt ist, hier das BIB-Verfahren zeitlich an das 2005 neu geordnete Verfahren zur Baupauschale zu koppeln und vor die MIP-Anmeldung zu legen.

Für laufende Maßnahmen, die im geltenden MIP enthalten sind, ist die Steuerungsfunktion der projektbegleitenden BIB bis jetzt nur in Einzelfällen gewährleistet. Auch hier wird an einer Verbesserung gearbeitet.

Insgesamt waren für Rpr im Prüfungsjahr 2005 angemeldete Kosten in Höhe von **51,29 Mio. EUR** zu prüfen.

Bei vier von sieben Tiefbauprojekten ergaben sich durch die Prüfung Kostenänderungen. Von den neun besprochenen Hochbaumaßnahmen veränderten sich die Kosten bei vier Projekten. Im Ergebnis reduzierten sich im Einvernehmen mit den Baudienststellen bei acht Projekten die ursprünglich angesetzten Investitionskosten um insgesamt **2,91 Mio. EUR**.

Erstmals wurden zwei Projekte aus dem Bereich Gartenbau in der BIB besprochen. Reduzierungen waren nicht veranlasst.

#### 1.5.2.2 Vergaben

#### 1.5.2.2.1 Bauleistungen bzw. Leistungen in deren Zusammenhang (VOB/VOL)

Wertgrenzen für die Vorlage der Vergaben bei Rpr zur Prüfung vor Genehmigung bestehen nach Nr. 6.5 VRL für Aufträge über 500.000 EUR. Außerdem sind ab 50.000 EUR alle Vorgänge nach Öffentlicher und Beschränkter Ausschreibung bzw. Offenem oder Nichtoffenem Verfahren zu prüfen, bei denen nicht der Mindestbietende den Zuschlag erhalten soll. Freihändige Vergaben sind grundsätzlich ab dieser Höhe vorzulegen.

Nachtragsangebote sind zur Prüfung vorzulegen, wenn die ursprüngliche Auftragssumme mit der Erweiterung 50.000 EUR übersteigt, bzw. bei Erstaufträgen über 50.000 EUR, wenn die Hauptauftragssumme mit 20 % oder 100.000 EUR überschritten wird.

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2005 der Stadt Nürnberg

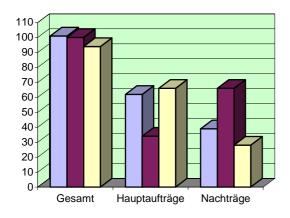
Stadtweit – einschließlich Eigenbetriebe und Klinikum, ohne Beteiligungsgesellschaften – wurden 295 Vergaben aus dem Bereich VOB/VOL im Gesamtbetrag von rund 98,53 Mio. EUR vor Genehmigungserteilung zur Prüfung vorgelegt. Die Anzahl der Vergaben beinhaltet 133 Nachtragsangebote mit ca. 16,02 Mio. EUR von Maßnahmen aus zugehörigen Hauptauftragssummen in Höhe von ca. 131,83 Mio. EUR.

Insgesamt ergaben sich aus der Vergabeprüfung 2005 Reduzierungen aus zahlreichen Einzelsummen von insgesamt 37.826 EUR.

Wegen der auf die Eigenbetriebe und das Klinikum entfallenden Vergaben siehe Nrn. 4.2.6, 4.3.6, 1.5.4.1, 1.5.4.2 und 3.4.3.

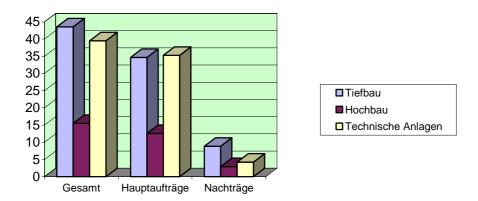
Neben der vom Bauverwaltungs- und Vergabeamt (BAV) durchgeführten Begutachtung wird von Rpr die inhaltliche Qualität der Verdingungsunterlagen, die Wirtschaftlichkeit und die vorschriftenkonforme Abwicklung der Vorgänge beurteilt.

#### Vergabeanzahl nach Prüfungsbereichen





## Vergabesumme nach Prüfungsbereichen in Mio. EUR



Zu den Nachtragsvergaben waren bei rund **32** % Feststellungen zu treffen. Die Qualität und die Nachvollziehbarkeit der Vorlagen hat sich damit im Vergleich zum Zeitraum 2004 verbessert.

Nachtragspreise müssen gegenüber dem Hauptangebot grundsätzlich transparent aufgeschlüsselt sein und dem Auftraggeber mit kalkulatorischen Nachweisen auf Grundlage des Hauptangebots prüfbar vorgelegt werden. Dies umfasst die Preisnachweise und die Nachvollziehbarkeit der Ursachen geänderter oder zusätzlich notwendiger Leistungen. Zur Vorlage dieser Nachweise sind die Auftragnehmer bei der Begründung ihrer Nachtragsforderungen vertraglich verpflichtet. Auch extern beauftragte Büros müssen den Auftraggeber unverzüglich über absehbare Nachtragsforderungen unterrichten, diese prüfen, evtl. Vorschläge für Preisvereinbarungen abgeben und Auswirkungen auf die Gesamtkosten aufzeigen.

Nach dem Eindruck von Rpr beginnt sich die stadtinterne Durchlaufzeit der Nachträge im Vergleich zu den Vorjahren zu reduzieren. Die Qualität der Vergabevorschläge in Bezug auf prüfbare Unterlagen stieg deutlich an. Zum anderen wies BAV verstärkt Vorgänge zurück, die eine Prüfung der Angemessenheit von Preisen mangels Unterlagen nicht erlaubten.

## 1.5.2.2.2 Freiberufliche Leistungen an Ingenieure, Architekten und Gutachter (Besondere Leistungen)

Nach Nr. 7.4 VRL sind Vergabevorschläge ab 15.000 EUR vor Genehmigungserteilung bei Rpr zur Prüfung vorzulegen.

Auftragserweiterungen müssen geprüft werden, wenn die ursprüngliche Auftragssumme mit der Erweiterung als Gesamtauftrag 15.000 EUR überschreitet, bzw. bei Erstaufträgen über 15.000 EUR ab 20 % oder 30.000 EUR Überschreitung.

Die Prüfung der Vergaben aus dem Bereich Architekten- und Ingenieurleistungen beinhaltet insbesondere die Abgrenzung von verwaltungseigenen bzw. für den konkreten Auftrag nicht

erforderlichen Leistungen und die Angemessenheit von honorarfähigen Baukosten und Honorarzuschlägen nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI).

Durch die Umsetzung von Prüfungsfeststellungen wurden im Prüfungszeitraum Minderungen in Höhe von **160.714 EUR** erreicht. Auch dieser Betrag setzt sich aus zahlreichen Einzelfeststellungen zusammen.

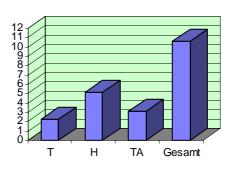
Es waren 136 Vergabevorgänge in Höhe von insgesamt 10,6 Mio. EUR zu prüfen. Dies entspricht Im Vergleich zu 2004 einer erneuten Erhöhung der Vergabeanzahl wie auch der Vergabesumme um fast ein Drittel.

Auf die Prüfungsbereiche Tiefbau/Hochbau/Technische Anlagen entfielen jeweils:

#### Vergabeanzahl

#### 150 135 120 105 90 75 60 45 30 15 0 T H TA Gesamt

#### Vergabesumme in Mio. EUR



In rund 15 % der Fälle waren Feststellungen grundsätzlicher Art wie auch rechnerische Korrekturen veranlasst. Grundsätzlich ist festzustellen, dass sich die Qualität der Vorlagen auch bei der Vergabe von Freiberuflichen Leistungen im Vergleich zum Vorjahr gesteigert hat.

#### 1.5.2.3 Mobile Prüfung

Vordringliche Ziele der Mobilen Prüfung sind dabei Schadensprävention und das Verhindern von Abrechnungsbetrug. Im Bereich Hochbau wurden 15 Baustellen besucht, im Straßenbau 15, bei StEB 13 Maßnahmen und bei GBA sieben neu gestaltete Kinderspielplätze.

In der Regel werden bei den Baustellenbesuchen umfangreiche Dokumentationen erstellt, die im Bedarfsfall auch bei Nachtragsprüfungen im Rahmen der VRL bzw. für Prüfungen von Abrechnungen bereits fertiggestellter Maßnahmen herangezogen werden können. Siehe hierzu auch **Nr. 1.5.3**, Schwerpunktprüfungen.

Die bei den Baustellenüberprüfungen festgestellten Mängel verhelfen den beauftragten Firmen meist zu finanziellen Vorteilen, da auf Auftragnehmerseite durch unvorschriftsmäßige oder ver-

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2005 der Stadt Nürnberg

einfachte technische Ausführung gegenüber dem Vertrag Leistungen erspart werden, die ursprünglich aber Basis der Kalkulation beim Angebotspreis waren.

Stichprobenhafte Kontrollen vor Ort werden von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Technischen Prüfung wahrgenommen, zwei "mobile Prüfer" sind ausschließlich im Außendienst eingesetzt. Ergeben sich Beanstandungen, werden diese mit der zuständigen Dienststelle in der Regel formlos abgeklärt.

Auch 2005 wurden die Feststellungen der Mobilen Prüfung sowohl beim Tief- und Gartenbau wie auch im Hochbau von den betroffenen Mitarbeitern der Dienststellen umgesetzt. Über das Prüfungsjahr gab es wenige Einzelfälle zu beanstanden, die anschließend nicht wieder auftraten.

#### 1.5.2.4 Visaprüfung von Bauabrechnungen

Die Visaprüfung von Rechnungen hat aufgrund der in der VOB festgelegten Zahlungsfristen neben der Vergabeprüfung vor Genehmigungserteilung eine hohe Priorität in der täglichen Prüfungsarbeit. Die Abrechnungen werden dabei in der Regel umfassend geprüft.

2005 waren 6 Bauschlussabrechnungen im Gesamtvolumen von 10,8 Mio. EUR für die Flughafen Nürnberg GmbH (FNG) vor der Auszahlung zu prüfen. Siehe hierzu auch Nr. 1.5.4.

Daneben wurden kleinere Visaprüfungen von Abrechnungen bei städtischen Unterhaltsmaßnahmen im Hochbau im Gewerk Putz- und Stuckarbeiten mit insgesamt rund **41.461 EUR** durchgeführt. Diese wurden durch die Mobile Prüfung abgedeckt und alle in Rechnung gestellten Arbeiten dabei vor Ort überprüft.

In der Regel werden zur Visa-Prüfung Auftragnehmer in einzelnen Gewerken ausgewählt, bei denen entweder das zugeteilte Budget aus den Jahresrahmenverträgen im Vorjahr wesentlich überschritten wurde bzw. deren Rechnungen in der Vergangenheit bereits zu Feststellungen Anlass gaben. Die Prüfung läuft über ein Jahr und wird zum Jahresbeginn angekündigt.

2005 waren von 32 Rechnungen zu 5 Rechnungen Feststellungen zu treffen, die in Höhe von **421 EUR** von H umgesetzt wurden.

## 1.5.3 Ex post-Prüfung, Schwerpunktprüfungen

Die Prüfung abgeschlossener Maßnahmen zeigt Fehler aus der Vergangenheit auf. Ausgewählte Maßnahmen werden in Schwerpunkten vollständig geprüft.

Durch Einzelfallprüfungen ist das Verwaltungshandeln aber nicht systematisch zu erfassen, da nur ein Bruchteil der abgeschlossenen Maßnahmen geprüft werden kann. Insofern sind die Dienststellen geneigt, die Prüfungsfeststellungen aus Einzelmaßnahmen nicht auf deren generelle Übertragbarkeit zu hinterfragen und ihnen nicht den gebotenen Stellenwert zuzumessen.

Neben der Einhaltung des korrekten Verfahrens nach VRL und BRL bei der Projektabwicklung werden die tatsächlich ausgeführten Mengen soweit möglich mit den Angebotspreisen der ursprünglich nächstfordernden Bieter hochgerechnet, die Ursache von Nachträgen kritisch hinterfragt und Abrechnungsfehler aufgezeigt.

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2005 der Stadt Nürnberg

Meist sind es im Grundsatz die gleichen Feststellungen, die bei der Abrechnungsprüfung zu treffen sind:

- falsche Zuordnung der Leistungen zu den ausgeschriebenen Positionen
- fehlerhafte Anwendung der Bestimmungen für Aufmaß und Abrechnung nach VOB/C
- Doppelberechnung von Leistungen
- ungerechtfertigte bzw. überhöhte Forderungen
- Rechen- und Übertragungsfehler

Sind Auszahlungen ungerechtfertigt erfolgt, müssen sie von der verantwortlichen Dienststelle beim Unternehmer zurückgefordert werden. Die Baudienststellen setzen sich neben dem aktuellen Tagesgeschäft mit den Prüfungsfeststellungen auseinander. Wenn der Unternehmer sich weigert, eine Rückzahlung zu leisten, ist oft juristischer Beistand nötig. Durchschnittlich sind die Prüfungen sehr langwierig und mit dem Eingang der Überzahlungen nach rund vier Jahren abgeschlossen.

2005 konnten insgesamt 3 Schwerpunktprüfungen mit einem Volumen von rund 1,6 Mio. EUR von der Technischen Prüfung abgeschlossen werden. Aus Abrechnungsfehlern ergaben sich Mittelkorrekturen und Rückforderungen in Höhe von 252.543 EUR, die von den Dienststellen umgesetzt wurden. Berichtigungen zugunsten von Auftragnehmern sind bereits eingeschlossen. Zu StEB siehe auch unter Nr. 4.2.6.

Zusammen mit der Verwaltungsabteilung wurde eine Teamprüfung des Sammelnachweises "Unterhalt der Gebäude und bebauten Grundstücke" aus der Jahresrechnung 2004 mit **Prüfungsbericht vom 03.04.2006** abgeschlossen.

Dabei wurden aus diesem Sammelnachweis beispielhaft die Gewerke Anstricharbeiten sowie Sanitärinstallation mit Pumpenservice untersucht. Hierbei waren u. a. folgende Feststellungen zu treffen:

- Eine vollständige und transparente Dokumentation wesentlicher Vorgänge (z.B. Bedarfsfeststellung, Auftragsvergabe) liegt bislang oftmals nicht vor. Um den derzeit vorhandenen Defiziten wirtschaftlich zu begegnen, wurde der Einsatz einer leistungsfähigen Software angeregt.
- Bezüglich der Auftragsvergabe nach den Jahresleistungsverzeichnissen wurden bei einzelnen Firmen zum Teil erhebliche Abweichungen von den vom Bau- und Vergabeausschuss beschlossenen Auftragsvolumen festgestellt.
- Im Rahmen des Jahresleistungsverzeichnisses 2004 für Anstricharbeiten wurden zahlreiche Aufträge abgewickelt, für die eigenständige Vergabefahren durchzuführen gewesen wären. Außerdem wurden in diesem Gewerk bei Abschlags- und Vorauszahlungen teilweise die hierfür maßgeblichen Bestimmungen nicht beachtet. Obwohl Stundenlohnarbeiten aufgrund des Prinzips der sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung auf unvermeidbare Fälle zu beschränken sind, verursachten sie bei den geprüften Anstricharbeiten nahezu 50 % der Gesamtkosten.
- Die Prüfung von Gewährleistungsansprüchen ist in einer Vielzahl der geprüften Reparaturvorgänge nicht dokumentiert. Somit ist nicht auszuschließen, dass in Einzelfällen bestehende Gewährleistungsansprüche nicht geltend gemacht wurden. Zur Vermeidung von wirt-

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2005 der Stadt Nürnberg

schaftlichen Nachteilen wurde deshalb eindringlich auf das Erfordernis der Durchführung und der Dokumentation entsprechender Prüfungen hingewiesen.

Dazu darf auf die beiden Berichterstattungen zu den Rechnungsprüfungsausschüssen 2004 hingewiesen werden. Die wiederkehrenden Prüfungsergebnisse der Technischen Prüfung zum Bauunterhalt H in unterschiedlichen Gewerken waren im Rahmen der durchgeführten Prüfung erneut festzustellen.

Mit Vermerk vom 05.10.2006 nahm die Dienststelle wie folgt Stellung:

- Aus Sicht von H ist aufgrund des abzuwickelnden Bauvolumens und den damit verbundenen Abrechnungsmodalitäten die Leistungsfähigkeit beim derzeitigen Personalstand erschöpft. Aus diesem Grund sei eine vollständige Dokumentation aller Vorgänge nicht zu realisieren. H sieht sich deshalb gezwungen, eine vollständige Dokumentation auf größere Maßnahmen zu beschränken.
- Zur Verbesserung der aktuellen Situation hält auch H eine entsprechende Software Unterstützung für wünschenswert und zielführend.
- H sichert in seiner Stellungnahme zu, künftig ein verstärktes Augenmerk auf die Einhaltung der Firmenvolumina zu legen.
- Bereits im Haushaltsjahr 2005 konnte der Anteil der beschränkten Ausschreibungen für den Bereich der geprüften Anstricharbeiten von rd. 10 % auf 25 % der zur Verfügung stehenden Mittel gesteigert werden. H ist bestrebt diese Quote weiterhin zu erhöhen. Die künftige Beachtung der für Abschlags- und Vorauszahlungen maßgeblichen Vorschriften wurde zugesichert.
- Die Durchsetzung vom Gewährleistungsansprüchen im Bereich der Sanitärinstallation erfolgt nach Auskunft von H zuverlässig. Allerdings wird darauf hingewiesen, dass deren Realisierung in der Regel daran scheitert, dass eine Verursachung durch Dritte nicht ausgeschlossen werden kann.

## 1.5.4 Eigenbetriebe FSN und NüBad

#### 1.5.4.1 Franken-Stadion Nürnberg (FSN)

Insgesamt ergaben sich durch die Prüfung im Haushaltsjahr 2005 finanzielle Verbesserungen in Höhe von **3.867 EUR**.

#### Vergaben VOB/VOL

Grundsätzliches zur Vergabeprüfung siehe unter Nr. 1.5.2.2.

An VOB/VOL-Vergaben wurden **51** Vorgänge in Höhe von **3,12 Mio. EUR** vorgelegt, davon **50** Nachträge mit **2,58 Mio. EUR** aus Hauptaufträgen mit insgesamt **16,52 Mio. EUR**.

Sämtliche vorgelegten Nachtragsangebote waren entgegen der einschlägigen Vorschriften bereits ausgeführt.

Die Qualität und die Nachvollziehbarkeit der Vorlagen entsprachen in der Mehrzahl nicht den Vorgaben. Hier waren zu grundsätzlichen Aspekten Feststellungen zu treffen. Rechnerische

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2005 der Stadt Nürnberg

Korrekturen wurden in Höhe von **3.867 EUR** umgesetzt. Ansonsten liegen Rückmeldungen noch nicht vor.

#### Vergaben Besonderer Leistungen

**2** Vergaben in Höhe von **60.970 EUR** wurden zur Prüfung vorgelegt, aus Kapazitätsgründen wurde eine davon lediglich zur Kenntnis genommen. Die abschließende Information zu den Feststellungen aus der geprüften Vergabe steht noch aus.

#### 1.5.4.2 Nürnberg-Bad (NüBad)

Bei der technische Prüfung fiel 2005 im Bereich der Vergaben VOB/VOL eine Vergaben in Höhe von insgesamt **847.631 EUR** an, bei der erhebliche Feststellungen zu treffen waren. Im Ergebnis wurde sie im Einvernehmen mit BAV aufgehoben. Zur anschließenden Vergabe waren wiederum Feststellungen veranlasst.

## 1.5.5 Beteiligungsunternehmen

Die Technische Abteilung des Rechnungsprüfungsamtes prüft auftragsgemäß Vergaben und Rechnungen bei der Flughafen Nürnberg GmbH (FNG). Die Prüfung erfolgt vor Genehmigungserteilung bzw. Auszahlung.

Im Geschäftsjahr 2005 fielen insgesamt **361** Stunden für die Prüfung an. An Kosten wurden dem Unternehmen für diese Leistung **17.995 EUR** in Rechnung gestellt. Im Ergebnis wurden **51.527 EUR** an Einsparungen begutachtet.

#### Vergaben

7 Vergabevorschläge einschließlich Auftragserweiterungen und Nachträgen über insgesamt 12,58 Mio. EUR waren zu prüfen. Reduzierungen waren nicht veranlasst.

#### Rechnungen

Die Begutachtung von 5 Bauabrechnungen im Gesamtvolumen von 10,04 Mio. EUR ergab Empfehlungen von 51.527 EUR zugunsten der FNG.

## 1.6 Sondervermögen Regiebetrieb "Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Herpersdorf"

Der Regiebetrieb Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Herpersdorf (Regiebetrieb STEM Herpersdorf) wird im Sinne von Art. 88 Abs. 6 GO teilweise nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung (EBV) geführt. Entsprechend ist das Dritte Buch des HGB bei der Rechnungslegung anzuwenden. Nach § 242 HGB ist zum Schluss eines jeden Geschäftsjahres eine Bilanz zu erstellen.

Mit der Haushaltssatzung der Stadt für das Haushaltsjahr 2005 vom 13.04.2005 wurde für den Regiebetrieb die Kreditermächtigung für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf 247,3 TEUR festgesetzt. Die Verpflichtungsermächtigungen im Vermögensplan waren mit 66 TEUR festgesetzt. Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan war auf 50 TEUR festgesetzt.

Die Haushaltssatzung trat zum 01.01.2005 in Kraft.

Der Wirtschaftsplan 2005 besteht aus Erfolgs-, Vermögens- und Finanzplan sowie dem Investitionsprogramm. Er wurde am 24.11.2004 vom Stadtrat beschlossen.

Die Planansätze des Erfolgsplanes 2005 sahen Erträge von 300 TEUR und Aufwendungen von 2.697 TEUR vor, so dass daraus ein Jahresverlust in Höhe von 2.397 TEUR resultierte. Tatsächlich ergab sich 2005 nur ein Jahresverlust von 314 TEUR. Gegenüber den Planansätzen sind sowohl Mehrerträge in Höhe von 1.027 TEUR als auch Minderaufwendungen von 1.056 TEUR zu verzeichnen.

Der Vermögensplan 2005 umfasste einen Finanzbedarf von 4.464 TEUR. Hiervon waren 397 TEUR für Investitionen eingeplant. Die Finanzplanung der Jahre 2005 bis 2008 umfasste ein Volumen von 12.372 TEUR.

Nach vorausgehender Begutachtung durch den Stadtplanungsausschuss und Prüfung durch den Rechnungsprüfungsausschuss hat der Stadtrat den Vorjahresabschluss 2004 am 25.01.2006 festgestellt.

Der Jahresabschluss 2005 des Regiebetriebes wurde nach den Vorschriften der EBV aufgestellt. Er besteht aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang. Das Wirtschaftsjahr 2005 schließt mit einer Bilanzsumme von 23.328.851,12 EUR und einem Jahresverlust von 313.965,34 EUR. Die Entwicklung der Bilanz 2005 wird nachfolgend in komprimierter Form wiedergegeben:

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2005 der Stadt Nürnberg

Parish with OTFM Haman dark	31.12.2005	31.12.2004	Veränder	ung
Regiebetrieb STEM Herpersdorf	EUR	EUR	absolut	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen (gesamt)	9.034.370,69	8.619.794,96	414.575,73	4,8
Immaterielle Vermögensgegenstände	871.608,21	1.002.560,57	-130.952,36	-13,1
Sachanlagen	8.162.762,48	7.617.234,39	545.528,09	7,2
Umlaufvermögen (gesamt)	14.294.480,43	15.528.507,13	-1.234.026,70	-7,9
Grundstücke	8.782.193,03	9.268.818,70	-486.625,67	-5,3
Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	4.509.430,44	6.136.453,51	-1.627.023,07	-26,5
Kassenbestand und Bankguthaben	1.002.856,96	123.234,92	879.622,04	>100,0
Bilanzsumme - Aktiva -	23.328.851,12	24.148.302,09	-819.450,97	-3,4
PASSIVA				
Eigenkapital (gesamt)	1.155.621,63	1.469.586,97	-313.965,34	-21,4
Stammkapital	0,00	0,00	0,00	0,0
Allgemeine Rücklagen	0,00	0,00	0,00	0,0
Sonderrücklage	1.218.868,68	1.218.868,68	0,00	0,0
Gewinn-/Verlustvortrag (-)	-63.247,05	250.718,29	-313.965,34	>100,0
Rückstellungen	197.493,00	15.000,00	182.493,00	>100,0
Verbindlichkeiten	21.975.736,49	22.663.715,12	-687.978,63	-3,0
Bilanzsumme - Passiva -	23.328.851,12	24.148.302,09	-819.450,97	-3,4

Aufgrund von Umbuchungen aus dem Umlaufvermögen (z. B. Verkehrsflächen) und der Fertigstellung der Kindergartens im Jahr 2005 erhöhte sich das Anlagevermögen um 415 TEUR auf 9.034 TEUR. Der im Umlaufvermögen geführte Grundstücksbestand verminderte sich infolge des Verkaufs der letzten beiden vermarktbaren Grundstücke im nördlichen Entwicklungsbereich auf 8.782 TEUR. Der Bestand der Forderungen resultiert vornehmlich aus den teilweise mit gestaffelten Zahlungszielen abgeschlossenen Grundstücksverkäufen in Höhe von 1.962 TEUR und dem Kontostand des bei der Stadtkasse geführten Betriebsmittelkontos von 2.547 TEUR. Das relativ hohe Bankguthaben ergab sich nur kurzzeitig durch Geldeingänge über den Jahreswechsel 2005/2006.

Die Passivseite ist weiterhin durch Fremdfinanzierung geprägt. Der Rückgang des Eigenkapitals ist Folge des Jahresverlustes in Höhe von 314 TEUR. Die Rückstellungen enthalten Personal-kostenanteile für das im Jahr 2005 zu STEM abgestellte Personal in Höhe von 183 TEUR. Die Abnahme der Verbindlichkeiten ist u. a. auf die planmäßige Tilgung des langfristigen Kommunaldarlehens zurückzuführen (312 TEUR).

In der nachstehenden Tabelle werden die Erträge und Aufwendungen entsprechend der Gewinn- und Verlustrechnung und ihre Veränderung zum Vorjahr wiedergegeben:

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2005 der Stadt Nürnberg

Danish strick CTFM Harnavaders	2005	2004	Veränder	ıng
Regiebetrieb STEM Herpersdorf	EUR	EUR	absolut	in %
ERTRÄGE	1.327.297,19	5.648.117,25	-4.320.820,06	-76,5
Umsatzerlöse	1.201.638,00	5.519.044,24	-4.317.406,24	-78,2
Sonstige betriebliche Erträge	68.463,66	96.904,08	-28.440,42	-29,3
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	57.195,53	32.168,93	25.026,60	77,8
AUFWENDUNGEN	1.641.262,53	4.753.637,80	-3.112.375,27	-65,5
Materialaufwand	507.008,87	2.394.678,97	-1.887.670,10	-78,8
Personalaufwand	0,00	0,00	0,00	0,0
Abschreibungen	213.149,29	1.419.560,94	-1.206.411,65	-85,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	290.290,03	285.435,68	4.854,35	1,7
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	618.215,38	637.821,41	-19.606,03	-3,1
Sonstige Steuern (Rückerstattung f. Vorjahre)	12.598,96	16.140,80	-3.541,84	-21,9
ERGEBNIS	-313.965,34	894.479,45	-1.208.444,79	>100,0

Gegenüber dem Vorjahr, das noch mit einem Gewinn von 894 TEUR schloss, weist das Wirtschaftsjahr 2005 einen Verlust von 314 TEUR aus; den Erträgen von 1.327 TEUR stehen Aufwendungen von 1.641 TEUR gegenüber. Der Materialaufwand spiegelt fast ausschließlich den Wertabgang durch den Verkauf von Grundstücken wider. Die Abschreibungen enthalten den Wertverzehr der Verkehrs- und Grünanlagen einschl. der Spielplätze (82 TEUR) sowie die Auflösung der immateriellen Wirtschaftsgüter (131 TEUR). Die hohen Abschreibungen des Vorjahres resultierten insbesondere aus der Übereignung der im nördlichen Entwicklungsgebiet erstellten Abwasseranlagen an SUN. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten überwiegend die Aufwendungen für die Personalabstellung der Stadt. Daneben sind noch Aufwendungen für die äußere Erschließung, für die Jahresabschlussprüfung usw. angefallen. Die Erträge resultierten fast ausschließlich aus Grundstücksverkäufen.

Mit der Abschlussprüfung des Jahresabschlusses 2005 hat der Stadtrat am 26.10.2005 den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) beauftragt.

Der Wirtschaftsprüfer hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk für den Jahresabschluss 2005 sowie für den zugehörigen Lagebericht erteilt.

Als zusammenfassendes Ergebnis stellten die Prüfer u. a. fest:

- Die Buchführung entspricht den Grundsätzen der Ordnungsmäßigkeit, sie ist beweiskräftig.
- Der Jahresabschluss 2005 ist richtig aus den Büchern entwickelt und entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Er vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.
- Der Lagebericht gibt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Unternehmens und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.
- Die wirtschaftlichen Verhältnisse geben keinen Anlass zu Beanstandungen.

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2005 der Stadt Nürnberg

Die Geschäftsführung ist ordnungsgemäß.

Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2005, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang wurde zusammen mit dem Lagebericht und dem Bericht des BKPV vom 26.04.2006 dem Stadtplanungsausschuss am 01.06.2006 vorgelegt. Der Stadtplanungsausschuss hat die Feststellung des Jahresabschlusses 2005 und des zugehörigen Lageberichtes begutachtet und dem Stadtrat empfohlen zu beschließen:

- Der Jahresabschluss des Jahres 2005 wird mit einer Bilanzsumme auf der Aktiv- und Passivseite in Höhe von 23.328.851,12 EUR und einem Jahresergebnis von
- -313.965,34 EUR festgestellt.
- Der Jahresverlust 2005 in Höhe von 313.965,34 EUR wird mit dem Gewinnvortrag in Höhe von 250.718,29 EUR verrechnet. Der sich ergebende Verlust in Höhe von 63.247,05 EUR wird auf das folgende Wirtschaftsjahr 2006 vorgetragen.
- Die uneingeschränkte Entlastung gemäß Art. 102 Abs. 3 der Gemeindeordnung wird für die Jahre 2004 und 2005 erteilt.

# 1.7 Betätigung der Stadt bei Beteiligungsunternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts

Rechtsgrundlagen für die Prüfung der Betätigung der Stadt Nürnberg bei Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts sind Art. 94 und 106 Abs. 4 GO.

Nach Art. 94 Abs. 3 GO ist die Stadt Nürnberg verpflichtet, jährlich einen Bericht über ihre Beteiligungen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen, wenn ihr mindestens der zwanzigste Teil der Anteile eines Unternehmens gehört. Der Beteiligungsbericht soll insbesondere Angaben über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks, die Beteiligungsverhältnisse, die Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft, die Bezüge der einzelnen Mitglieder des geschäftsführenden Unternehmensorgans gemäß Absatz 1 Nr. 5 dieses Artikels, die Ertragslage und die Kreditaufnahme enthalten.

Im Bericht über die überörtliche Prüfung der Jahresrechnungen 1994 bis 2002 der Stadt Nürnberg durch den BKPV wird unter Textziffer 79 darauf hingewiesen, dass nach Art. 94 Abs. 3 Satz 2 GO der Beteiligungsbericht Angaben über die Bezüge der einzelnen Mitglieder des geschäftsführenden Unternehmensorgans enthalten soll. Aufgrund dieser Prüfungsfeststellung hat das Finanzreferat die entsprechenden Organe der betreffenden Unternehmen angehalten, auf die vertragliche Verankerung einer Einwilligung der Geschäftsführung zur Veröffentlichung ihrer Bezüge im Beteiligungsbericht hinzuwirken. Bei Neuabschlüssen und Verlängerungen von Geschäftsführerverträgen wird dies bereits umgesetzt.

Im vorliegenden Beteiligungsbericht des Finanzreferates vom November 2006 wird dem Art. 94 Abs. 3 GO (bezüglich der Veröffentlichung der Geschäftsführergehälter, soweit bisher erfolgt) Rechnung getragen. Ergänzt wird der Bericht mit einem Überblick über das Kommunalunternehmen Klinikum Nürnberg.

Im Prüfungszeitraum 2005 war die Stadt Nürnberg bei folgenden Unternehmen beteiligt:

## 1.7.1 Unter Art. 94 Abs. 1 GO fallende Unternehmen

Nr.	Unternehmen	Stand 31.12.2005 <u>Gezeichnetes Kapital</u> Kapitalanteil Stadt Nürnberg in EUR	Beteiligung Stadt Nürn- berg in %
1	Städt. Werke Nürnberg GmbH (StWN)	<u>189.200.000</u> 189.200.000	100,0
2	Werkstatt für Behinderte der Stadt Nürnberg gemeinnützige GmbH (WfB)	<u>2.759.442</u> 2.759.442	100,0
3	Noris-Arbeit (NOA) Gemeinnützige Beschäftigungsgesellschaft mbH der Stadt Nürnberg	<u>25.600</u> 25.600	100,0
4	NürnbergStift Service GmbH Nürnberg	<u>25.000</u> 25.000	100,0
5	Nexus-Start Existenzgründerzentrum GmbH	<u>430.000</u> 344.000	80,0
6	Nürnberger Gobelinmanufaktur GmbH i.L. (ngm)	<u>94.589</u> 61.713	65,2
7	Curiavant Internet GmbH Nürnberg	<u>25.000</u> 16.500	66,0
8	Innovations- und Gründerzentrum Nürnberg-Fürth-Erlangen GmbH (IGZ)	<u>36.302</u> 20.452	56,3
9	Thermische Abfallbehandlung Nürnberg GmbH (TAN)	<u>51.129</u> 26.076	51,0
10	Flughafen Nürnberg GmbH (FNG)	<u>43.124.000</u> 21.562.000	50,0
11	NürnbergMesse GmbH	<u>93.562.300</u> 46.750.450	49,9
12	Projektentwicklungsgesellschaft St. Leonhard-Nord GmbH Siedlungsmodell Nürnberg	<u>25.565</u> 12.527	49,0

## 1.7.1.1 Abschlussprüfungen und -ergebnisse 2005

Nr.	Unternehmen	Beauftragte Prü- fungsgesellschaft	Zeitpunkt der Berichtserstel- lung	Jahresergebnis in Mio. EUR <sup>7</sup>
1	Städtische Werke Nürnberg GmbH (StWN) mit Organge- sellschaften			
	Städt. Werke Nürnberg GmbH (StWN)	Bayerische Treuhand- gesellschaft Aktienge- sellschaft Wirtschafts- prüfungsgesellschaft Steuerberatungsge- sellschaft	31.03.2006	- 11,928 (-10,756)
	Städt. Werke Nürnberg GmbH (StWN) <sup>8</sup>	Bayerische Treuhand- gesellschaft Aktienge- sellschaft Wirtschafts- prüfungsgesellschaft Steuerberatungsge- sellschaft	31.03.2006	- 0,694 (-3,481)
	N-ERGIE Aktiengesellschaft Nürnberg <sup>9</sup>	WIBERA Wirtschafts- beratung AG Wirt- schaftsprüfungsgesell- schaft	21.03.2006	+ 59,652 (+ 61,274)
	Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg (VAG)	Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungs- gesellschaft Steuerbe- ratungsgesellschaft	31.03.2006	- 70,937 (- 68,640)
	Fränk. Energie Gesellschaft mbH (FEG)	SüdTreu Süddeutsche Treuhand AG Wirtschaftsprüfungs- gesellschaft	20.03.2006	+ 0,051 (+0,091)

Im Dezember 2002 wurde zwischen der StWN GmbH und der N-ERGIE Aktiengesellschaft ein Gewinnabführungsvertrag geschlossen. Seit dem 01. Januar 2003 sind somit durch die einseitige Organschaft weiterhin die Voraussetzungen einer steuerlichen Organschaft im Querverbund der StWN gegeben. Über den Gewinnabführungsvertrag wird der Thüga AG als außenstehende Aktionärin eine angemessene Ausgleichszahlung nach § 304 Abs. 2 Satz 1 Aktiengesetz garantiert. Im Wirtschaftsjahr 2004 hat sich das Tätigkeitsfeld der Gesellschaft durch die Übernahme von 60 % der Anteile der wbg Nürnberg GmbH Immobilienunternehmen um die Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung erweitert.

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Ergebnisse 2004 in Klammern

<sup>8</sup> StWN-Ergebnis ohne Verlust-/Gewinnübernahme lt. den Abführungsverträgen

Ergebnis 2005 nach Ausgleichszahlung an die Thüga AG

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2005 der Stadt Nürnberg

## Ergebnisermittlung der StWN GmbH:

	Mio. EUR <sup>10</sup>	
Ergebnis 2005 <sup>11</sup> der N-ERGIE Aktiengesellschaft	+ 59,652	(+ 61,274)
VAG	- 70,937	(- 68,640)
FEG	+ 0,051	(+ 0,091)
Ergebnis StWN	- 0,694	(- 3,481)
Jahresfehlbetrag 2005 der StWN GmbH	- 11,928	(- 10,756)

Die StWN GmbH schließt das Geschäftsjahr 2005 mit einem Jahresfehlbetrag von 11,928 Mio. EUR ab. Dieser resultiert aus dem negativen Beteiligungsergebnis in Höhe von 11,234 Mio. EUR und dem eigenem Ergebnis der StWN GmbH von - 0,694 Mio. EUR.

Nr.	Unternehmen	Beauftragte Prüfungs- gesellschaft	Zeitpunkt der Berichtser- stellung	Jahresergebnis in Mio EUR <sup>12</sup>
2	Werkstatt für Behinderte der Stadt Nürnberg ge- meinnützige GmbH (WfB)	advoc Revision GmbH Wirtschaftsprüfungsge- sellschaft	16.10.2006	- 0,149 (+ 0,218)
3	Noris-Arbeit (NOA) Ge- meinnützige Beschäfti- gungsges. mbH der Stadt Nürnberg	Wirtschaftsprüfer Dr. Johann Pentenrieder München	05.09.2006	+ 0,197 (- 1,148)
4	NürnbergStift Service GmbH Nürnberg	Wirtschaftsprüfer Renate Haertle München	10.04.2006	+ 0,005 (+ 0,025)
5	Nexus-Start Existenzgründerzentrum GmbH	bei Redaktionsschluss dieses Sachverständigenberichtes lag noch kein testierter Jahresabschluss vor		- 0,002 (- 0,003)
6	Curiavant Internet GmbH Nürnberg	Dünkel & Partner Wirtschaftsprüfungsgesellschaft - Steuerberatungsgesellschaft	23.03.2006	- 0,990 (- 1,742)
7	Innovations- und Gründer- zentrum Nürnberg-Fürth- Erlangen GmbH (IGZ)	Dünkel & Partner Wirtschaftsprüfungsge- sellschaft - Steuerbera- tungsgesellschaft	12.05.2006	- 0,207 (- 0,038)
8	Thermische Abfallbehand- lung Nürnberg GmbH (TAN)	Ernst & Young AG Wirtschaftsprüfungsge- sellschaft	28.04.2006	+ 0,175 (+ 0,176)

Ergebnisse 2004 in Klammern

51

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> Ergebnis 2005 nach Ausgleichszahlung an die Thüga AG

<sup>12</sup> Ergebnisse 2004 in Klammern

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2005 der Stadt Nürnberg

Nr.	Unternehmen	Beauftragte Prüfungs- gesellschaft	Zeitpunkt der Berichtser- stellung	Jahresergebnis in Mio EUR <sup>12</sup>
9	Flughafen Nürnberg GmbH (FNG)	Deloitte & Touche GmbH Wirtschaftsprüfungsge- sellschaft	31.03.2006	+ 1,482 (+ 0,923)
10	NürnbergMesse GmbH	MKP Audit GmbH Wirtschaftsprüfungsge- sellschaft	15.03.2006	- 6,208 (0,000)
11	Projektentwicklungsgesell- schaft St. Leonhard-Nord GmbH Siedlungsmodell Nürnberg	Deutsche Baurevision Aktiengesellschaft Wirt- schaftprüfungsgesell- schaft	02.05.2006	-0,173 (+ 1,065)

#### Feststellung gemäß §§ 53 und 54 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG)

Den vorliegenden Abschlussprüfungsberichten ist zu entnehmen, dass alle Prüfungen unter Beachtung der Erfordernisse des § 53 HGrG erfolgten. Die Abschlussprüfer bestätigten, dass die Prüfungen nach § 53 Abs. 1 Nr. 1 HGrG keine Besonderheiten, mit Ausnahme der im Folgenden dargelegten Ausführungen zur Curiavant Internet GmbH, ergeben haben, die nach ihrer Auffassung Anlass zu Zweifeln an der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gegeben hätten. Dem Rechnungsprüfungsamt der Stadt Nürnberg ist bei allen Gesellschaften das Unterrichtungs- und Informationsrecht nach § 54 HGrG eingeräumt.

#### **Curiavant Internet GmbH**

Nach § 321 Absatz 1 Satz 3 HGB hat der Abschlussprüfer darzustellen, ob er bei der Durchführung der Abschlussprüfung Tatsachen festgestellt hat, welche die Entwicklung des geprüften Unternehmens wesentlich beeinträchtigen oder seinen Bestand gefährden.

Hierzu stellt der Abschlussprüfer fest:

"Tatsachen, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden oder dessen Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können, haben wir bei unserer Abschlussprüfung insofern festgestellt, als für den Fortbestand der Gesellschaft über das Geschäftsjahr 2006 hinaus Voraussetzung ist, dass die Gesellschaft die prognostizierten Umsätze auch erzielt und die Gewinnung neuer Gesellschafter gelingt oder sich die Altgesellschafter bereit erklären, weitere Mittel zur Verfügung zu stellen.

Des Weiteren ist bisher keine abschließende Prüfung des Verwendungsnachweises der erhaltenen Fördermittel erfolgt, aus der sich eventuell Rückforderungsansprüche ergeben könnten."

Der Abschlussprüfer hat einen entsprechenden Hinweis in seinen Bestätigungsvermerk aufgenommen, ohne diesen einzuschränken.

## 1.7.1.2 Sonderprüfungen

#### 1.7.1.2.1 Nürnberger Gobelinmanufaktur GmbH (ngm) i.L.

Am 10.04.2002 wurde in einer außerordentlichen Aufsichtsratssitzung und Gesellschafterversammlung die Auflösung der Gesellschaft beschlossen. Der Stadtrat der Stadt Nürnberg stimmte am 24.07.2002 der Schließung der ngm zu.

Mit der jährlichen Abschlussprüfung ist das Rechnungsprüfungsamt beauftragt. Die Jahresabschlüsse 2003, 2004 und 2005 wurden gemäß Auftrag vom 05.10.2006 geprüft. Der Bericht vom 20.10.2006 führte zu folgendem Prüfungsergebnis:

Die Buchführung und die Jahresabschlüsse 2003, 2004 2005 entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften. Die Jahresabschlüsse vermitteln unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Nürnberger Gobelin-Manufaktur GmbH. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschlüssen.

Die auftragsgemäße Prüfung des § 53 Abs. 1 Nr. 1 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) ergab, dass die Geschäftsführung insgesamt ordnungsgemäß erfolgte.

Die Geschäftsjahre 2003 bis 2005 waren geprägt von der endgültigen Schließung der ngm zum 01.03.2003 sowie der anschließenden Vermarktung des Anlage- und Umlaufvermögens.

Durch den Verkauf der Vermögensgegenstände und des Betriebsgebäudes konnte zumindest das Betriebsmittelkonto bei der Stadt Nürnberg wieder ausgeglichen werden. Bei einem Verzicht der Gesellschafter auf ihre in den Jahren 1970/1972 gezahlten Zuschüsse dürften die liquiden Mittel für die noch zu zahlenden Außenstände ausreichend sein. Eine Rückzahlung des Stammkapitals ist jedoch nicht mehr in Sicht.

#### 1.7.1.2.2 Flughafen Nürnberg GmbH (FNG)

Die von der Technischen Abteilung des Rechnungsprüfungsamtes auftragsgemäß durchgeführte Prüfung von Vergaben und Rechnungen ist unter **Nr. 1.5.4** wiedergegeben.

## 1.7.2 Sonstige Beteiligungen

Nr.	Unternehmen	Stand 31.12.2005 <u>Gezeichnetes Kapital</u> Kapitalanteil Stadt Nürn- berg in EUR	Beteiligung Stadt Nürn- berg in %
1	wbg Nürnberg GmbH Immobilienunternehmen	<u>12.600.000</u> 5.040.000	40,0
2	Franken-Stadion Nürnberg Betriebs-GmbH	<u>100.000</u> 25.100	25,1
3	GVZ Güterverkehrszentrum Hafen- Nürnberg Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	<u>25.565</u> 5.113	20,0
4	Hafen Nürnberg - Roth GmbH	<u>1.535.000</u> 291.650	19,0
5	Mittelfränkische Medienbetriebs-GmbH, Region 7	318.433 28.837	9,1
6	Multimedia Akademie Nürnberg GmbH	<u>153.388</u> 7.209	4,7
7	IGN - Gesellschaft für integriertes Güterverkehrsmanagement Nordbayern	<u>26.076</u> 511	2,0
8	Landesgewerbeanstalt Bayern	<u>5.246.938</u> 59.075	1,1
9	WISO-Führungskräfte-Akademie Nürnberg (WFA) Gemeinnützige Trägergesellschaft mbH	<u>102.258</u> 767	0,8

## 1.8 Auftragsprüfungen

Diese Prüfungen werden von Rpr aufgrund von Aufträgen durch den Stadtrat, Herrn Oberbürgermeister oder von vertraglichen Vereinbarungen mit den Einrichtungen bzw. Satzungen gem. Art. 106 Abs. 4 GO durchgeführt.

## 1.8.1 Deutsch-Amerikanisches Institut Amerika-Haus Nürnberg e.V.

Auf Ersuchen des Instituts hat Herr Oberbürgermeister am 29.05.2006 das Rechnungsprüfungsamt beauftragt, die Jahresrechnung für das Jahr 2005 zu prüfen.

Die Prüfung erstreckte sich auf die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und des daraus entwickelten Jahresabschlusses. Der Jahresabschluss besteht aus einer Zusammenfassung aller Einnahmen und Ausgaben.

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2005 der Stadt Nürnberg

#### Ergebnis der Jahresrechnung 2005:

					2005 EUR	2004 EUR
Einnahmen	<b>Einnahmen</b> 2005 2004					350.600,47
	•	Fehlbetrag (-) / Überschuss (+) aus dem Vorjahr	+ 27.135,78	+ 15.341,72		
	•	lfd. Haushaltsmittel	300.854,83	+ 335.258,75		
Ausgaben					328.241,17	323.464,69
Überschuss	Überschuss (+)/Fehlbetrag (-)				- 250,56	+ 27.135,78

Die Jahresrechnung 2005 des Deutsch-Amerikanischen Instituts schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 250,56 EUR ab. Ohne Berücksichtigung des Gewinnvortrages aus dem Jahr 2004 ergibt sich für das Geschäftsjahr 2005 ein Fehlbetrag von rund 27 TEUR. Weiterhin ist anzumerken, dass von projektgebundenen Zuschüssen ca. 14 TEUR zur Deckung der laufenden Ausgaben in 2005 herangezogen und somit noch nicht zweckentsprechend verwendet wurden. Folglich ist diese Projektverwendung (14 TEUR) aus den laufenden Haushaltsmitteln 2006 zu finanzieren. Dies erfordert für die Erreichung eines ausgeglichenen Jahresergebnisses 2006 neben einer strikten Ausgabendisziplin auch die Erschließung zusätzlicher Einnahmen.

Mit Prüfungsbericht vom 14.07.2006 wurde bestätigt, dass der vorgelegte Abschluss der Jahresrechnung 2005 des Deutsch-Amerikanischen Instituts, Amerika-Haus Nürnberg e.V., mit den in den Büchern ausgewiesenen Ergebnissen übereinstimmt.

## 1.8.2 Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Nürnberg

Auf Bitte des Vorstandes der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie (VWA) Nürnberg vom 06.03.2006 und mit Zustimmung des Herrn Oberbürgermeisters vom 22.03.2006 führte das Rechnungsprüfungsamt die ordentliche Prüfung der Jahresrechnung 2005 der VWA durch.

Die Prüfung erstreckte sich auf die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und des daraus entwickelten Jahresabschlusses.

Zusammenfassend konnte im Bericht vom 02.05.2006 bestätigt werden, dass nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung anhand der Bücher (Buchungsjournale), Sachkonten und sonstigen Unterlagen sowie der erhaltenen Auskünfte die vorgelegte Jahresrechnung 2005 mit den in den Büchern ausgewiesenen Ergebnissen übereinstimmt.

Nachdem sich der Umsatz der VWA der 1 Mio. EUR-Grenze nähert, wurde darauf hingewiesen, dass Bilanzierungspflicht besteht, wenn Einnahmen oder Ausgaben in zwei aufeinander folgenden Jahren über 1 Mio. EUR liegen.

## 1.8.3 Haus der Heimat e. V.

Das Haus der Heimat (HdH) in Nürnberg erhält für seinen laufenden Betrieb Zuwendungen sowohl vom Freistaat Bayern (ausgereicht durch das Haus des Deutschen Ostens) als auch von der Mittelfranken-Stiftung "Natur-Kultur-Struktur" des Bezirks Mittelfranken und von der Stadt Nürnberg. Nach den dem staatlichen Zuschuss zugrundeliegenden rechtlichen Bestimmungen war zwischen den beteiligten Verwaltungen der Zuschussgeber über die Prüfung des Verwendungsnachweises zu entscheiden. Mit Zustimmung des Herrn Oberbürgermeisters übernahm seit 2000 das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Nürnberg schon wegen der Ortsnähe diese Aufgabe.

Die Prüfung für 2005 erstreckte sich entsprechend dem anzuwendenden Zuwendungsrecht des Freistaates Bayern wiederum auf die gesamte Haushaltsführung des HdH. Rpr stimmte sich insbesondere in spezifischen staatlichen Zuwendungsregelungen mit dem Haus des Deutschen Ostens ab.

Im Jahr 2005 hat das HdH folgende Zuwendungen erhalten:

Zuwendungsgeber	Art	Betrag/EUR
Freistaat Bayern	institutionell	127.911,92
Bezirk Mittelfranken	institutionell	18.800,00
Stadt Nürnberg	institutionell Sprachkurse Personalkostenzuschuss	1.500,00 40.900,00 20.500,00
Summe		209.611,92

Darüber hinaus förderte die Stadt Nürnberg den Betrieb des HdH durch die Übernahme der Erbbaurechtskosten (rd. 22 TEUR jährlich).

Die Gesamtausgaben des HdH stiegen gegenüber 2004 um rd. 22 TEUR und beliefen sich im Jahr 2005 auf rd. 262 TEUR.

Die Prüfung der Verwendungsnachweise bzw. der Haushaltsführung des HdH führte zusammenfassend zu folgendem Ergebnis:

- Die Angaben der Verwendungsnachweise stimmen mit den Büchern und Belegen überein.
- Aus den geprüften Unterlagen haben sich keine Hinweise ergeben, die auf eine nicht zweckentsprechende Verwendung der Zuwendungen für das Jahr 2005 schließen ließen. Entsprechendes gilt auch für die vom HdH durchgeführten Sprachkurse.
- Die Stichprobenprüfungen ergaben, dass sich die Ausgaben insgesamt in einem angemessenen Rahmen bewegt haben.

# 1.8.4 Mittelfränkisch-schwäbischer Zweckverband Hochschule für Musik Nürnberg-Augsburg

Mit Wirkung vom 01.08.1999 wurde durch den Zusammenschluss des Meistersinger-Konservatoriums in Nürnberg und des Leopold-Mozart-Konservatoriums in Augsburg die Hochschule für Musik Nürnberg-Augsburg errichtet. Aufgabe des Mittelfränkisch-schwäbischen Zweckverbandes ist die Trägerschaft der Hochschule für Musik Nürnberg-Augsburg. Die Trägerschaft umfasst die Finanzierung des laufenden Betriebes.

Entsprechend § 16 Abs. 1 Hochschulzweckverbandssatzung (HZS) wird der Zweckverband seit 1. August 1999 teilweise (in § 16 Abs. 1 Satz 2 HZS wurde in Abstimmung mit Rpr und der Rechtsaufsicht der Verzicht auf die Bildung von Pensionsrückstellungen festgeschrieben) nach den Vorschriften über die Wirtschaftsführung der Eigenbetriebe geführt.

Gemäß § 18 der Hochschulzweckverbandssatzung (i. d. F. der 7. Änderung vom 14.02.2003) wird die Prüfung des Jahresabschlusses des Zweckverbandes durch zwei von der Verbandsversammlung zu bestimmende Verbandsräte vorbereitet, die nicht Mitglieder des Verbandsausschusses sind. Die Verbandsräte bedienen sich der Rechnungsprüfungsämter der Stadt Nürnberg und der Stadt Augsburg im zweijährigen Wechsel als Sachverständige zur Prüfung des Jahresabschlusses, beginnend ab dem 1. August 1999 mit dem Rechnungsprüfungsamt der Stadt Nürnberg. Eine Abschlussprüfung nach Art. 107 GO entfällt.

Nachdem das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Augsburg die vorangehenden Jahresabschlüsse der Wirtschaftsjahre 01.08.2001 bis 31.07.2002 und 01.08.2002 bis 31.07.2003 prüfte, prüfte das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Nürnberg (Rpr) als Sachverständiger die Jahresabschlüsse des Zweckverbandes für das Rumpfwirtschaftsjahr vom 01.08.2003 bis 30.09.2003 (Änderung des Wirtschaftsjahres) und für das Wirtschaftsjahr vom 01.10.2003 bis 30.09.2004. Die Abschlüsse wurden erst Ende Februar 2006 vorgelegt. Der Prüfungsabschluss war bereits am 21.03.2006, die Ergebnisse sind von Rpr mit den Verbandsräten besprochen worden. Die Prüfung erstreckte sich insbesondere auf die Vollständigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Jahresabschlüsse unter Einbeziehung der Buchführung und der Lageberichte. Einen zusätzlichen Schwerpunkt der Prüfung bildete die Einhaltung der Haushaltssatzungen für die beiden Wirtschaftsjahre sowie die Umsetzung der Prüfungsfeststellungen aus den Vorjahren.

Nachfolgend werden die Bilanzwerte der Jahresabschlüsse zum 31.07.2003 und zum 30.09.2004 gegenübergestellt. Auf eine Darstellung der Bilanzwerte des Rumpfgeschäftsjahres zum 30.09.2003 wird aufgrund des lediglich zweimonatigen Betrachtungszeitraumes verzichtet.

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2005 der Stadt Nürnberg

		Bilanzwert zum				derung
Hochschule für Musik	30.09	.2004	31.07	.2003	gegenüb	. Vorjahr
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
AKTIVA						
Langfristig						
Anlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kurzfristig						
Forderungen an Verbandsmitglieder	440,0	28,2	653,0	24,6	-213,0	-32,6
sonstige Forderungen	4,0	0,2	546,0	20,6	-542,0	-99,3
flüssige Mittel	696,0	44,6	1.245,0	46,9	-549,0	-44,1
Rechnungsabgrenzungsposten	421,0	27,0	209,0	7,9	212,0	101,4
Bilanzsumme - Aktiva -	1.561,0	100,0	2.653,0	100,0	-1.092,0	-41,2
PASSIVA						
Langfristig						
Rücklagen	149,0	9,6	175,0	6,6	-26,0	-14,9
Ergebnisvortrag	213,0	13,6	295,0	11,1	-82,0	-27,8
Jahresergebnis	247,0	15,8	-75,0	-2,8	322,0	429,3
Eigenkapital	609,0	39,0	395,0	14,9	214,0	54,2
Kurzfristig						
Rückstellungen	79,0	5,1	974,0	36,7	-895,0	-91,9
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	51,0	3,3	1,0	0,0	50,0	>1.000,0
Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern	619,0	39,6	496,0	18,7	123,0	24,8
sonstige Verbindlichkeiten	203,0	13,0	787,0	29,7	-584,0	-74,2
Bilanzsumme - Passiva -	1.561,0	100,0	2.653,0	100,0	-1.092,0	-41,2

Gegenüber dem Vorjahr (31.07.2003) nahm die Bilanzsumme zum 30.09.2004 um 41,2 % oder 1.092 TEUR auf 1.561 TEUR ab. Maßgeblichen Einfluss auf die Verringerung der Bilanzsumme hatten die gegenüber dem Vorjahr geringeren Rückstellungen. Die Verringerung der Rückstellungen resultierte insbesondere aus der Begleichung spät in Rechnung gestellter und zuvor zurückgestellter Mietkosten für von der Hochschule angemietete Räumlichkeiten.

Die zu erstellenden Wirtschaftspläne enthalten Erfolgs-, Vermögens- und Finanzplan sowie einen Stellenplan und eine Stellenübersicht. Die Erfolgspläne schließen jeweils mit einem ausgeglichenen Ergebnis. Das tatsächliche Jahresergebnis mit einem Überschuss von 247 TEUR (01.10.2003 bis 30.09.2004) ist besser ausgefallen als geplant. Ausschlaggebend dafür waren

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2005 der Stadt Nürnberg

insbesondere geringere als geplante Personalaufwendungen aufgrund von noch nicht besetzten Planstellen.

Für die Jahresabschlüsse und die Lageberichte der Wirtschaftsjahre vom 01.08.2003 bis 30.09.2003 und vom 01.10.2003 bis 30.09.2004 kam Rpr zu folgendem Prüfungsergebnis:

Die Buchführung und die Jahresabschlüsse der geprüften Jahre entsprechen den Rechtsvorschriften. Die Jahresabschlüsse vermitteln unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanzund Ertragslage des Zweckverbandes. Die Lageberichte der geprüften Jahre stehen im Einklang mit den Jahresabschlüssen, spiegeln insgesamt zutreffend die Lage des Zweckverbandes wider und stellen die künftige Entwicklung entsprechend dar.

Insbesondere für das Anordnungs- und Kassenwesen sowie das Auftrags- bzw. Beschaffungswesen mussten die von Rpr bei der Prüfung der Wirtschaftjahre 1999/2000 und 2000/2001 gemachten Feststellungen aufgrund der fehlenden Umsetzung wiederholt werden. Es fehlten noch immer Dienstanweisungen (während der Prüfung wurden Entwürfe erarbeitet).

Zusammenfassend konnte bestätigt werden, dass die vorgelegten Jahresabschlüsse des Rumpfwirtschaftsjahres vom 01.08.2003 bis 30.09.2003 und des Wirtschaftsjahres vom 01.10.2003 bis 30.09.2004 mit den in den Büchern und Sachkonten ausgewiesenen Ergebnissen übereinstimmen.

Der Verbandsversammlung konnte empfohlen werden, die Jahresabschlüsse des Mittelfränkisch-schwäbischen Zweckverbandes Hochschule für Musik Nürnberg-Augsburg für die geprüften Wirtschaftsjahre gemäß § 25 Abs. 3 Satz 3 der Eigenbetriebsverordnung i. V. m. Art. 34 Abs. 2 Satz Nr. 5 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit festzustellen und Entlastung zu erteilen.

In der Verbandsversammlung am 05.04.2006 wurden die Jahresabschlüsse der beiden Geschäftsjahre festgestellt und Entlastung erteilt. Zudem wurde beschlossen, die Überschüsse an die Mitglieder zu erstatten.

## 2 JAHRESABSCHLUSS 2005 DER RECHTSFÄHIGEN STIF-TUNGEN

## 2.1 Überblick

#### Zahl der rechtsfähigen Stiftungen erneut gestiegen.

Im HJ 2005 sind zwei weitere rechtsfähige Stiftungen ("Leo und Trude Denecke Stiftung", "Max und Rosemarie Hübschmann Stiftung") errichtet worden. Damit bestanden zum Jahresende 2005 insgesamt 19 selbständige, rechtsfähige Stiftungen.

Diese Stiftungen sind in folgende Gruppen gegliedert:

- Gruppe A kommunal verwaltete kommunale Stiftungen (PC E20301, Kostenrechnungskreise 2301 - 2307),
- Gruppe B allgemeine Stiftungen, die kommunal verwaltet sind (PC E20401, Kostenrechnungskreise 2401 2410),
- Gruppe C andere kommunale Stiftungen (= rechtsfähige, nicht kommunal verwaltete Stiftungen, PC E20501, Kostenrechnungskreise 2501 und 2502).

Neben den o.g. Stiftungen werden bei der Stadt Nürnberg noch unverändert 12 nichtrechtsfähige Stiftungen im Rahmen des Stadthaushaltes (PC E20201 – 20212) geführt.

## 2.2 Haushaltssatzung, Haushaltspläne

#### Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2005 ordnungsgemäß.

Entsprechend dem Stadthaushalt ist zum 01.01.2005 auch für die rechtsfähigen Stiftungen das kamerale Rechnungswesen durch die Doppik abgelöst worden. Für die Stiftungen der Gruppe A liegt hierzu die rechtsaufsichtliche Genehmigung und für die der Gruppen B und C die stiftungsaufsichtliche Zustimmung vor.

Für die Stiftungen der Gruppe A sind aufgrund Art. 28 Abs. 3 BayStG und in sinngemäßer Anwendung der Art. 63 ff GO eigene Haushaltspläne aufgestellt und eine Haushaltssatzung erlassen worden.

Abschnitt 2: Jahresabschluss 2005 der rechtsfähigen Stiftungen

Für die übrigen rechtsfähigen Stiftungen (Gruppen B und C) sind entsprechende Sonderhaushaltspläne aufgestellt worden.

Gegen die Haushaltssatzung 2005 für die kommunalverwalteten kommunalen Stiftungen (Gruppe A), die keine genehmigungspflichtigen Bestandteile enthält, hat die Regierung von Mittelfranken keine Einwände erhoben.

Für die Stiftungen der Gruppen B und C hat die Regierung die Einsicht gemäß Art. 24 Abs. 2 BayStG in die vorgelegten Sonderhaushaltspläne bestätigt.

Die Stiftungshaushalte sind damit sachlich und formal ordnungsgemäß zustande gekommen.

## 2.3 Eröffnungs- und Schlussbilanzen

BKPV-Bericht zu Eröffnungsbilanzen steht noch aus; Prüfung der doppischen Schlussbilanzen (2005) zeitgleich mit Prüfung des städtischen doppischen Abschlusses

Analog der Vereinbarungen zum Stadthaushalt werden die Eröffnungsbilanzen für die rechtsfähigen Stiftungen durch den BKPV geprüft. Hinsichtlich des Kapitalausweises auf der Passiva besteht noch Abstimmungsbedarf, deshalb konnte der BKPV seinen Abschlussbericht noch nicht vorlegen.

Für die Stiftungen der Gruppe A erfolgt die Prüfung (wie bis 2004 in der Kameralistik) der kaufmännischen Jahresabschlüsse durch Rpr. Sie wird parallel zur Prüfung des städtischen doppischen Abschlusses durchgeführt.

Für die anderen rechtsfähigen Stiftungen (Gruppen B und C) erfolgt die Prüfung mit Einverständnis der Stiftungsaufsicht wie in der Vergangenheit durch den BKPV.

## 2.4 Rechnungsprüfung

Die örtliche Prüfung der unter Gruppe A aufgeführten Stiftungen hat gem. Art. 28 Abs. 3 BayStG i.V.m. Art. 103 GO zu erfolgen. Dabei wird das Rechnungsprüfungsamt gem. Art. 103 Abs. 3 GO als umfassender Sachverständiger für den Rechnungsprüfungsausschuss tätig, analog der Prüfung bei der Stadt. Rpr ist bemüht, die Abschlussprüfungen zum Jahr 2005 - zusammen mit der noch ausstehenden Prüfung des städtischen doppischen Abschlusses - zügig durchzuführen und sie dann dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Begutachtung zwecks folgender Feststellung und Entlastung im Stadtrat alsbald vorzulegen. In den Vorgang der Begutachtung sowie Feststellung und Entlastung sollen die Eröffnungsbilanzen zweckmäßigerweise einbezogen werden.

#### 3 JAHRESABSCHLUSS 2005 DES KLINIKUMS

## 3.1 Vorbemerkung

Das Klinikum der Stadt Nürnberg wird seit 01.01.1998 als selbständiges Unternehmen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts (Kommunalunternehmen) geführt.

Die wesentlichen kommunalrechtlichen und -wirtschaftlichen Vorschriften für das Kommunalunternehmen Klinikum Nürnberg sind in Art. 89, 90 und 91 GO, in der Verordnung über Kommunalunternehmen (KUV) sowie in der Verordnung über die Wirtschaftsführung der kommunalen Krankenhäuser (WkKV) enthalten. Die nach Art. 89 Abs. 3 GO erforderliche Unternehmenssatzung ist mit Beschluss des Stadtrats vom 24.11.1997 erlassen worden (Klinikumssatzung – KlinS).

Im Zusammenhang mit der rechtlichen Verselbständigung des Klinikums beschloss der Stadtrat am 10.12.1997 eine Betriebsaufspaltung mit der Folge, dass die Grundstücke samt den aufstehenden Gebäuden dem allgemeinen Grundvermögen der Stadt Nürnberg zugeordnet und dem Klinikum unentgeltlich verpachtet werden. Dieser Vermögensbereich wird seitdem als Sondervermögen der Stadt geführt, im Sinne der Krankenhausbuchführungsverordnung zudem beim Klinikum bilanziert. Wegen der Verzahnungen im Kh-Rechnungswesen werden der Wirtschaftsplan, die Buchführung und der Jahresabschluss des Sondervermögens vom Klinikum mit erarbeitet.

Beim Kommunalunternehmen sind nach Art. 107 GO der Jahresabschluss und der Lagebericht vom BKPV oder von einem Wirtschaftsprüfer bzw. einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu prüfen. Die Rechnungsprüfung durch das Rechnungsprüfungsamt umfasst neben der sog. Betätigungsprüfung nach Art. 106 Abs. 4 GO gemäß § 13 Abs. 4 Satz 1 KlinS Prüfungen nach Art. 103 GO.

Für die Feststellung des Jahresabschlusses des Kommunalunternehmens sowie die Ergebnisverwendung ist der Verwaltungsrat des Klinikums gemäß Art. 90 Abs. 2 GO zuständig.

Der Jahresabschluss des Sondervermögens Klinikum unterliegt der örtlichen Prüfung und ist nach dessen Durchführung vom Stadtrat gemäß Art. 102 Abs. 3 festzustellen.

Das Klinikum erstellte für 2005 den Jahresabschluss des Sondervermögens, des Kommunalunternehmens, den konsolidierten Abschluss hierzu (Kommunalunternehmen und Sondervermögen) sowie die Jahresabschlüsse seiner Tochterunternehmen.

Ebenso legt das Klinikum seit 2001 eine Konzernbilanz vor, in der neben den Jahresabschlüsse sen des Klinikums die Jahresabschlüsse der Tochterunternehmen des Klinikums, d. h. der "Klinikum Nürnberg Service-GmbH" (KNSG) und der "Gesellschaft des Klinikums Nürnberg mbH" (KNG) sowie anteilsmäßig der Jahresabschluss der "Ambulantes Rehabilitationszentrum Nürnberg GmbH" (A.R.Z., zu gleichen Teilen beteiligt sind das Klinikum und die LVA Oberfranken und Mittelfranken) konsolidiert werden.

Die Prüfung des Konzernabschlusses, des Jahresabschlusses Kommunalunternehmen und Sondervermögen sowie der Jahresabschlüsse der beiden Tochterunternehmen wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young durchgeführt. Den A.R.Z.-Jahresabschluss prüfte die ECOVIS Wirtschaftstreuhand GmbH. Zu allen Jahresabschlüssen 2005 wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.

Im Anhang dieses Teils des Sachverständigenberichts ist unter **Nr. 3.5** der nach örtlicher Prüfung vom Stadtrat festzustellende Jahresabschluss 2005 des Sondervermögens (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anlagennachweis) beigefügt.

## 3.2 Sondervermögen Klinikum

## 3.2.1 Wirtschaftsplan 2005

Der Wirtschaftsplan 2005 für das Sondervermögen wurde vom Stadtrat am 24.11.2004 beschlossen.

Die Planansätze betreffen im Wesentlichen den investiven bzw. fördermittelrelevanten Bereich der dem Sondervermögen zugeordneten Grundstücke und Gebäude.

Für den Erfolgsplan 2005 ergab sich folgende Abwicklung:

Bezeichnung	Erträge TEUR	Aufwendungen TEUR	Jahresergebnis TEUR
Planansätze	18.677	19.414	- 737
Ergebnis Sondervermögen	56.423	57.615	- 1.192
Abweichung	+ 37.746	+ 38.201	- 455

Die Abweichungen bei den Erträgen und Aufwendungen resultieren im wesentlichen aus der buchungsmäßigen Finanzierungsabwicklung der Investitionen.

Für Investitionen im Bereich des Sondervermögens wurden im **Vermögensplan 2005** insgesamt 8.080 TEUR – bei Gesamtausgaben von 8.817 TEUR – veranschlagt. Sie werden gemäß Planung 2005 hauptsächlich durch Fördermittel nach Art.11 BayKrG finanziert. Nach dem Anlagennachweis zum Sondervermögen beliefen sich die Investitionen in 2005 auf 5.565 TEUR.

## 3.2.2 Feststellung des Jahresabschlusses 2004 und Entlastung

Der Jahresabschluss 2004 des Sondervermögens Klinikum wurde nach örtlicher Rechnungsprüfung und Begutachtung durch den Rechnungsprüfungsausschuss vom 19.12.2005 mit Beschluss des Stadtrates vom 25.01.2006 festgestellt. Die uneingeschränkte Entlastung wurde erteilt.

## 3.2.3 Bilanzentwicklung 2005

In der Bilanz des Sondervermögens findet der investive bzw. fördermittelrelevante Bereich der zugeordneten Grundstücke und der daraufstehenden Gebäude seinen Niederschlag. Die Bilanz wird nachfolgend in komprimierter Form wiedergegeben.

Sondervermögen Klinikum	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung	
Sondervermögen Kilmkum	€	€	absolut	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen (gesamt)	353.426.489,31	368.012.350,28	-14.585.860,97	-4,0
Grundstücke mit Betriebsbauten	277.600.551,11	261.822.875,11	15.777.676,00	6,0
Grundstücke mit Wohnbauten	1.482.578,14	1.523.067,14	-40.489,00	-2,7
technische Anlagen	53.172.964,00	56.743.802,00	-3.570.838,00	-6,3
Anlagen im Bau	21.170.396,06	47.922.606,03	-26.752.209,97	-55,8
Umlaufvermögen (gesamt)	135.270.667,39	56.666.275,67	78.604.391,72	>100,0
Forderungen	135.270.667,39	56.666.275,67	78.604.391,72	>100,0
Ausgleichsposten nach dem KHG	19.130.140,73	18.677.681,73	452.459,00	2,4
Bilanzsumme - Aktiva -	507.827.297,43	443.356.307,68	64.470.989,75	14,5
PASSIVA				
Eigenkapital (gesamt)	50.402.953,07	50.707.743,53	-304.790,46	-0,6
gezeichnetes/festgesetztes Kapital	28.406.655,63	28.406.655,63	0,00	0,0
Kapitalrücklagen	21.996.297,44	22.301.087,90	-304.790,46	-1,4
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00	0,0
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	306.754.311,30	310.598.591,02	-3.844.279,72	-1,2
Verbindlichkeiten	150.670.033,06	82.049.973,13	68.620.059,93	83,6
Bilanzsumme - Passiva -	507.827.297,43	443.356.307,68	64.470.989,75	14,5

Der Rückgang des Anlagevermögens (- 14,6 Mio. EUR) ist bedingt durch Minderungen wegen Abschreibungen (rd. 14,2 Mio. EUR) und Anlagenabgänge (rd. 5.9 Mio. EUR), denen Anlagenzugänge (Investitionen) von lediglich 5,5 Mio. gegenüberstanden. Die Anlagenabgänge betreffen Gebäudeteile des Neubau West (rd. 4,3 Mio. EUR) und korrespondieren mit Anlagezugängen in der Bilanz des Kommunalunternehmens.

Forderungen des Sondervermögens mit rd. 100,6 Mio. EUR und Verbindlichkeiten über knapp 116 Mio. EUR finden sich spiegelbildlich auf der Aktiva und Passiva des Kommunalunternehmens wieder und sind Folge der buchungstechnischen Abwicklung der Betriebsaufspaltung. Ansonsten ist die Mehrung der Forderungen (+ 34,7 Mio. EUR) auf zugesagte Fördermittel des Freistaates Bayern zurückzuführen, die ebenso einen entsprechenden Zuwachs bei den Verbindlichkeiten (aus noch nicht verwendeten Zuschüssen) ergeben.

Abschnitt 3: Jahresabschluss 2005 des Klinikums

Das ausgeglichene Bilanzergebnis entstand durch Verrechnung mit der Kapitalrücklage in Höhe des nach der Gewinn- und Verlustrechnung 2005 ausgewiesenen Fehlbetrages von 1.192 TEUR, wobei der Fehlbetrag im Sondervermögen systembedingt aus Abschreibungen auf eigenfinanziertes Anlagevermögen resultiert.

#### 3.3 Kommunalunternehmen Klinikum

Aufgrund der zunehmenden konzerninternen gegenseitigen Verrechnungen sowohl in den Bilanzen als auch in den Gewinn- und Verlustrechnungen des Sondervermögens Klinikum, des Kommunalunternehmens und seiner Tochterunternehmen bzw. Beteiligungen stellt Rpr ab diesem Wirtschaftsjahr 2005 den um die o.g. Verrechnungen konsolidierten Konzernabschluss 2005 des Klinikums dar.

## 3.3.1 Bilanzentwicklung 2005

Konzernbilanz	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung	
Konzernblianz	€	€	absolut	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen (gesamt)	403.302.767,53	413.226.168,52	-9.923.400,99	-2,4
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.799.264,00	1.787.415,00	11.849,00	0,7
Grundstücke und Gebäude	286.256.309,00	263.345.942,25	22.910.366,75	8,7
Technische Anlagen	53.172.964,25	56.743.802,00	-3.570.837,75	-6,3
Einrichtungen und Ausstattungen	39.768.698,68	42.897.633,69	-3.128.935,01	-7,3
Anlagen im Bau	22.302.531,60	48.451.375,58	-26.148.843,98	-54,0
Finanzanlagen	3.000,00	0,00	3.000,00	>100
Umlaufvermögen (gesamt)	194.666.421,98	143.832.552,86	50.833.869,12	35,3
Vorräte	7.555.509,64	7.710.426,32	-154.916,68	-2,0
Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	185.860.735,10	133.577.755,07	52.282.980,03	39,1
Schecks, Kassenbestand, Bankguthaben	1.250.177,24	2.544.371,47	-1.294.194,23	-50,9
Ausgleichsposten nach dem KHG	19.130.140,73	18.677.681,73	452.459,00	2,4
Rechnungsabgrenzungsposten	20.476,24	542.272,06	-521.795,82	-96,2
Bilanzsumme - Aktiva -	617.119.806,48	576.278.675,17	40.841.131,31	7,1
PASSIVA				
Eigenkapital (gesamt)	78.430.595,06	79.033.876,23	-603.281,17	-0,8
gezeichnetes/festgesetztes Kapital	43.745.412,07	43.745.412,07	0,00	0,0
Kapitalrücklagen	33.501.730,65	34.293.575,11	-791.844,46	-2,3
Gewinnrücklagen	731.517,05	623.955,05	107.562,00	17,2
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	451.935,29	370.934,00	81.001,29	21,8
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	341.984.127,72	348.272.515,30	-6.288.387,58	-1,8
Rückstellungen	79.196.889,90	76.219.066,58	2.977.823,32	3,9
Verbindlichkeiten	117.306.556,40	72.261.514,87	45.045.041,53	62,3
Rechnungsabgrenzungsposten	201.637,40	491.702,19	-290.064,79	-59,0
Bilanzsumme - Passiva -	617.119.806,48	576.278.675,17	40.841.131,31	7,1

Die Einbeziehung der Jahresabschlüsse der Tochterunternehmen des Klinikums haben aufgrund ihrer Größe und nach entsprechender Konsolidierung keinen relevanten Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Kommunalunternehmens (einschließlich Sondervermögen). Aktiva und Passiva in der oben dargestellten Konzernbilanz werden im wesentlichen von den Abschlüssen des Sondervermögens und des Kommunalunternehmens bestimmt.

Abschnitt 3: Jahresabschluss 2005 des Klinikums

Beim Anlagevermögen dominiert das Sondervermögen mit rd. 86 %, beim Umlaufvermögen – und hier bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und aus der Liquiditätsanlage bei der Stadt – das Kommunalunternehmen mit über 80 %.

Die Zunahme der Bilanzsumme 2005 um knapp 41 Mio. EUR ist insbesondere auf die in der Bilanz des Sondervermögens erstmals gebuchte Forderung zugesagter Fördermittel des Freistaats (parallel Verbindlichkeitenanstieg wegen noch nicht verwendeter Fördermittel) zurückzuführen.

Der vor allem abschreibungsbedingte Rückgang des Anlagevermögens (-9,9 Mio. EUR) findet sich auf der Passiva u.a. in der Abnahme der Sonderposten und des Eigenkapitals wieder.

Die Rückstellungen stiegen – im Gegensatz zu den kräftigen Zuwächsen der Vorjahre – nur noch um knapp 3 Mio. EUR auf allerdings insgesamt stattliche knapp 80 Mio. EUR. Zu den Rückstellungen ist noch zu bemerken, dass die hierin ausgewiesenen Pensionsrückstellungen (763 TEUR) nur die passivierungspflichtigen Neuzusagen (ab 01.01.1987) umfassen. Nach dem versicherungsmathematischen Gutachten beläuft sich die Gesamtverpflichtung des Klinikums aus allen Pensionszusagen gemäß § 6 a EStG per 31.12.2005 auf rd. 52,6 Mio. EUR. Kh hat damit vom Wahlrecht im HGB Gebrauch gemacht, nur die o. g. Neuzusagen zu passivieren.

Der (notariell am 28.07.2005 beurkundete) Kauf der "Gemeinnützigen Krankenhausgesellschaft des Landkreises Nürnberger Land mbh" wurde nicht in die Konzernbilanz 2005 einbezogen, weil das zivilrechtliche Eigentum an den erworbenen Anteilen erst nach dem Bilanzstichtag auf das Klinikum überging.

## 3.3.2 Gewinn- und Verlustrechnung 2005

Konson Osnim v Walata ta da	2005 2004 Verände			erung	
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	€	€	absolut	in %	
ERTRÄGE	458.705.803,92	443.567.670,65	15.138.133,27	3,4	
Erlöse aus Krankenhausleistungen	333.483.307,85	325.506.495,59	7.976.812,26	2,5	
Erlöse aus Wahlleistungen	13.449.303,71	13.535.310,60	-86.006,89	-0,6	
Erlöse aus Krankenhausambulanzen	8.126.625,94	6.782.778,17	1.343.847,77	19,8	
Nutzungsentgelte der Ärzte	4.517.707,78	4.957.230,53	-439.522,75	-8,9	
Sonstige Umsatzerlöse	622.267,85	0,00	622.267,85	>100	
Bestandsveränderungen	1.359.391,59	1.492.110,25	-132.718,66	-8,9	
Zuwendungen/Zuschüsse der Öffentlichen Hand	1.366.218,47	1.872.074,01	-505.855,54	-27,0	
sonstige betriebliche Erträge	19.935.328,78	26.550.488,00	-6.615.159,22	-24,9	
Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	51.213.442,78	23.047.458,27	28.165.984,51	122,2	
Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten	452.459,00	358.849,00	93.610,00	26,1	
Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten	22.185.124,96	38.238.583,97	-16.053.459,01	-42,0	
Zinsen und ähnliche Erträge	1.994.625,21	1.218.857,35	775.767,86	63,6	
außerordentliche Erträge	0,00	7.434,91	-7.434,91	-100,0	
AUFWENDUNGEN	459.709.085,09	444.166.386,92	15.542.698,17	3,5	
Personalaufwand	266.114.343,80	259.780.546,91	6.333.796,89	2,4	
Materialaufwand	72.214.441,65	71.330.503,60	883.938,05	1,2	
Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten	52.011.292,22	40.028.951,27	11.982.340,95	29,9	
geförderte, nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	11.819,25	520.120,73	-508.301,48	-97,7	
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	25.992.374,58	27.331.258,42	-1.338.883,84	-4,9	
sonstige betriebliche Aufwendungen	43.139.047,36	44.999.825,54	-1.860.778,18	-4,1	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.251,36	6.090,41	-3.839,05	-63,0	
außerordentliche Aufwendungen	0,00	19.363,64	-19.363,64	-100,0	
Steuern	223.514,87	149.726,40	73.788,47	49,3	
ERGEBNIS	-1.003.281,17	-598.716,27	-404.564,90	67,6	

Abschnitt 3: Jahresabschluss 2005 des Klinikums

Die Erfolgsrechnung 2005 auf Konzernebene schließt mit einem – gegenüber 2004 höheren – Fehlbetrag von 1.003 TEUR ab, der sich aus dem (konsolidierten) Jahresergebnis von - 912 TEUR beim Sondervermögen und Kommunalunternehmen sowie den (saldierten) Jahresergebnissen der Tochterunternehmen (-91 EUR) ergibt.

Durch Einbeziehung des Gewinnvortrags (371 TEUR), Entnahmen aus der Kapitalrücklage (1.192 TEUR) und Einstellung in die Gewinnrücklage (108 TEUR) ergibt sich in der Konzernbilanz ein Bilanzgewinn von knapp 452 TEUR für das Jahr 2005 (Bilanzgewinn 2004: 371 TEUR).

Der Fördermittelbereich, auf der Ertrags- und Aufwandsseite v. a. die Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen und die Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten bzw. die Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten und die Abschreibungen des Anlagevermögens, ist grundsätzlich ergebnisneutral. Abschreibungen auf eigenfinanziertes Anlagevermögen verursachen aber wie o. g. den Jahresfehlbetrag beim Sondervermögen und belasten somit Jahresergebnis des Konzerns.

Außerhalb des investiven Bereichs ergaben sich gegenüber 2004 auf der Ertragsseite einerseits höhere Leistungserträge (+9,4 Mio. EUR), andererseits gingen aber die sonstigen betrieblichen Erträge um 6,6 Mio. EUR zurück. Dafür waren nach dem Lagebericht von Kh insbesondere geringere Auflösungen einzelner Rückstellungen (-6,4 Mio. EUR) maßgeblich.

Im Bereich der Aufwendungen konnten tarifliche Personalkostensteigerungen (rd. 1,4 %) und höhere Personalnebenkosten (Zusatzversorgung +0,5 %) laut Kh über einen Personalabbau im Kommunalunternehmen von (jahresdurchschnittlich) 49,4 Vollkräften auf nunmehr 4.520,2 Vollkräfte teilweise kompensiert werden, so dass im wesentlichen die Personalkostenrückstellungen in Höhe von 7,2 Mio. EUR zu einem Anstieg des Personalaufwendungen von rd. 6,3 Mio. EUR bzw. +2,4 % führten.

Ansonsten waren Mehrungen bei den Kostenarten Medizinischer Bedarf (+2,1 Mio. EUR) Wasser, Energie, Brennstoffe (+0,6 Mio. EUR), Instandhaltung (+0,6 Mio. EUR) bei nur geringfügigen Minderungen u.a. beim Aufwand für Lebensmitteln (-95 TEUR) und für Gebrauchsgüter (-68 TEUR) zu verzeichnen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind hingegen um rd. 1,9 Mio. EUR gesunken.

Die Zinsrechnung 2005 schließt mit einem Überschuss von knapp 2 Mio. EUR ab.

Im **Konzernlagebericht** wird detailliert die Entwicklung im Leistungsbereich dargestellt. Als wesentliche Eckpunkte sind zu nennen:

Leistungsdaten 2005 Klinikum	2005	2004	+/-
Planbetten	2.253	2,327	- 74
Patienten (Fallzahlen)	85.648	84.453	+ 1.195
Pflegetage	663.745	678.682	- 14.937
Behandlungstage	668.728	685.107	- 16.379
durchschnittl. Verweildauer (Tage)	7,2	7,5	-0,3

Auch im Wirtschaftsjahr 2005 hat sich die Entwicklung höherer Fallzahlen bei niedriger durchschnittlicher Verweildauer fortgesetzt. Trotz dieser erneut gestiegenen Anforderungen an das städtische Klinikum konnte wiederum ein wie o.g. gutes betriebswirtschaftliches Ergebnis erwirtschaftet werden. In Folge von Budgetanpassungen an landesweit einheitliche Fallpauschalen und weiteren Ertragskürzungen durch die aktuelle Gesundheitsreform sowie Kostensteigerungen (im Bereich Personal, Energie, Arzneimittel und Mehrwertsteuer) andererseits steht das Klinikum in den nächsten Jahren vor der Bewältigung schwerer Aufgaben.

## 3.4 Schwerpunktprüfungen durch Rpr

# 3.4.1 "Nutzungsentgelte der Ärzte für ambulante und gutachterliche Nebentätigkeiten aus steuerrechtlicher Sicht"

#### Prüfungsbericht vom 22.05.2006

Im Rahmen der mit Kh abgestimmten Prüfungsplanung hat Rpr den o. g. Bereich insbesondere vor dem Hintergrund der neuen Umsatzsteuerrichtlinien 2005 geprüft. Rpr arbeitete im Prüfungsbericht die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen heraus, denen zu Folge im Bereich der Umsatzsteuer eine Tendenz zu erkennen ist, immer mehr Leistungen, die im Zusammenhang mit dem Betrieb eines Krankenhauses stehen, nicht mehr als eng verbundene Umsätze nach § 4 Nr. 16 UStG i.V.m. Abschnitt 100 der Umsatzsteuerrichtlinien 2005 (UStR 2005) umsatzsteuerfrei zu behandeln.

Vor allem bei den Nebentätigkeiten einzelner Klinikumsärzte könnte das Vorliegen umsatzsteuerpflichtiger Umsätze in Betracht kommen. Hierbei dürften Gutachtenstätigkeiten, Gesundheitschecks, Laserbehandlungen sowie Schönheitsoperationen im Focus stehen. Deshalb empfahl Rpr, die Kliniken über die neuen umsatzsteuerlichen Regelungen bzw. Auslegungen geltenden Rechts zu informieren und weitere Schritte gemeinsam abzustimmen.

Für den Bereich der Umsatzbesteuerung geht Kh bislang bei den Nutzungsentgelten der Ärzte für Nebentätigkeiten von eng verbundenen Krankenhausumsätzen gemäß Abschnitt 100 Abs. 2 Nr. 4 UStR aus. Die Finanzverwaltung äußert sich zur umsatzsteuerlichen Behandlung dieser Nutzungsentgelte angestellter Ärzte noch nicht eindeutig.

Rpr wies Kh darauf hin, dass wenn umsatzsteuerpflichtige Leistungen (GKV-fremde Leistungen, s. o.) in der Privatambulanz erbracht werden, auch die anteiligen an Kh entrichtete Nutzungsentgelte umsatzsteuerpflichtig sind. Rpr empfahl Kh deshalb, zumindest für diese anteiligen Nutzungsentgelte der Ärzte eine vertragliche Regelung für den Fall vorzusehen, dass für die Vergangenheit eine Umsatzsteuerpflicht für die anteiligen Nutzungsentgelte für vom Arzt erbrachte umsatzsteuerpflichtige Leistungen von der Finanzverwaltung erkannt wird.

Bezogen auf die ertragsteuerliche Behandlung von Nutzungsentgelten der angestellten Ärzte für die Bereitstellung von notwendigem Personal und Sachmitteln herrscht derzeit noch Unklarheit. Die Finanzverwaltung vertritt zunehmend die Auffassung, dass die Gestellungsleistungen beim Krankenhaus in einen steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb im Sinne der §§ 14, 64 AO führen. Dies hätte zur Folge, dass diese Gestellungsleistungen der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer unterliegen.

Abschnitt 3: Jahresabschluss 2005 des Klinikums

Der Prüfungsbericht wurde von Kh grundsätzlich positiv aufgenommen. Aufgrund der seinerzeit laufenden Jahresabschlussprüfung 2005 konnte Kh noch nicht Stellung nehmen. Es wurde jedoch zugesagt, dass der Finanzbereich von Kh abschließend einen Sachstandsbericht vorlegen wird.

Im Rahmen einer früheren Rpr-Prüfung der Kh-Leistungsabrechnung 2003 mit seinen Tochterunternehmen hatte Rpr die Stadt und Kh im Übrigen auf die mögliche gewerbliche und damit umsatzsteuerminimierende Vermietung der Privatstation im Neubau West an die KNG hingewiesen. Kh konnte diese steuerliche Optimierung nach Absprache mit seinem externen Berater in Steuerrechtsfragen nun umsetzen.

#### 3.4.2 Personalausgaben

#### Prüfungsbericht vom 11.10.2006

Für den Bereich KNSG wurden die Personalausgaben (Stundenvergütung, Sozialversicherungsbeiträge und Zulagen/Zuschläge) auf Basis des dort geltenden Tarifs für Gebäudereiniger geprüft.

Folgende Feststellung war zu treffen:

Wegen unterbliebener Aktualisierung des Dienstplanes in einer Station kam es, wie bereits von Kh bemerkt, zu fehlerhaften Lohnabrechnungen. Die Neuberechnung ist bereits veranlasst. Nachzahlungen werden ohne Beachtung der tariflichen Ausschlussfrist geleistet. Überzahlungen werden als Vermögenseigenschaden geltend gemacht.

Ansonsten wurde o.E. geprüft.

## 3.4.3 Technische Prüfung

#### Vergabeprüfungen VOB/VOL

Grundsätzliches zur Vergabeprüfung siehe unter Nr. 1.5.2.2.

Nach der Verselbständigung 1998 erfolgte auf Wunsch des Klinikums eine regelmäßige Vergabeprüfung nur noch bei der Maßnahme Baustufe West, deren Fertigstellung 2003 erfolgte.

2005 wurden aus dem Projekt noch **2** Nachtragsangebote mit einem Auftragsvolumen von rund **211.611 EUR** zur Prüfung vorgelegt.

Aus dieser Vergabeprüfung wurden an Minderungen **122.052 EUR** begutachtet, über die Umsetzung der Feststellungen zur Weiterverrechnung liegt noch keine abschließende Rückmeldung vor.

# 3.5 Anhang: Bilanz, GuV-Rechnung und Anlagennachweis des Sondervermögens Klinikum Nürnberg zum 31.12.2005

1. Bilanz zum 31.12.2005			Klinikum Nürnberg Sondervermögen (SV)
AKTIVA	04.44		
	€ 31.12	2.2005 €	31.12.2004 €
A. Anlagevermögen:	ę	ę	Ę
I. Sachanlagen:			
<ol> <li>Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken</li> </ol>	277.600.551,11		261.822.875,11
<ol> <li>Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken</li> </ol>	1.482.578,14		1.523.067,14
3. technische Anlagen	53.172.964,00		56.743.802,00
4. geleistete Anzahlungen und			
Anlagen im Bau	21.170.396,06		47.922.606,03
B. Umlaufvermögen:		353.426.489,31	368.012.350,28
Forderungen     und sonstige Vermögensgegenstände:			
<ol> <li>Forderungen an Gesellschafter bzw. den Krankenhausträger, davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr 31.12.2005 0,00 € (31.12.2004 0,00 €)</li> </ol>	100.551.188,39		56.666.275,67
<ol> <li>Forderungen nach Krankenhausfinanzierungsrecht davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr 31.12.2005 33.353.479,00 € (31.12.2004 0,00 €)</li> </ol>	34.719.479,00		0,00
C. Ausgleichsposten nach dem KHG:	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	135.270.667,39	56.666.275,67
1. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	2.417.323,30		2.095.026,30
2. Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	16.712.817,43		16.582.655,43
		19.130.140,73	18.677.681,73
		507.827.297,43	<u>443.356.307,68</u>

Abschnitt 3: Jahresabschluss 2005 des Klinikums

#### Bilanz zum 31.12.2005

## Klinikum Nürnberg Sondervermögen (SV)

## PASSIVA

	31.12	2,2005	31.12.2004
	€	€	€
A. Eigenkapital:			
Gezeichnetes/festgesetztes Kapital	28.406.655,63		28.406.655,63
2. Kapitalrücklagen	21.996.297,44		22.301.087,90
Bilanzgewinn/Bilanzverlust(-)	0,00		0,00
		50.402.953,07	50.707.743,53
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens :			
1. Sonderposten aus Fördermittel nach dem KHG	304.352.127,56		307.917.033,77
Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	320.148,36		368.333,61
3. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	2.082.035,38		2.313.223,64
•		306.754.311,30	310.598.591,02
C. Verbindlichkeiten:			
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern bzw. dem Krankenhausträger,	116.771.554,06		82.049.973,13
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 31.12.2005 116.639.807,35 € (31.12.2004 81.911.670,42 €)			
2. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinan- zierungsrecht, davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 31.12.2005 545.000,00 € (31.12.2004 0,00 €)	33.898.479,00		0,00
		150.670.033,06	82.049.973,13
		507.827.297,43	443.356.307,68

## 2. Gewinn- und Verlustrechnung 2005

## Klinikum Nürnberg Sondervermögen (SV)

	200	5	2004
	€	€	€
sonstige betriebliche Erträge	0,00		40.465,79
Bilanzgewinn/Bilanzverlust(-)		0,00	40.465,79
Zwischenergebnis		0,00	40.465,79
<ol> <li>Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen, davon Fördermittel nach dem KHG 2005 42.908.479,00 € (2004 14.610.000,00 €)</li> </ol>	42.908.479,00		14.610.000,00
<ol> <li>Erträge aus der Einstellung von Ausgleichs- posten aus Darlehensförderung und für Eigenmittelförderung</li> </ol>	452.459,00		358.849,00
<ol> <li>Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens</li> </ol>	13.061.712,01		12.741.343,98
<ol> <li>Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens</li> </ol>	43.292.897,78		14.728.969,11
Aufwendungen für nach dem KHG geförderte, nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	11.819,25	13.117.932,98	520.120,73 12.461.103,14
7. Abschreibungen a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf		·	
aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	14.309.777,44		13.221.815,64
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	0,00	14.309.777,44	52.943,75 13.274.759,39
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-1.191.844,46	-773.190,46
10. Jahresfehlbetrag		-1.191.844,46	-773.190,46
11. Entnahme aus der Kapitalrücklage		1.191.844,46	773.190,46
12. Bilanzgewinn/Bilanzverlust(-)		0.00	<u>0,00</u>

Klinikum Nürnberg Sondervermögen (SV)

Anlagennachweis zum 31. Dezember 2005

		Entwicklung	lung der A	der Anschaffungswerte	swerte			Entwic	klung der	Entwicklung der Abschreibungen	ngen		Restbuchwerte Stand 31.12.2005
Bitanzposten	Anfangsstand 01.01.2005	Zugang	Zuschreibung	Zuschreibung Umbuchungen	Abgang	Endstand 31.12.2005	Anfangsstand 01.01.2005		Umbuchungen	Abschreibungen Umbuchungen Zuschreibungen Entnahmen 1. Geschäftsjahres für Abgänge	Entnahmen für Abgänge	Endstand 31.12.2005	
	w	w	w	w	w	w		Ψ.	w	w	) w	•	Ψ
	2	3	4	2	9	7	æ	6	10	\$	12	13	14
A I Sachanlagen													
Grundstücke und grund- stücksgleiche Rechle mit Betriebsbauten, einschl. der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	338.122.170,63			23.418.021,09		361.540.191,72	76.299.295,52	7.640.345,09				83.939.640,61	277.600.551,11
Grundstücke und grund- stücksgleiche Rechte mit Wohnbauten, einschl:													
der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	2.106.824,98					2.106.824,98	583.757,84	40.489,00				624.246,84	1.482.578,14
3. technische Anlagen	110.955.456,10	347.568,52		2.710.536,83		72.391,77 113.941.169,68	54.211.654,10	6.628.943,35			72.391,77	60.768.205,68	53.172.964,00
4. geleistele Anzahlungen und Anlagen im Bau	47.922.606,03	5.217.139,29		-26.128.557,92 5.840.791,34	5.840.791,34	21.170.396,06							21.170.396,06
Summen:	499.107.057,74	5.564.707,81			5.913.183,11	498.758.582,44	131.094.707,46	5.913.183.11 498.758.582,44 131.094.707,46 14.309.777,44			72.391.77	145.332.093.13	72.391.77 145.332.093.13 353.426.489.31

## 4 JAHRESABSCHLÜSSE 2005 DER EIGENBETRIEBE

## 4.1 Prüfungsgrundlagen in den Eigenbetrieben

Nach Art. 106 Abs. 3 GO unterliegen die Wirtschaftsführung und die Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe (Stadtentwässerungsbetrieb, Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetrieb Nürnberg, NürnbergStift, Franken-Stadion Nürnberg und NürnbergBad) der Rechnungsprüfung. Der Inhalt der Prüfung ergibt sich aus Art. 106 Abs. 1 GO. Gemäß Art. 103 Abs. 1 u. 2 GO erfolgt die Prüfung durch den Rechnungsprüfungsausschuss. Das Rechnungsprüfungsamt ist dabei nach Art. 103 Abs. 3 GO umfassend als Sachverständiger heranzuziehen.

Grundsätzlich ist die Abschlussprüfung der Jahresabschlüsse bei Eigenbetrieben gemäß Art. 107 GO vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV), einem Wirtschaftsprüfer oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durchzuführen. Nach Art. 106 Abs. 3 Satz 2 GO stellt die Rechnungsprüfung auf die Ergebnisse der Abschlussprüfung mit ab.

Aufgrund geänderter Rechtsvorschriften bei kommunalen Pflegeeinrichtungen findet Art. 107 GO beim NürnbergStift keine Anwendung mehr, so dass Rpr ab dem Wirtschaftsjahr 2000 bei NüSt den Jahresabschluss prüft.

Zum Redaktionsschluss dieses Sachverständigenberichtes lagen die testierten Jahresabschlüsse 2005 des NürnbergBad und des Franken-Stadion Nürnberg noch nicht vor. Die örtliche Prüfung wird deshalb nachgeholt und in der nächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vorgelegt.

## 4.2 Jahresabschluss 2005 des Stadtentwässerungsbetriebes

## 4.2.1 Allgemeines

## 4.2.1.1 Aufgaben und Organisation

Zu den Hauptaufgaben des Stadtentwässerungsbetriebes (StEB) zählt die schadlose Ableitung und Behandlung von Abwässern einschließlich der Klärschlammverwertung sowie damit in Zusammenhang stehende Aufgaben. Daneben sind auch hoheitliche Tätigkeiten im Vollzug der einschlägigen Satzungen zu erfüllen. Dazu zählen insbesondere die Entwässerungssatzung (EWS) und die Fäkalschlammentsorgungssatzung (FES) sowie die Beitrags- und Gebührensatzung (EntwässerungsGebS – BGS-EWS/FES).

Um den stetig steigenden Anforderungen sowohl finanziell wie auch verfahrenstechnisch effizient gerecht zu werden, wird der Stadtentwässerungsbetrieb seit 1996 als ein Eigenbetrieb i.S. des Art. 88 GO geführt. Er unterliegt den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung (EBV).

#### 4.2.1.2 Stadtentwässerungsbetriebssatzung

Die Stadtentwässerungsbetriebssatzung (StEBS) vom 17.12.1998 enthält u.a. Bestimmungen über die Organe des Stadtentwässerungsbetriebs und Regelungen hinsichtlich der Aufgaben bzw. Zuständigkeiten der Werkleitung, des Werkausschusses, des Stadtrats sowie des Oberbürgermeisters. Die StEBS wird ergänzt durch eine Geschäftsanweisung für die Werkleitung. Die Entscheidungs- und Zeichnungsbefugnisse innerhalb des Betriebs sind mit Werkleiterleitungsverfügung Nr. A 2 detailliert festgelegt.

#### 4.2.1.3 Stammkapital – Trägerdarlehen – Finanzierung

Nach § 1 Abs. 3 StEBS wurde dem Betrieb kein Stammkapital zugeordnet.

Der nicht durch Zuschüsse und Verbindlichkeiten gedeckte Betrag der von der Stadt auf StEB übertragenen Vermögensgegenstände wurde dem Betrieb in Form eines Trägerdarlehens zur Verfügung gestellt. Das verbliebene Trägerdarlehen (ursprünglich 363.371 TEUR) wurde bereits im Geschäftsjahr 2003 durch zwei Sondertilgungen von 50.000 TEUR bzw. 52.514 TEUR in voller Höhe getilgt.

Das Unternehmen StEB soll sich gemäß Art. 8 Kommunalabgabengesetz vollständig aus kostendeckenden Gebühren und Beiträgen der Anschlussnehmer finanzieren.

Die von StEB durchzuführenden Investitionen sind grundsätzlich über Darlehen zu finanzieren.

## 4.2.2 Haushaltssatzung, Wirtschaftsplan, Finanzplanung

#### 4.2.2.1 Haushaltssatzung

Mit der Haushaltssatzung der Stadt für das Haushaltsjahr 2005 vom 13.04.2005 wurde für StEB die Kreditermächtigung auf insgesamt 65,925 Mio. EUR festgesetzt, davon 27 Mio. EUR für Investitionen und 38,925 Mio. EUR für die Rückzahlung des Netto-Barwertvorteils aus früheren US-Cross-Border-Leasinggeschäften an die Stadt. Die Verpflichtungsermächtigungen im Vermögensplan waren mit 39,429 Mio. EUR festgesetzt. Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan war auf 39 Mio. EUR festgesetzt.

Die Haushaltssatzung trat rückwirkend zum 01.01.2005 in Kraft.

#### 4.2.2.2 Wirtschafts- und Finanzplan

Der Wirtschaftsplan 2005 besteht aus Erfolgs-, Vermögens- und Finanzplan sowie dem Investitionsprogramm und einer Stellenübersicht. Er wurde am 24.11.2004 vom Stadtrat beschlossen.

Die Planansätze des <u>Erfolgsplanes 2005</u> wurden unter Berücksichtigung des Rechnungsergebnisses 2003 und der Ausgabenentwicklung 2004 ermittelt. Er sah Erträge von 106,220 Mio. EUR und Aufwendungen von 108,120 Mio. EUR vor, so dass sich ein Jahresverlust in Höhe von 1,900 Mio. EUR errechnete.

Tatsächlich ergab sich 2005 ein Jahresgewinn von 3,801 Mio. EUR. Wesentliche Gründe für die Abweichung ist das durch niedrigere Kapitalmarktzinsen verbesserte Zinsergebnis sowie über Planansatz liegende Erlöse und Erträge.

Der <u>Vermögensplan 2005</u> umfasste einen Finanzbedarf von 117,085 Mio. EUR. Hiervon waren 27,060 Mio. EUR für Investitionen eingeplant. Die Deckung sollte aus Kreditaufnahmen in Höhe von 27 Mio. EUR erfolgen. Die tatsächlich durchgeführten Investitionen beliefen sich im Jahr 2005 auf 19,019 Mio. EUR.

Die fünfjährige <u>Finanzplanung</u> der Jahre 2004 bis 2008 umfasste ein Volumen von 386,675Mio. EUR, davon für Investitionen 126,250 Mio. EUR und für Darlehenstilgung 208 Mio. EUR.

#### 4.2.3 Feststellung des Jahresabschlusses 2004 und Entlastung

Der Vorjahresabschluss wurde von der Bayerischen Treuhandgesellschaft geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Mit Beschluss vom 25.01.2006 hat der Stadtrat den Jahresabschluss 2004 festgestellt, uneingeschränkte Entlastung erteilt und unter anderem entschieden, den Jahresgewinn 2004 auf neue Rechnung vorzutragen.

Abschnitt 4: Jahresabschlüsse 2005 der Eigenbetriebe

## 4.2.4 Jahresabschluss 2005

## 4.2.4.1 Erstellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2005, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang wurde zusammen mit dem Lagebericht am 11.05.2006 erstellt.

Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anlagennachweis sind unter **Nr. 4.2.7** im Anhang beigefügt.

## 4.2.4.2 Bilanzentwicklung 2005

Die Entwicklung der Bilanz 2005 wird nachfolgend in komprimierter Form wiedergegeben:

Abschnitt 4: Jahresabschlüsse 2005 der Eigenbetriebe

Ctadtantuäasarungahatriah	31.12.2005	31.12.2004	Veränderu	ung
Stadtentwässerungsbetrieb	EUR	EUR	absolut	in %
АКТІVА				
Anlagevermögen (gesamt)	649.705.589,04	662.902.327,96	-13.196.738,92	-2,0
Immaterielle Vermögensgegenstände	784.911,00	803.855,00	-18.944,00	-2,4
Sachanlagen	648.920.678,04	662.098.472,96	-13.177.794,92	-2,0
Umlaufvermögen (gesamt)	4.824.938,96	15.527.719,79	-10.702.780,83	-68,9
Vorräte	2.928.598,94	2.961.517,59	-32.918,65	-1,1
Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	1.390.876,81	1.885.465,64	-494.588,83	-26,2
Kassenbestand und Bankguthaben	177.463,21	10.277.244,56	-10.099.781,35	-98,3
Rechnungsabgrenzungsposten	328.000,00	403.492,00	-75.492,00	-18,7
Bilanzsumme - Aktiva -	654.530.528,00	678.430.047,75	-23.899.519,75	-3,5
PASSIVA				
Eigenkapital (gesamt)	44.267.963,50	37.230.026,29	7.037.937,21	18,9
Stammkapital	0,00	0,00	0,00	0,00
Allgemeine Rücklage	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonderrücklage	29.712.132,00	26.475.625,00	3.236.507,00	12,2
Gewinn-/Verlustvortrag (-)	14.555.831,50	10.754.401,29	3.801.430,21	35,3
Empfangene Ertragszuschüsse	106.595.320,00	110.370.028,00	-3.774.708,00	-3,4
Rückstellungen	34.039.438,00	32.559.938,00	1.479.500,00	4,5
Verbindlichkeiten	469.627.806,50	498.270.055,46	-28.642.248,96	-5,7
Bilanzsumme - Passiva -	654.530.528,00	678.430.047,75	-23.899.519,75	-3,5

Die Aktivseite wird branchenbedingt durch das Anlagevermögen bestimmt; wegen höherer Abschreibungen als Investitionen nahm es 2005 um 13,2 Mio. EUR auf 649,7 Mio. EUR ab. Unter den Sachanlagen bildeten die Abwasserreinigungsanlagen mit 122 Mio. EUR und die Abwassersammlungsanlagen mit 427,9 Mio. EUR die bestimmenden Posten. Die Abnahme des Umlaufvermögens resultiert insbesondere daraus, dass im Liquiditätsbestand zum Bilanzstichtag des Vorjahres ein kurzfristig bei der Stadtkasse angelegtes Festgeld in Höhe von 9,5 Mio. EUR enthalten war.

Das Eigenkapital hat sich um insgesamt 7,038 Mio. EUR auf 44,268 Mio. EUR erhöht. Die Sonderrücklage enthält Staatszuschüsse, verrechnete Abwasserabgabebeiträge und Wertvorteile aus zinsgünstigen Darlehen, die entsprechend der Nutzungsdauer der damit finanzierten Anlagen aufgelöst werden. Ebenso treten abschreibungsbedingte Auflösungen bei den empfangenen Ertragszuschüssen auf. Der Anstieg bei den Rückstellungen resultiert insbesondere aus

einem deutlichen Anstieg der Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung, für ausstehende Rechnungen und für Abbruchkosten. Der Rückgang bei den Verbindlichkeiten ist auf die oben erwähnte Ausschüttung des Nettobarwertvorteils an die Stadt zurückzuführen, die zum Bilanzstichtag 2004 noch als Verbindlichkeit ausgewiesen war und erst 2005 an die Stadt gezahlt worden ist. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten dagegen haben im Vergleich zum Vorjahr per Saldo um 9,192 Mio. EUR auf 463,742 Mio. EUR zugenommen. Der Gewinnvortrag per 31.12.2004 von 10,754 Mio. EUR und der Jahresüberschuss 2005 mit 3,801 Mio. EUR führen zu einem Gewinnvortrag per 31.12.2005 von 14,555 Mio. EUR.

#### 4.2.4.3 Erfolgsrechnung 2005

In der nachstehenden Tabelle werden die Erträge und Aufwendungen 2005 entsprechend der Gewinn- und Verlustrechnung und ihre Veränderung zum Vorjahr wiedergegeben.

Stadtantui aasuun nakatriah	2005	2004	Veränderu	ıng
Stadtentwässerungsbetrieb	EUR	EUR	absolut	in %
ERTRÄGE	108.328.021,25	106.910.807,36	1.417.213,89	1,3
Umsatzerlöse	90.343.564,70	90.042.997,82	300.566,88	0,3
Aktivierte Eigenleistungen	2.597.573,64	2.731.208,45	-133.634,81	-4,9
Sonstige betriebliche Erträge	15.132.504,23	14.068.388,66	1.064.115,57	7,6
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	254.378,68	68.212,43	186.166,25	>100
AUFWENDUNGEN	104.526.591,04	105.066.051,14	-539.460,10	-0,5
Materialaufwand	19.863.147,98	18.967.715,01	895.432,97	4,7
Personalaufwand	18.034.477,01	17.308.518,50	725.958,51	4,2
Abschreibungen	31.956.809,37	32.738.670,55	-781.861,18	-2,4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	15.655.504,20	16.487.214,14	-831.709,94	-5,0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	19.008.541,18	19.572.756,55	-564.215,37	-2,9
Sonstige Steuern	8.111,30	-8.823,61	16.934,91	>100
ERGEBNIS	3.801.430,21	1.844.756,22	1.956.673,99	>100

Gegenüber dem Vorjahr zeigten sich die Umsatzerlöse mit insgesamt 90,344 Mio. EUR nahezu unverändert.

Die aktivierten Eigenleistungen betreffen anteilige Personal- und Sachkosten eigener Mitarbeiter zur Erstellung der Investitionsmaßnahmen im Bereich der Abwasserableitung und -reinigung.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten insbesondere die Auflösung von Sonderrücklagen und Ertragszuschüssen in Höhe von insgesamt 8,839 Mio. EUR sowie Mieterträge des Chemischen Untersuchungsamtes für die Laborgebäude von 4,089 Mio. EUR. Daneben sind unter dieser Position periodenfremde Erträge aus der Auflösung von sonstigen Rückstellungen in Höhe von 1,110 Mio. EUR enthalten.

Abschnitt 4: Jahresabschlüsse 2005 der Eigenbetriebe

Die Zinserträge von 254 TEUR wurden durch die zinsgünstige Geldanlage von kurzfristigen Liquiditätsüberhängen erwirtschaftet.

Die Aufwendungen für Material und Instandhaltung (Materialaufwand) lagen insgesamt mit 19,863 Mio. EUR um 895 TEUR über den Vorjahreswerten. Dabei stehen den um 481 TEUR geringeren Aufwendungen für Betriebsstoffe, Material und Energie höhere Aufwendungen von 1.376 TEUR für bezogene Leistungen gegenüber. Diese spiegeln auch die Zuführungen (4.987 TEUR) zu den Rückstellungen für anstehende größere Sanierungsarbeiten in den folgenden Jahren wider.

Der Anstieg des Personalaufwandes um 4,2 Prozentpunkte ist im Wesentlichen auf die allgemeinen Tarifsteigerungen (Sonderzahlung) sowie die erhöhten Zuführungen zu den Rückstellungen für Urlaub und Zeitguthaben zurückzuführen.

Die Verminderung der Abschreibungen um 782 TEUR auf 31,957 Mio. EUR ist durch das im Vergleich zum Vorjahr niedrigere Investitionsvolumen bedingt.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verringerten sich um 832 TEUR auf 15,656 Mio. EUR. Ausschlaggebend hierfür waren in erster Linie eine Verringerung der Abwasserabgabe um 606 TEUR infolge der Erklärung niedrigerer Ablaufwerte auf 2,124 Mio. EUR sowie dem Rückgang der Kostenanteile und der Verwaltungskostenanteile der Stadtverwaltung um 118 TEUR auf 2,491 Mio. EUR.

Der erneute Rückgang des Zinsaufwandes um 564 TEUR resultiert aus dem anhaltend günstigen Zinsniveau auf dem Kreditmarkt.

Die sonstigen Steuern waren im Vorjahr mit einer Kfz-Steuerrückerstattung von rd. 22 TEUR saldiert.

#### 4.2.4.4 Prüfung des Jahresabschlusses 2005

#### 4.2.4.4.1 Bestätigungsvermerk

Entsprechend dem Stadtratsbeschluss vom 20.07.2005 wurde wiederum die Bayerische Treuhand AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2005 beauftragt.

Der Wirtschaftsprüfer hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk für den Jahresabschluss 2005 sowie für den Lagebericht 2005 erteilt.

#### 4.2.4.4.2 Prüfungsergebnis

Als zusammenfassendes Ergebnis der Prüfung stellten die Prüfer u.a. fest:

- die Buchführung entspricht den Grundsätzen der Ordnungsmäßigkeit; sie ist beweiskräftig,
- der Jahresabschluss 2005, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und dem Anhang, ist richtig aus den Büchern entwickelt und entspricht den gesetzlichen Vorschriften,

Abschnitt 4: Jahresabschlüsse 2005 der Eigenbetriebe

- der Jahresabschluss vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Eigenbetriebs und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar,
- die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs geben keinen Anlass zu Beanstandungen,
- im Rahmen der Prüfung ergaben sich keine Anhaltspunkte, die Zweifel an der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung begründen könnten.

#### 4.2.4.4.3 Begutachtung durch den Werkausschuss

Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2005, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang wurde zusammen mit dem Lagebericht und dem Bericht der Bayerischen Treuhand AG vom 12.05.2006 dem Werkausschuss am 20.06.2006 vorgelegt.

Der Werkausschuss hat die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2005 und des Lageberichtes 2005 begutachtet und dem Stadtrat empfohlen zu beschließen:

- Der Jahresabschluss 2005
  - mit einer Bilanzsumme von 654.530.528,00 EUR auf der Aktiv- und der Passivseite,
  - mit einem Jahresgewinn von 3.801.430,21 EUR wird festgestellt.
- Der Jahresgewinn und der Gewinnvortrag werden in die Rücklagen eingestellt.

## 4.2.5 Beschaffungen

Außer den von der Technischen Prüfung erfassten VOB- und VOL-Vergaben (s. nachfolgend **Nr. 4.2.6**) wurden im Rahmen der begleitenden Verwaltungsprüfung für 2005 insgesamt 5 Beschaffungsvorgänge von StEB zur Prüfung nach den Vergaberichtlinien der Stadt Nürnberg (VRL) mit einem Gesamtvolumen von rd. 1.507 TEUR vorgelegt und durch Rpr begutachtet.

## 4.2.6 Technische Prüfung

Insgesamt ergaben sich durch die Prüfung im Haushaltsjahr 2005 finanzielle Verbesserungen in Höhe von **12.625 EUR**.

#### Vergaben VOB/VOL

Grundsätzliches zur Vergabeprüfung siehe unter Nr. 1.5.2.2.

Aus der Vergabeprüfung entfielen auf StEB insgesamt 51 Vergaben VOB/VOL mit rund 20,49 Mio. EUR, einschließlich 17 Nachträgen von ca. 3,98 Mio. EUR aus Hauptaufträgen mit insgesamt 19,16 Mio. EUR.

Minderungen waren nicht vorzunehmen.

#### Vergaben Besonderer Leistungen

Es waren 13 Vergabevorgänge in Höhe von insgesamt 1,65 Mio. EUR zu prüfen.

Durch die Umsetzung von Feststellungen ergaben sich hier im Prüfungszeitraum geringfügige Reduzierungen in Höhe von **3.941 EUR**.

#### Schwerpunktprüfungen

Grundsätzliches zur ex post-Prüfung siehe unter Nr. 1.5.3, Schwerpunktprüfung.

Die Prüfung einer Maßnahme mit **919.080 EUR** Auftragsumfang ergab geringfügige Feststellungen, die in Höhe von insgesamt **8.684 EUR** umgesetzt wurden.

4.2.7 Anhang:
Bilanz, GuV-Rechnung und Anlagennachweis zum 31.12.2005

31.12.2004 TEUR		0		26.476		10.754			110.370			_	13.052	19.508	32.560	-			454.550	39.358		38.925		0 0	498.270	678.430
51.12.2005 EUR		00'0		29.712.132,00	,	14.555.831,50			106.595.320,00						34,039,438,00				i						469.627.806,50	654.530.528,00
EUR		-						-					13.533.135,00	20.506,303,00					463.742.050,40	2.143.124.67		1.056.039,41	200	347.300,11		
	A. Eigenkapital	l. Stammkapital	II. Rücklagen 1 Sonderricklase	photos :		III. Gewinn/Verlust			B. Empfangene Ertragszuschüsse			C. Rückstellungen	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	2. Sanstige Rückstellungen			D. Verbindlichkeiten	A	i, gegenuber Kredimstituten 2 aus Lieferionen und Leistimoen	3. gegenüber der Stadt	- davon aus Auserhitturvebaerkluse fir Dinkbaa HO I sasim	4. sonstige Verbindlichkeiten	- davon aus	im Rahmen der sozialen Sicherheit		
TEUR	-	804	-		71.939	125.746	427.918	871	2.591	662.098			2.962		1.602	180	262	- E	77 0	1.886	-	10.277			403	678.430
EUR		784.911,00								648.920.678,04			2.928.598,94	<del></del>			*			1.390.876,81		177.463,21			328.000,00	654,530,528,00
EUR					70.755.820,85	122.034.029,00	434.598.283,00	1.334.750,00	2.240.929,00		,			•	1.173.946,85	26.002,92	196.909,02	00'0	000							
	A. Anlagevermögen	I. Immaterielle Vermögensgegenstände Konzessionen, gewerbliche Schutzrachte und	ähnliche Rechte und Werte, sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	II. Sachanlagen 1. Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs-	und anderen Bauten	<ol> <li>Orinsbaue Grundsucke</li> <li>Abwasserreinigungsanlagen</li> </ol>	4. Abwassersammlungsanlagen 5. Macchinen und macchinello Anlagen	6. Fahrzeuge	7. Betriebs- und Geschäftsausstattung 8. Anlagen im Bau			B. Umlaufvermögen I. Vorräte	Roh-, Hills-und Betriebsstoffe	:	II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 1. aus Lieferungen und Leistungen	-davon mit einer Restlaufzeit von mehr als. 1 Jahr	2. an die Stadt Nürnberg	davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr 3. sonntina Varmönanschanstrände	- John Million Restlantfell von mehr als 1 Jahr			III. Kassenbestand und Guthaben	bei Kreditinstituten		C. Rechnungsabgrenzungsposten	

Stadtentwässerungsbetrieb Nürnberg

Bilanz zum 31.12.2005

## Stadtentwässerungsbetrieb Nürnberg

## Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2005

				2005 EUR	2004 TEUR
1.	Umsatzerlöse		90.343.564,70		90.043
2.	andere aktivierte Eigenleistungen		2.597.573,64		2.731
3.	sonstige betriebliche Erträge davon Auflösungen Sonderrücklagen und empfangene Ertragszuschüsse: 8.838.721,52 EUR		15.132.504,23		14.068
	Summe Erlöse			108.073.642,57	106.842
4,	Materialaufwand  a) Aufwendungen für Roh-,Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-6.876.315,49			-7.357
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-12.986.832,49	-19.863.147,98		-11.610 -18.967
5.	Personalaufwand: a) Löhne und Gehälter b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für die Altersversorgung: 3.359.400,56 EUR (Vj.3.192 TEUR)	-12.218.724,57 -5.815.752,44	-18.034.477,01		-11.718 -5.590 -17.308
6.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-31.956.809,37		-32.739
7.	sonstige betriebliche Aufwendungen		-15.655.504,20		-16.487
	Summe Aufwendungen			-85.509.938,56	-85.501
8.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			254.378,68	68
9.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen			-19.008.541,18	-19.573
10.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			3.809.541,51	1.836
.11.	sonstige Steuern		I.	-8.111,30	9
12.				3.801.430,21	1.845

Jahresabschluss 2005

ANLAGENSPIEGEL

Stadtentwässerungsbetrieb Nürnberg

		Anschaffung	Anschaffungs- und Herstellungskosten	lungskosten				Abschreibungen					Kennz	Kennzahlen
Posten des Anlagevermögens	Anfangsstand	Zugang	Abgang	Umbuchungen	Endstand	Anfangsstand	Abschreibungen im J	Abschreibungen auf Abschreibungen die Spalte 4 - auf die Spalte 5 Abgänge Umbuchungen	Abschreibungen auf die Spalte 5 - Umbuchungen	Endstand	Resbuchwerte am Ende des Wirtschaftsjahres 1)	Restbuctwerte am Ende des vorangegang. Wirtschaftsjahres	Durch- schnittlicher Abschrei- bungssatz 2)	Durch- schnittlicher Restbuch- wert 3)
	01.01.2005	+	•	+1-	31.12,2005	01.01.2005	+	•	-;	31,12,2005	31.12.2005	01.01.2005		
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	%	%
-	2	3	4	5	9	7	8	æ	2	=	12	13	4	15
Immaterielle Vermögensgegenstände									_					
Konzassionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte, sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	4.687.371,61	98.772,34	00'0	+ 1.805,00	4.787.948,95	3.883.516,61	119.521,34	00'0	00'0 +	4.003.037,95	784.911,00	803.855,00	2,50	16,39
II. Sachantagen			-											
Grundstücke mit Geschäfls-, Betriebs- und anderen Baulen	108.953.640,28	48.029,14	128.651,10	+ 1.385.952,41	110.258.970,73	37.014.843,96	2,488.305,92	00.0	00'0 +	39.503.149,88	70.755.820,85	71.938.796,32	2,26	64,17
2. unbebaule Grundstücke	537.362,79	60.614,73	92,00	00'0	597.885,52	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	597.885,52	537,362,79	00'0	100,00
3. Abwasserreinigungsanlagen	337.933.697,60	3.080,61	10.951,57	+ 11.545.459,10	349.471.285,74	212.187.892,60	15.249.364,14	00'0	00'0	227.437.256,74	122.034.029,00	125.745.805,00	4,36	34,92
4. Abwassersammlungs- anlagen	611.027.910,27	117,112,89	17.405,66	+ 19.066.627,77	630.194.245,27	183,109,862,27	12.486.100,00	00'0	00'0	195,595,962,27	434.598.283,00	427.918.048,00	1,98	96'89
5. Maschinen und maschinelle Anlagen	9.464.090,00	122.831,80	36.918,46	+ 165.043,95	9.715.047,29	2.245,166,00	679.798,75	36.918,46	00'0	2.888.046,29	6.827,001,00	7.218.924,00	7,00	70,27
6. Fahrzeuge	3.701.082,01	648.352,55	231,443,55	00'0	4.117.991,01	2.830.032,01	184.652,55	231,443,55	00'0	2.783.241,01	1.334.750,00	871,050,00	4,48	32.41
7. Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	11.900.241,89	337.216,51	679.167,22	+ 61.205,16	11.619.496,34	9.308.667,89	749.066,67	679.167,22	00'0 +	9.378.567,34		2.591,574,00		19,29
8. Anlagen im Bau	25.276.912,85	17.681.369,09	200.208,88	-32.226.093,39	10.531.979,67	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	10.531.979,67	25.276.912,85	00'0	100,00
Summe Sachanlagen	1.108.794.937,69	19.018.607,32	1.304.838,44	-1.805.00	1.126.506.901,57	446.696.464,73	31.837.288,03	947.529,23	00'0	477.586.223,53	648.920.678,04	662.098.472,96	2,83	57,60
Gesamtsumme	1.113.482.309,30	19.117.379,66	1.304.838,44	00'0	1.131.284.850,52	450.579.981,34	31.956.809,37	947.529,23	00'0	481.589.261,48	649.705.589,04	662.902.327,96	2,82	57,43

<sup>1)</sup> Spalte 6./. Spalte 11

<sup>2) (</sup>Spalte 8 x 100) : Spa

<sup>3) (</sup>Spatte 12 x 100) : Sp

## 4.3 Jahresabschluss 2005 des Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetriebes Nürnberg

## 4.3.1 Allgemeines

### 4.3.1.1 Aufgaben und Organisation

Zu den Hauptaufgaben des Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetriebes (ASN) zählen insbesondere

- die Durchführung der Abfallwirtschaft (einschließlich Müllverbrennung und Deponie) nach der Abfallwirtschaftssatzung
- die Durchführung der Straßenreinigung nach der Straßenreinigungssatzung und des Winterdienstes
- der Betrieb des Fuhrparks einschließlich Beschaffung, Bewirtschaftung und Reparatur städtischer Kraftfahrzeuge, Durchführung und Vergabe von Fuhrleistungen und dem Betrieb der städtischen Tankstellen sowie
- die Bewirtschaftung der öffentlichen Bedürfnisanstalten.

Daneben sind auch hoheitliche Tätigkeiten im Vollzug der einschlägigen Satzungen zu erfüllen. Hierzu gehören insbesondere die Abfallwirtschaftssatzung (AbfS), die Abfallgebührensatzung (AbfGebS), die Straßenreinigungssatzung (StrRS) und die Gebührensatzung für die Straßenreinigung (StrRGebS).

Um die Betriebsführung möglichst flexibel und wirtschaftlich zu gestalten, wird ASN seit 01.01.1999 als ein Eigenbetrieb i.S. des Art. 88 GO geführt. Er unterliegt den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung (EBV).

#### 4.3.1.2 Abfallwirtschaftsbetriebssatzung

Die Abfallwirtschaftsbetriebssatzung (ASNS) vom 03.08.1998 i.d.F. vom 01.10.2003 enthält u.a. Bestimmungen über die Organe des ASN und Regelungen hinsichtlich der Aufgaben bzw. der Zuständigkeiten der Werkleitung, des Werkausschusses, des Stadtrats sowie des Oberbürgermeisters. Die ASNS wird ergänzt durch eine Geschäftsanweisung für die Werkleitung. Die Entscheidungs- und Zeichnungsbefugnisse innerhalb des Betriebs sind mit Werkleiter-Verfügungen vom 21.09.1999 und 04.07.2000 detailliert festgelegt.

## 4.3.1.3 Stammkapital – Trägerdarlehen – Finanzierung

Nach § 1 Abs.3 ASNS wurde dem Betrieb kein Stammkapital zugeordnet.

Der nicht durch die allgemeine Rücklage, Zuschüsse und Verbindlichkeiten gedeckte Betrag der von der Stadt auf ASN übertragenen Vermögensgegenstände wurde dem Betrieb in Form eines Trägerdarlehens zur Verfügung gestellt. Das Trägerdarlehen wurde vorzeitig im Jahr 2003 vollständig getilgt.

Das Unternehmen ASN finanziert sich durch kostendeckende Gebühren, privatrechtliche Entgelte und sonstige Einnahmen.

## 4.3.2 Haushaltssatzung, Wirtschaftsplan, Finanzplanung

#### 4.3.2.1 Haushaltssatzung

Mit der Haushaltssatzung der Stadt für das Haushaltsjahr 2005 vom 13.04.2005 war für ASN keine Kreditermächtigung für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen vorgesehen. Die Verpflichtungsermächtigungen im Vermögensplan waren mit 4,930 Mio. EUR festgesetzt. Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan war auf 15,972 Mio. EUR festgesetzt.

Die Haushaltssatzung trat zum 01.01.2005 in Kraft.

#### 4.3.2.2 Wirtschafts- und Finanzplan

Der Wirtschaftsplan 2005 besteht aus Erfolgs-, Vermögens- und Finanzplan sowie dem Investitionsprogramm und einer Stellenübersicht. Er wurde am 24.11.2004 vom Stadtrat beschlossen.

Die Planansätze des <u>Erfolgsplanes 2005</u> wurden unter Berücksichtigung des Rechnungsergebnisses 2003 und der Ausgabenentwicklung 2004 ermittelt. Er sah Erträge von 95,825 Mio. EUR und Aufwendungen von 93.568 Mio. EUR vor, so dass sich ein Jahresgewinn in Höhe von 2,257 Mio. EUR errechnete.

Tatsächlich ergab sich 2005 ein Jahresgewinn von 3,803 Mio. EUR. Gegenüber den Planansätzen sind Mehrerträge in Höhe von 5,296 Mio. EUR als auch Mehraufwendungen von 3,750 Mio. EUR zu verzeichnen.

Im <u>Vermögensplan 2005</u> waren 4,464 Mio. EUR. für Investitionen eingeplant. Die tatsächlich durchgeführten Investitionen beliefen sich im Jahr 2004 auf 4,839 Mio. EUR.

Die *Finanzplanung* der Jahre 2004 bis 2008 umfasste ein Volumen von 37,574 Mio. EUR, davon 19,316 Mio. EUR für Investitionen.

## 4.3.3 Feststellung des Jahresabschlusses 2004 und Entlastung

Der Vorjahresabschluss wurde von der WIBERA Wirtschaftsberatung Aktiengesellschaft geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Mit Beschluss vom 25.01.2006 hat der Stadtrat den Jahresabschluss 2004 festgestellt, uneingeschränkte Entlastung erteilt und entschieden, den Jahresverlust 2004 von 1,691 Mio. EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

#### 4.3.4 Jahresabschluss 2005

#### 4.3.4.1 Erstellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2005, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang wurde zusammen mit dem Lagebericht am 28.06.2006 erstellt.

Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anlagennachweis sind unter **Nr. 4.3.7** im Anhang beigefügt.

#### 4.3.4.2 Bilanzentwicklung 2005

Die Entwicklung der Bilanz 2005 wird nachfolgend in komprimierter Form wiedergegeben.

Abschnitt 4: Jahresabschlüsse 2005 der Eigenbetriebe

	31.12.2005	31.12.2004	Veränder	ıng
Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetrieb	EUR	EUR	absolut	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen (gesamt)	24.309.794,84	21.964.403,84	2.345.391,00	10,7
Immaterielle Vermögensgegenstände	133.224,00	204.593,00	-71.369,00	-34,9
Sachanlagen	24.176.570,84	21.759.810,84	2.416.760,00	11,1
Umlaufvermögen (gesamt)	7.541.548,00	5.033.411,13	2.508.136,87	49,8
Vorräte	574.152,48	538.758,32	35.394,16	6,6
Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	6.824.564,23	3.346.743,17	3.477.821,06	>100,0
Schecks, Kassenbestand, Bankguthaben	142.831,29	1.147.909,64	-1.005.078,35	>100,0
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	10.945.394,51	14.748.124,79	-3.802.730,28	-25,8
Bilanzsumme - Aktiva -	42.796.737,35	41.745.939,76	1.050.797,59	2,5
PASSIVA				
Eigenkapital (gesamt)	0,00	0,00	0,00	0,0
Stammkapital	0,00	0,00	0,00	0,0
Allgemeine Rücklage	0,00	0,00	0,00	0,0
Gewinn-/Verlustvortrag (-)	-10.945.394,51	-14.748.124,79	3.802.730,28	-25,8
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	10.945.394,51	14.748.124,79	-3.802.730,28	-25,8
Sonderposten für Investitionszuschüsse	0,00	0,00	0,00	0,0
Rückstellungen	35.284.288,30	32.047.405,00	3.236.883,30	10,1
Verbindlichkeiten	7.512.449,05	9.698.534,76	-2.186.085,71	-22,5
Bilanzsumme - Passiva -	42.796.737,35	41.745.939,76	1.050.797,59	2,5

Die Zunahme des Anlagevermögens ist im Wesentlichen durch den Bau des neuen Verwaltungsgebäudes und die Ersatzbeschaffung von mehreren Nutzfahrzeugen des Fuhrparks bedingt. Die Forderungen beinhalten u. a. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen an Dritte in Höhe von 3,743 Mio. EUR, die überwiegend die Bereiche Müllverbrennung und Deponie betreffen. Bei den sonstigen Vermögensgegenständen (858 TEUR) sind neben Forderungen an debitorische Kreditoren (324 TEUR) auch Umsatzsteuererstattungsansprüche aus dem Müllverbrennungspachtvertrag ausgewiesen (458 TEUR). Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag setzt sich zusammen aus dem im Bereich der Deponie entstandenen und noch nicht abgedeckten Restfehlbetrag aus dem kameralen Haushalt bis 31.12.1998 in Höhe von 7,157 Mio. EUR und den Verlusten der Vorjahre von 2002 bis 2004 in Höhe von 7.591 Mio. EUR. Durch den Gewinn des Wirtschaftsjahres 2005 verminderte sich der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag um 3,803 Mio. EUR auf 10,945 Mio. EUR.

## Abschnitt 4: Jahresabschlüsse 2005 der Eigenbetriebe

Die Zuführungen zu den Rückstellungen betrafen im Wesentlichen die Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Süd (+ 981 TEUR), die Pensionsrückstellungen (+ 104 TEUR), die Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen (+ 889 TEUR), die Rückstellung für Beihilfen (+ 373 TEUR) sowie die Rückstellung für ausstehende Rechnungen (+ 1.125 TEUR). Die Abnahme der Verbindlichkeiten (- 2.187 TEUR) steht u. a. im Zusammenhang mit dem rückläufigen Stichtagssaldo des Betriebsmittelkontos bei der Stadtkasse.

#### 4.3.4.3 Erfolgsrechnung 2005

In der nachstehenden Tabelle werden die Erträge und Aufwendungen 2005 aus der Gewinnund Verlustrechnung und ihre Veränderung zum Vorjahr wiedergegeben.

Al-Callestra al-afa and Oradica trianscende data	2005	2004	Veränderu	ıng
Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetrieb	EUR	EUR	absolut	in %
ERTRÄGE	101.147.744,15	91.945.769,72	9.201.974,43	10,0
Umsatzerlöse	98.582.241,82	89.427.438,38	9.154.803,44	10,2
Bestandsveränderungen fertiger oder unfertiger Leistungen	13.709,93	-23.880,43	37.590,36	>100,0
Andere aktivierte Eigenleistungen	205.991,61	0,00	205.991,61	>100,0
Sonstige betriebliche Erträge	2.319.424,76	2.509.170,75	-189.745,99	-7,6
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	26.376,03	33.041,02	-6.664,99	-20,2
AUFWENDUNGEN	97.345.013,87	93.636.462,76	3.708.551,11	4,0
Materialaufwand	57.143.754,31	54.346.790,88	2.796.963,43	5,1
Personalaufwand	31.898.416,63	30.596.377,75	1.302.038,88	4,3
Abschreibungen	2.565.627,33	2.725.601,65	-159.974,32	-5,9
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.412.713,17	5.539.865,06	-127.151,89	-2,3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	185.871,53	303.882,76	-118.011,23	-38,8
Sonstige Steuern	138.630,90	123.944,66	14.686,24	11,8
ERGEBNIS	3.802.730,28	-1.690.693,04	5.493.423,32	>100,0

Infolge der Erhöhung der Müllgebühren zum 01.01.2005 konnten im Bereich der Abfallwirtschaft deutlich höhere Erlöse erzielt werden. Hierzu ebenfalls beigetragen hat auch die Änderung der Ablagerungsverordnung, die zu höheren Einnahmen bei der energetischen Verwertung in der MVA führte. In den sonstigen betrieblichen Erträgen ist u.a. auch eine Pachtrückerstattung von der TAN GmbH für die Müllverbrennungsanlage (MVA) aus der Abrechnung des Vorjahres in Höhe von 1,3 Mio. EUR (Vorjahr 1,8 Mio. EUR) enthalten. Die sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge betrafen insbesondere Zinserträge aus dem Betriebsmittelkonto bei der Stadtkasse (21 TEUR) sowie Erträge aus Stundungszinsen und Zinsen aus dem Girokonto bei der Sparkasse.

Abschnitt 4: Jahresabschlüsse 2005 der Eigenbetriebe

Insgesamt nahmen die Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr um 3,709 Mio. EUR auf 97,345 Mio. EUR zu. Der Materialaufwand hat sich um insgesamt 2,797 Mio. EUR erhöht. Ursächlich hierfür waren die gestiegenen Entsorgungs- und Instandhaltungskosten für die MVA sowie höhere Nutzungskosten für die Turbine des Heizkraftwerkes Sandreuth. Die Steigerung des Personalaufwandes um 1,302 Mio. EUR resultiert aus den tariflichen Erhöhungen sowie den Zuführungen zu den Rückstellungen für Altersteilzeit (889 TEUR) und für Beihilfen (373 TEUR). Die Abschreibungen sind investitionsbedingt um 160 TEUR niedriger als im Vorjahr. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um 127 TEUR zurückgegangen. Der Zinsaufwand (Darlehenszinsen und Zinsen für das Betriebsmittelkonto) hat sich durch die zwischenzeitliche Tilgung des Bankdarlehens gegenüber dem Vorjahr weiter verringert.

Gegenüber dem Vorjahresverlust von 1,691 Mio. EUR hat sich das Ergebnis um 5,494 Mio. EUR auf einen Jahresgewinn von 3,803 Mio. EUR gesteigert.

#### 4.3.4.4 Prüfung des Jahresabschlusses 2005

#### 4.3.4.4.1 Bestätigungsvermerk

Entsprechend dem Stadtratsbeschluss vom 20.07.2005 wurde wieder die WIBERA Wirtschaftsberatung Aktiengesellschaft mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragt.

Der Wirtschaftsprüfer hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk für den Jahresabschluss 2005 sowie für den Lagebericht 2005 erteilt.

#### 4.3.4.4.2 Prüfungsergebnis

Als zusammenfassendes Ergebnis der Prüfung stellt die WIBERA u.a. fest:

- Die Buchführung entspricht den Grundsätzen der Ordnungsmäßigkeit; sie ist beweiskräftig.
- Der Jahresabschluss 2005 ist richtig aus den Büchern entwickelt und entspricht den gesetzlichen Vorschriften; er vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.
- Der Lagebericht gibt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Eigenbetriebes und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.
- Die Vermögens- und Finanzlage ist durch eine Verbesserung der langfristigen Finanzierungsverhältnisse gekennzeichnet. Der Eigenbetrieb, der gemäß der Betriebssatzung über kein Stammkapital verfügt, weist einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag in Höhe von 10.945 TEUR aus.
- Die Ertragslage konnte zum Abbau des Fehlbetrages beitragen. Im Berichtsjahr wurde ein Jahresgewinn von 3.803 TEUR erzielt.
- Die Geschäftsführung ist ordnungsgemäß.

Abschnitt 4: Jahresabschlüsse 2005 der Eigenbetriebe

#### 4.3.4.4.3 Begutachtung durch den Werkausschuss

Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2005, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang, wurde zusammen mit dem Lagebericht und dem Bericht der WIBERA vom 14.07.2006 dem Werkausschuss am 11.10.2006 vorgelegt.

Der Werkausschuss hat die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2005 und des Lageberichtes 2005 einstimmig begutachtet und dem Stadtrat empfohlen zu beschließen:

- der Jahresabschluss 2005 des Abfallwirtschafts- und Stadtreinigungsbetriebes mit einem Jahresgewinn von 3.802.730,28 EUR wird festgestellt.
- der Jahresgewinn in Höhe von 3.802.730,28 EUR wird zur Tilgung des Verlustvortrages herangezogen.

## 4.3.5 Beschaffungen

Im Rahmen der begleitenden Verwaltungsprüfung sind 2005 insgesamt 12 Beschaffungsvorgänge von ASN zur Prüfung nach den Vergaberichtlinien der Stadt Nürnberg (VRL) mit einem Gesamtvolumen von rd. 19,7 Mio. EUR vorgelegt und durch Rpr begutachtet worden.

## 4.3.6 Technische Prüfung

Bei der technische Prüfung fielen 2005 im Bereich der Vergaben VOB/VOL 3 Vergaben in Höhe von insgesamt 447.829 EUR an, daneben wurde eine Besondere Leistung in Höhe von 158.094 EUR geprüft. Feststellungen waren nicht zu treffen.

## 4.3.7 Anhang: Bilanz, GuV-Rechnung und Anlagennachweis zum 31.12.2005

Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetrieb Nürnberg - As

Bilanz per 31. Dezember 2005	
ilanz per 31. Dezember	2005
ilanz per 3'	ember
ilanz pe	뚮
=	2 De

AKTIVA	EURO	31.12.2005 EURO	31.12.2004 TEURO	PASSIVA	EURO	31.12.2005 EURO	31.12.2004 TEURO
Anlagevermögen I. Immaterielle Vermögensgegenstände		133,224,00	204	A. Eigenkapital		00'0	
Sachanlagen     Grundstücke und grundstücksgleiche     Rechte mit Gaschäffe. Rerichs.				B. Rückstellungen			
nedne mit Gestratist, betriebs- und anderen Bauten 2. Betriebsanlanen	14.735.495,36		9.046	1. Rückstellungen für Pensionen	291.768,00		188
3. Hefbauten	1.531.247,00		1.014	2. Sonstige Rückstellungen	34.992.520,30		31,859
4. Maschinen 5. Fahrzeuge	39.576,00		32			35.284.288,30	32.04
<ol> <li>Betrieb- und Geschäffsausstattung</li> <li>Geielstete Anzahlung u. Anlagen im Bau</li> </ol>	756.152,00		682				
		24.176.570,84	21.760	C. Verbindlichkeiten			
Umlaufvermögen I. Vorräte				1 Varbindishkakan nananijhar Kraditinattutan	9		;
1. Roh., Hilfs- und Betriebstoffe 2. Unfertige Leistungen	339.903,62	-	351	er brindingeren 1995en ban vertainstituten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 0.00 EURO (Vorjahr 1.841 TEURO)	0,0		1.841
3. Waren	204.803,82	87.4 452 48	172	Nothing the best of the same and the same an	1		
<ol> <li>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</li> <li>Forderungen aus Lieferungen und Leistungen</li> </ol>	3 749 997 73	21/30	2.472	4. Verunium cinementaus Lieterunigen und Leistungen davon mit einen Kestaufzeit bis zu einem Jahr 3 417 400 00 EIDO Alzieber 2 046 TEI IDO Alzieber 2 047 047 047 047 047 047 047 047 047 047	3.617.122,30		2.846
Forderingen andie Stadt Milmhorn	1000						
Risquista and the clean to the control of the contr	7.224.030,33		85	Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Nürnberg davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	3.122.179,80		4.944
3. Sonstige Vermögensgegenstände	857.538,45	00 100 100 0	506	3.122.179,80 EURO (Vorjahr 4.944 TEURO)			
III. Kassenbestand,		0.624.304,23	3.34/	4. Sonstige Verbindlichkeiten	773.146,95		89
Gundben bei Meditinstillien		142.831,29	1,148	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 773.146,95 EURO (Voriahr 68 TEURO)			
C. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	-			davon aus Sieuem 96.823,54 EURO (Vorjahr 0 TEURO)			
restilcher Fehlbetrag aus dem kameralen Haushalt bis 31.12.1998	7.156.724,61	*	7.157	davon im Rahmen der sozialen Sicherheit 662.000,50 EURO (Vorjahr 0 TEURO)	2	•	
Verlust 2002 Verlust 2003	3.354.560,43		3.354			7.512.449,05	9.69
Verlust 2004 Jahresgewinn 2005	1.690.693,04		1.691				
		10.945.394,51	14.748				
CHARLE ALCENIA							
SUMME AKTIVA		42.796.737,35	41.746	SUMME PASSIVA		42 796 737 35	41 74

## Abschnitt 4: Jahresabschlüsse 2005 der Eigenbetriebe

#### Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetrieb Nürnberg - ASN -

#### Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 2005

		EUR	31.12.2005 EURO	31.12.2004 TEURO
1.	Umsatzerlöse		98.582.241,82	89.427
2.	Verminderung bzw. Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Leistungen		13.709,93	-24
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen		205.991,61	0
4.	Sonstige betriebliche Erträge		2.319.424,76	2.509
5.	Materialaufwand a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	9.955.705,04		
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	20.460.158,38		
	c) Pacht Müllverbrennungsanlage	26.727.890,89	57.143.754,31	54.347
6.	Personalaufwand a) Löhne und Gehälter	21.776.231,12		
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung - davon für Altersversorgung 5.102.168,53 EURO (VJ. 4.673.000,72 EURO)	10.122.185,51	31.898.416,63	30.596
7.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegen des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	stände	2.565.627,33	2.725
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen		5.412.713,17	5.540
9.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		26.376,03	33
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		185.871,53	304
11.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		3.941.361,18	-1.567
12.	Sonstige Steuern		138.630,90	124
13.	Jahresgewinn(+) / -verlust (-)		3.802.730,28	-1.691

#### Nachrichtlich:

Der Jahresgewinn i.H.v. EURO 3.802.730,28 wird zur Tilgung des Verlustvortrages 2002 in Höhe von 3.354.560,43 EURO verwendet.

Der restliche Jahresgewinn in Höhe von 448.169,85 EURO wird zur teilweisen

Tilgung des Verlustvortrages 2003 in Höhe von 2.546.146,71 EURO verwendet.

ANLAGENNACHWEIS per 31.12.2005

Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetrieb Nürnberg - ASN -

		Anschaffungs-	und Herstellungskosten	ungskosten				Abschreibungen			Roch	Recthirchwort	1	Connachion
	Anfanosstand	Zudand		Umbuchung	Findstand	Anfannectand	E	g Jine	,,,,	Endetand	200	Ends Verlahm		The state of the s
-		•		B		R	Geschäftsjahr	Abgang	Umbuchungen	nie in a la l	Geschäftslahr	chide Vorjani	Durchschritt- licher Afa-Satz	Durchschnitt-
Posten des Anlagevermögens	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	J. EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	H.	Y,
	2	9	4	2	9	7	8	6	10	Ŧ	12	13	14	5
l. Immaterielle Gegenstände														
1. Konzessionen und ähnliche Rechte	354.703,88	49.977,36			404.681,24	150.110,88	121.346,36	-		271.457,24	133.224,00	204.593,00	26,7	57,75
SUMME I. Immaterielle Gegenstände	354.703,88	49.977,36	00'0	00'0	404.681,24	150.110,88	121.346,36	00'0	00'0	271.457,24	133.224,00	204.593,00	26,7	57.7
II. Sachanlagen			-											
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte m. Geschäfts., Betriebs- und anderen Bauten	19,496.434,09	10.789,16		5.959.240,42	25.466.463,67	10.450.712,73	280.255,58			10.730.968,31	14.735.495,36	9.045.721,36	1,2	46,4
2. Betrlebsanlagen	159.789.703,37			304.140,99	160.093.844,36	157.030.236,37	503.853,99			157.534.090,36	2.559.754,00	2.759.467,00	0,4	1,7
3. Tiefbauten	2.138.945,59			573.760,96	2.712.706,55	1.125.112,59	56.346,96	,		1.181.459,55	1.531.247,00	1.013.833.00	2.4	4
4. Maschinen	109.371,80	13.800,81			123.172,61	77.187,80	6.408,81			83.596,61		32.184.00	09	
5. Fahrzeuge	20.624.831,46	749.261,84	1.933.732,96		19.440.360,34	15.704.398,46	1.349.449,84	1.932.373,96		15.121.474,34	4.	4.920.433,00	7.2	
6. Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.293.096,00	296.043,10	123.379,57	26.978,69	5.492.738,22	4.611.446,00	247.965,79	122.825,57		4.736.586,22	756.152,00	681.650,00	3.2	
7. Anlagen im Bau	3.306.522,48	3.793.059,06		-6.864.121,06	235.460,48	00'0				00'0	235.460,48	3.306.522,48	00	
SUMME 11. SACHANLAGEN	210.758.904,79	4.862.953,97	2.057.112,53	00'0	213.564.746,23	188.999.093,95	2.444.280,97	2.055.199,53	00'0	189.388.175,39	24.176.570,84	21.759.810,84	1,2	10.3
SUMME ANLAGEVERMÖGEN	211.113.608,67	4.912.931,33	2.057.112,53	00'0	213.969.427,47	189.149.204,83	2.565.627,33	2.055.199,53	00'0	189.659.632,63	24.309.794,84	21.964.403,84	1,3	10,4

## 4.4 Jahresabschluss 2005 des NürnbergStifts

## 4.4.1 Allgemeines

Der Regiebetrieb "Seniorenamt der Stadt Nürnberg" (Seniorenamt alt) wurde zum 01.01.1999 in den Eigenbetrieb NürnbergStift (NüSt) und das Seniorenamt (Seniorenamt "neu") aufgespalten. Dem Eigenbetrieb NürnbergStift wurden die ambulanten, teil- und vollstationären Einrichtungen einschließlich der Versorgungsbereiche (Küche, Wäscherei und Werkstätten) sowie der Hilfsmittelservice und die Praxis Ergotherapie zugeordnet. Beim Seniorenamt "neu" sind im wesentlichen die hoheitlichen Aufgaben verblieben.

Die Betriebssatzung für das NürnbergStift (NürnbergStiftS – NüStS) vom 7. Oktober 1998 i.d.F. vom 17. Dezember 1998 enthält u.a. Bestimmungen über die Organe des NüSt und Regelungen hinsichtlich der Aufgaben bzw. Zuständigkeiten der Werkleitung, des Werkausschusses, des Stadtrates sowie des Oberbürgermeisters. Die NüStS wird durch eine Geschäftsanweisung für die Werkleitung des NüSt ergänzt.

Um den stetig steigenden Anforderungen vor allem in finanzieller Hinsicht gerecht zu werden, wird das NüSt als ein Eigenbetrieb i.S. des Art. 88 GO geführt. Er unterliegt den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung (EBV). Darüber hinaus sind die Pflege-Buchführungsverordnung (PBV) und die Verordnung über die Wirtschaftsführung der kommunalen Pflegeeinrichtungen (WkPV) einschlägig.

Hauptaufgabe des NüSt ist es, zur Gewährleistung einer bedarfsgerechten Versorgung der älteren Bevölkerung und zur Aufrechterhaltung der Trägervielfalt ambulante, teilstationäre und vollstationäre Angebote und Einrichtungen nach dem Heimgesetz, Sozialgesetzbuch V und XI zu betreiben.

Zum 01.10.2003 nahm die NürnbergStift Service GmbH (NüStSG) ihren Betrieb aktiv auf. Die NüStSG ist eine 100%ige Tochter der Stadt Nürnberg. Sie erbringt Dienst- und Werkleistungen gegenüber dem NüSt. Die Leistungen umfassen die Durchführung und Erledigung von Aufgaben im Facility-Bereich und Unterstützungsleistungen für die Pflege. Hierzu zählen insbesondere: Reinigungsdienste, hauswirtschaftliche Leistungen, Aufgaben des allgemeinen Betriebsdienstes, Hauswirtschafts-/Serviceleistungen zur Unterstützung der Pflege sowie der für die Service-GmbH notwendige Verwaltungsbedarf. Die NüStSG unterstützt das NüSt bei seinen Konsolidierungen.

Der Jahresabschluss der NüStSG über das Geschäftsjahr 2005 schloss mit einem Überschuss von 5 TEUR ab, nach einem Jahresüberschuss von 25 TEUR im Geschäftsjahr 2004. Der Jahresabschluss 2005 wurde von Wirtschaftsprüfer Frau Renate Haertle, München, am 10. April 2006 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Jahresabschluss 2005 des NüSt wurde, wie in den Vorjahren, durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Nürnberg geprüft.

## 4.4.2 Haushaltssatzung, Wirtschaftsplan, Finanzplanung

#### 4.4.2.1 Haushaltssatzung

Mit der Haushaltssatzung der Stadt für das Haushaltsjahr 2005 vom 13.04.2005 wurden für NüSt keine Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen vorgesehen. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen im Vermögensplan wurde auf 16,2 Mio. EUR festgesetzt. Der Höchstbetrag der Kassenkredite für die rechtzeitige Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan wurde auf 4,0 Mio. EUR festgelegt.

Die Haushaltssatzung trat zum 01.01.2005 in Kraft.

## 4.4.2.2 Wirtschafts- und Finanzplan

Nach § 11 Abs. 1 der Betriebssatzung i.V. mit § 2 Abs. 1 WkPV ist für den Eigenbetrieb NürnbergStift jährlich ein Wirtschafts- und Finanzplan aufzustellen, der gemäß § 7 Abs. 1 Nr. 5 der Betriebssatzung vom Stadtrat festzustellen ist. Der Wirtschaftsplan 2005 und der Finanzplan 2005/2008 wurden entsprechend den §§ 2, 3, 4 und 6 WkPV erstellt. Der Wirtschaftsplan (Erfolgs- und Vermögensplan) 2005 sowie der Finanzplan 2005/2008 für den Eigenbetrieb "NürnbergStift" wurden am 24.11.2004 vom Stadtrat beschlossen.

Der Erfolgsplan schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 0,097 Mio. EUR ab. Das tatsächliche Jahresergebnis ist mit einem Jahresüberschuss von 0,272 Mio. EUR um 0,369 Mio. EUR günstiger ausgefallen als geplant. Den gegenüber den Planwerten um 1,277 Mio. EUR höheren Erträgen stehen um 0,908 Mio. EUR höhere Aufwendungen gegenüber.

Der Vermögensplan schließt in den Einnahmen und den Ausgaben mit 4,129 Mio. EUR ab. Aufgrund der bereits geplanten (Ergebnis der Prognos-Studie), aber noch nicht begonnenen Baumaßnahmen lagen die Investitionsausgaben mit 654 TEUR um etwa 2,7 Mio. EUR unter den geplanten Ansätzen.

Im Finanzplan 2005/2008 mit einem Gesamtvolumen von 29,410 Mio. EUR wurden Investitionen in Höhe von 26,152 Mio. EUR berücksichtigt.

## 4.4.3 Feststellung des Jahresabschlusses 2004 und Entlastung

Der Jahresabschluss 2004 wurde gemäß Art. 103 Abs. 3 GO und Art. 106 GO von Rpr geprüft. In die Prüfung wurden auch die wirtschaftlichen Verhältnisse einbezogen, im Ergebnis mit der Feststellung, dass die Ertragslage in dem städtischen Unternehmen nochmals signifikant verbessert werden konnte. Mit Beschluss vom 25.01.2006 hat der Stadtrat den Jahresabschluss 2004 festgestellt, uneingeschränkte Entlastung erteilt und entschieden, den Jahresüberschuss von 20 TEUR auf neue Rechnung vorzutragen.

## Abschnitt 4: Jahresabschlüsse 2005 der Eigenbetriebe

#### 4.4.4 Jahresabschluss 2005

#### 4.4.4.1 Erstellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss für 2005, der gemäß § 4 Abs. 1 PBV aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang einschließlich Anlagen- und Fördernachweis besteht, wurde zusammen mit dem Geschäftsbericht am 28.06.2006 erstellt.

Die Daten der Haupt- und Nebenbuchhaltungen (mit Ausnahme der Lohn- und Gehaltsabrechnung) werden seit 1.01.2003 durch das Softwareprodukt SAP R/3 verarbeitet. Die Daten der Lohn- und Gehaltsabrechnung wurden bis Ende 2004 von der Trägerverwaltung im zentralen Verfahren durch das Anwenderprogramm "PAISY" verarbeitet und maschinell in die Hauptbuchhaltung übernommen. Zum 01.01.2005 wurde "PAISY" durch das Personalmodul HR der Firma SAP abgelöst.

Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anlagennachweis und Fördernachweise sind im Anhang (**Nr. 4.4.6**) beigefügt.

## 4.4.4.2 Bilanzentwicklung 2005

Die Entwicklung der Bilanz 2005 wird nachfolgend in komprimierter Form wiedergegeben.

Niimah ang Caifé	31.12.2005	31.12.2004	Veränderu	ıng
NürnbergStift	EUR	EUR	absolut	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen (gesamt)	24.227.244,27	24.794.729,60	-567.485,33	-2,3
Immaterielle Vermögensgegenstände	125.576,00	184.279,00	-58.703,00	-31,9
Sachanlagen	24.101.668,27	24.610.450,60	-508.782,33	-2,1
Umlaufvermögen (gesamt)	12.698.603,58	8.429.864,93	4.268.738,65	50,6
Vorräte	139.576,26	154.148,87	-14.572,61	-9,5
Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	3.340.596,86	8.188.278,97	-4.847.682,11	-59,2
Schecks, Kassenbestand, Bankguthaben	9.218.430,46	87.437,09	9.130.993,37	>100,0
Rechnungsabgrenzungsposten	43.951,69	33.383,29	10.568,40	31,7
Bilanzsumme - Aktiva -	36.969.799,54	33.257.977,82	3.711.821,72	11,2
PASSIVA				
Eigenkapital (gesamt)	18.132.367,85	17.260.648,36	871.719,49	5,1
Stammkapital	620.000,00	620.000,00	0,00	0,0
Kapitalrücklagen	18.862.823,27	18.862.823,27	0,00	0,0
Gewinn-/Verlustvortrag (-)	-1.622.174,91	-2.242.298,21	620.123,30	27,7
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	271.719,49	20.123,30	251.596,19	>100,0
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	4.379.321,08	4.567.830,08	-188.509,00	-4,1
Rückstellungen	7.450.291,90	5.091.210,50	2.359.081,40	46,3
Verbindlichkeiten	7.004.853,12	6.333.245,22	671.607,90	10,6
Rechnungsabgrenzungsposten	2.965,59	5.043,66	-2.078,07	-41,2
Bilanzsumme - Passiva -	36.969.799,54	33.257.977,82	3.711.821,72	11,2

Die Bilanzsumme des Eigenbetriebes NürnbergStift ist im Jahr 2005 im Vergleich zum Vorjahr um 3,712 Mio. EUR bzw. 11,2 % gestiegen. Wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hatten gegenüber dem Vorjahr um 3,609 Mio. EUR gestiegene liquide Mittel und um 0,685 Mio. EUR gestiegene Forderungen bei einem gegenüber dem Vorjahr um 0,568 Mio. EUR gesunkenen Anlagevermögen auf der Aktivseite. Auf der Passivseite stiegen die Rückstellungen um 2,359 Mio. EUR, das Eigenkapital um 0,871 Mio. EUR sowie die Verbindlichkeiten um 0,672 Mio. EUR, während die sonstigen Posten auf der Passivseite per Saldo um knapp 0,2 Mio. EUR abnahmen.

Abschnitt 4: Jahresabschlüsse 2005 der Eigenbetriebe

Das Anlagevermögen verringerte sich um 0,568 Mio. EUR auf 24,227 Mio. EUR. Zugängen in Höhe von 0,653 Mio. EUR standen Abschreibungen von 1,220 Mio. EUR sowie Abgänge mit einem Restbuchwert von 1 TEUR entgegen.

Der Vorratsbestand sank gegenüber dem Vorjahr um 14 TEUR auf 0,140 Mio. EUR. Für Patienten, die sich am Abschlussstichtag noch in der REHA befunden haben, wurden die bis zum 31.12.2005 erbrachten Leistungen als unfertige Leistungen unter dem Posten "Vorräte" ausgewiesen (18 TEUR).

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind im Vergleich zum Vorjahr um 4,848 Mio. EUR auf 3,341 Mio. EUR gesunken. Zurückzuführen ist diese Entwicklung u.a. auf eine teilweise Umschichtung der liquiden Mittel. Nach 6,823 Mio. EUR im Vorjahr, legte NüSt zum Bilanzstichtag nur noch 1,300 Mio. EUR auf dem Tagesgeldkonto bei der Stadtkasse an.

Die flüssigen Mittel (inklusive der Forderungen an den Träger aus der Anlage liquider Mittel auf dem Tagesgeldkonto bei der Stadtkasse) nahmen im Geschäftsjahr um ca. 3,609 Mio. EUR bzw. 52,1 % auf 10,531 Mio. EUR zu. Die Liquiditätslage des NüSt hat sich im Jahr 2005 im Vergleich zum Vorjahr nochmals deutlich verbessert und ist wie bereits in den Vorjahren als überdurchschnittlich gut zu bezeichnen. Die gute Liquiditätssituation kann somit zur finanziellen Unterstützung der anstehenden Neuinvestitionen (Neubau eines Pflege- und Therapiezentrums am Wöhrder See, Modernisierungs- und Sanierungsabsichten im Sparkassenhaus (AHS)) mit herangezogen werden.

Das Eigenkapital nahm in Höhe des Jahresüberschusses von 0,272 Mio. und der vom Träger geleisteten Ausgleichszahlung für Vorjahresverluste in Höhe von 0,6 Mio. EUR auf 18,132 Mio. EUR zu. Der Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme beträgt damit 49,0 %.

Der Sonderposten entspricht den Restbuchwerten der mit diesen Mitteln finanzierten Vermögensgegenstände des Anlagevermögens.

Die Rückstellungen (Rückstellungen insbesondere für noch nicht genommenen Urlaub, Gleitzeitüberhänge und Überstunden, Altersteilzeit, Beihilfeverpflichtungen, ausstehende Rechnungen, Instandhaltung und Pensionen) sind um 2,359 Mio. EUR auf 7,450 Mio. EUR gestiegen. Die Erhöhung liegt insbesondere an der verstärkten Inanspruchnahme der Altersteilzeitregelung (+ 514 TEUR) sowie an der Zunahme der Instandhaltungsrückstellungen (+ 1,727 Mio. EUR).

Die Verbindlichkeiten stiegen gegenüber dem Vorjahr um 0,672 Mio. EUR auf 7,005 Mio. EUR. Der größte Teil der Verbindlichkeiten besteht aus langfristigen Wohnungsbaudarlehen in Höhe von 5,337 Mio. EUR.

## 4.4.4.3 Erfolgsrechnung 2005

In der nachstehenden Tabelle werden die Erträge und Aufwendungen entsprechend der Gewinn- und Verlustrechnung 2005 und ihre Veränderung zum Vorjahr wiedergegeben.

Niimb and Office			Veränder	ung
NürnbergStift	EUR	EUR	absolut	in %
ERTRÄGE	30.195.539,89	29.494.799,14	700.740,75	2,4
Erträge aus allg. Pflegeleistungen gemäß PflegeVG und sonstigen Leistungen außerhalb des PflegeVG	17.478.698,01	17.267.238,22	211.459,79	1,2
Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	4.629.260,63	4.452.717,67	176.542,96	4,0
Erträge aus Zusatzleistungen nach PflegeVG	139.430,98	118.915,50	20.515,48	17,3
Erträge aus der gesonderten Berechnung von Investitionskosten	2.475.419,79	2.341.860,48	133.559,31	5,7
Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	414.827,16	429.165,93	-14.338,77	-3,3
Erhöhung/Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen	-8.763,81	26.766,02	-35.529,83	-132,7
Sonstige betriebliche Erträge	4.100.681,59	3.941.292,41	159.389,18	4,0
Erträge aus öffentlicher und nicht öffentlicher Förderung von Investitionen	107.686,40	6.359,04	101.327,36	>100
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten	213.797,75	330.974,97	-117.177,22	-35,4
Zinsen und ähnliche Erträge	212.785,65	140.094,41	72.691,24	51,9
Außerordentliche Erträge	391.702,82	126.592,39	265.110,43	>100
Weitere Erträge	40.012,92	312.822,10	-272.809,18	-87,2
AUFWENDUNGEN	29.923.820,40	29.474.675,84	449.144,56	1,5
Personalaufwand	17.884.767,03	17.809.229,74	75.537,29	0,4
Materialaufwand	6.554.007,91	6.426.093,08	127.914,83	2,0
Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	846.675,10	1.101.550,61	-254.875,51	-23,1
Steuern, Abgaben, Versicherung	242.599,41	270.034,31	-27.434,90	-10,2
Mieten, Pacht, Leasing	229.379,87	227.620,39	1.759,48	0,8
Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verbindlichkeiten	123.611,32	15.199,46	108.411,86	>100
Abschreibungen	1.240.702,02	1.324.435,45	-83.733,43	-6,3
Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung	2.453.224,86	1.737.361,12	715.863,74	41,2
Sonstige ordentliche Aufwendungen	44.937,72	35.233,28	9.704,44	27,5
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	43.025,92	41.946,19	1.079,73	2,6
Außerordentliche Aufwendungen	260.889,24	485.972,21	-225.082,97	-46,3
ERGEBNIS	271.719,49	20.123,30	251.596,19	>100,0

Abschnitt 4: Jahresabschlüsse 2005 der Eigenbetriebe

Im Geschäftsjahr 2005 erwirtschaftete der Eigenbetrieb NürnbergStift einen Jahresüberschuss von 272 TEUR, im Vergleich zum Vorjahr eine Ergebnisverbesserung um 252 TEUR. Diese Veränderung des Ergebnisses resultiert aus einer Zunahme der Erträge um 0,701 Mio. EUR bei einer Zunahme der Aufwendungen um 0,449 Mio. EUR.

Die Leistungserträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 542 TEUR bzw. 2,2 % gestiegen. Der Anstieg der Erträge ist insbesondere auf eine Erhöhung der Leistungsentgelte zurückzuführen.

Die sonstigen Erträge nahmen um 159 TEUR oder 3,0 % zu. Sie enthalten u. a. die von der Stadt Nürnberg geleistete Kostenerstattung für Versorgungslasten für frühere Mitarbeiter/innen in Höhe von 1,107 Mio. EUR.

Durch die Anlage "Liquider Mittel" konnten im Jahr 2005 Zinserträge in Höhe von 213 TEUR (+ 73 TEUR) erzielt werden, denen Aufwendungen für Darlehensverbindlichkeiten (Zinsen und Verwaltungskostenbeiträge) mit einem Betrag von 43 TEUR gegenüberstehen. Saldiert ergibt sich ein positives Finanzergebnis in Höhe von 170 TEUR (im Vorjahr: 98 TEUR).

Die Personalaufwendungen, die im Jahr 2005 61 % (Vorjahr: 62 %) der Betriebsaufwendungen umfassen, sind lediglich um 76 TEUR bzw. 0,4 % gestiegen. Der Anstieg der Personalaufwendungen ist hauptsächlich auf die Bildung von Rückstellungen zurückzuführen, insbesondere die Erhöhung der Altersteilzeit-, Urlaubs-, und Überstundenrückstellungen. Demgegenüber ist die Anzahl der Mitarbeiter, ausgedrückt in Vollkräften (VK), um 22,39 oder 5,9 % zurückgegangen.

Die Sachaufwendungen nahmen im Berichtsjahr um 0,577 Mio. EUR bzw. 5,9 % auf 10,392 Mio. EUR zu. Vor allem der Aufwand für Zentrale Dienstleistungen (insbesondere die Verwaltungskostenerstattung an die Stadt Nürnberg) sank hierbei gegenüber dem Vorjahr um 0,255 Mio. EUR, während die Aufwendungen für Instandhaltung, aufgrund gebildeter Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung, um 0,716 Mio. EUR auf 2,453 Mio. EUR stiegen.

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über die von NüSt seit 2002 erwirtschafteten Jahresergebnisse.

	2002	2003	2004	2005
	EUR	EUR	EUR	EUR
Jahresergebnis	-575.704,99	-558.410,71	20.123,30	271.719,49

Trotz des intensiven Wettbewerbs auf dem Markt für Pflegedienstleistungen konnte der städtische Eigenbetrieb sein schon 2004 relativ gutes betriebswirtschaftliches Ergebnis in 2005 nochmals signifikant verbessern.

## 4.4.4.4 Prüfung des Jahresabschlusses 2005

#### 4.4.4.1 Prüfungsergebnis

Aufgrund geänderter Rechtsvorschriften wurde wie in den Vorjahren der Jahresabschluss 2005 des Eigenbetriebes NürnbergStift von Rpr gemäß Art. 103 Abs. 3 GO und Art. 106 GO geprüft. Das Prüfungsergebnis wurde im "Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2005 des Eigenbetriebes NürnbergStift" vom 24.07.2006 dokumentiert.

Nach dem zusammengefassten Prüfungsergebnis des Rpr

- entsprechen die Buchführung und der Jahresabschluss 2005 sowie der dazugehörige Rechenschafts- und Lagebericht den Rechtsvorschriften,
- vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanzund Ertragslage des NürnbergStifts,
- ergaben sich im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses keine Anhaltspunkte dafür, dass die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung in Frage gestellt werden müsste.

#### 4.4.4.4.2 Begutachtung durch den Werkausschuss

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2005 wurde zusammen mit dem Bericht des Rpr vom 24.07.2006 dem Werkausschuss am 27.07.2006 vorgelegt.

Der Werkausschuss (NüSt) begutachtete den Jahresabschluss 2005 für den Eigenbetrieb NürnbergStift und empfahl dem Stadtrat:

- die Feststellung des Jahresabschlusses 2005 sowie die Erteilung der uneingeschränkten Entlastung gem. Art. 102 Abs. 3 GO und
- den Jahresüberschuss 2005 in Höhe von 271.719,49 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

## 4.4.5 Personalausgaben

#### Prüfungsbericht vom 11.10.2006

Für den Bereich NüStSG wurden die Personalausgaben (Stundenvergütung, Sozialversicherungsbeiträge, Urlaub und Zulagen/Zuschläge) auf Basis des dort geltenden Tarifs für Gebäudereiniger geprüft.

Folgende Feststellung war zu treffen:

Bei der Berechnung von Feiertagszuschlägen wurden teilweise zu geringe Prozentzuschläge gewährt. Die tarifliche Festlegung wird künftig beachtet.

Ansonsten ist o.E. geprüft worden.

# 4.4.6 Anhang: Bilanz, GuV-Rechnung, Anlagennachweis und Fördernachweise zum 31.12.2005

Jahresbilanz zum für den Eigenbetrieb NürnbergStift			<b>Vor</b> j El	
AKTIVSEITE				
A. Anlagevermögen:				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		125.576,00		184.279,00
II. Sachanlagen:				
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten	22.528.597,33		23.169.705,33	
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	798,67		1.892,67	
<ol> <li>Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten</li> </ol>	0,00		0,00	
4. Technische Anlagen	308.329,00		374.835,00	
5. Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	666.545,02		945.654,02	
6. Fahrzeuge	100.412,00		88.832,00	
7. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	496.986,25	24.101.668,27	29.531,58	24.610.450,60
B. Umlaufvermögen:				
I. Vorräte:				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	121.574,05		127.382,85	
2. Unfertige Leistungen	18.002,21	139.576,26	26.766,02	154.148,87
<ol> <li>Forderungen und sonstige Vermögens- gegenstände:</li> </ol>				
<ol> <li>Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, davon mit einer Restlaufzeit von mehr als</li> </ol>	1.878.708,04		1.254.650,42	
einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
<ol><li>Forderung an Träger der Einrichtung, davon mit einer Restlaufzeit von mehr als</li></ol>	1.312.705,74		6.834.936,47	
einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
Forderungen aus öffentlicher Förderung,     Sold für State der State de	25.000,00		10.000,00	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
4. Sonstige Vermögensgegenstände,	124.183,08		88.692,08	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)	3.340.596,86	(0,00)	8.188.278,97
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		9.218.430,46		87.437,09
C. Rechnungsabgrenzungsposten		43.951,69		33.383,29
Summe AKTIVSEITE	<u> </u>	36.969.799,54		33.257.977,82

# Abschnitt 4: Jahresabschlüsse 2005 der Eigenbetriebe

	Jahresbilanz zur für den Eigenbetrieb NürnbergSti			<b>Vorj</b> EU	
PASS	SIVSEITE				
A. E	igenkapital:				
1.	. Stammkapital	620.000,00		620.000,00	
	. Kapitalrücklagen	18.862.823,27		18.862.823,27	
	. Gewinnrücklagen	0,00		0,00	
4	. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)	-1.622.174,91		-2.242.298,21	
5	. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	271.719,49	18.132.367,85	20.123,30	17.260.648,36
	onderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen ur Finanzierung des Sachanlagevermögens:				
1	Sonderposten aus öffentlichen Fördermitteln für Investitionen	1.425.354,00		1.504.150,00	
2	. Sonderposten aus nicht-öffentlicher Förderung für Investitionen	2.953.967,08	4.379.321,08	3.063.680,08	4.567.830,08
C. R	ückstellungen		7.450.291,90		5.091.210,50
D. V	erbindlichkeiten:				
1	. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen,	472.666,79		296.123,90	
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(472.666,79)		(296.123,90)	
2	. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten,	5.336.524,12		5.517.947,40	
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(182.295,24)		(182.285,43)	
3	. Erhaltene Anzahlungen,	243.856,27		121.680,51	
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(243.856,27)		(121.680,51)	
4	. Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger der Einrichtung,	18.789,57		8.160,59	
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(18.789,57)		(8.160,59)	
5	. Verbindlichkeiten aus öffentlichen Fördermitteln für Investitionen,	100.000,00		0,00	
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(100.000,00)		(0,00)	
6	. Verbindlichkeiten aus nicht-öffentlicher Förderung	85.137,02		86.814,45	
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(85.137,02)		(86.814,45)	
7	. Sonstige Verbindlichkeiten,	581.840,35		124.999,50	
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(581.840,35)		(124.999,50)	
8	. Verwahrgeldkonto	149.676,21		170.992,75	
	. Umsatzsteuer	16.362,79	7.004.853,12	•	6.333.245,22
E. R	echnungsabgrenzungsposten		2.965,59		5.043,66
Sum	me PASSIVSEITE		26 060 700 54		22 257 077 00
Juill	III I AUGITULII L	I _	36.969.799,54		33.257.977,82

Abschnitt 4: Jahresabschlüsse 2005 der Eigenbetriebe

	Gewinn- und Verlustrechnung für den Eigenbetrieb NürnbergStift	<b>20</b> 0 EU		<b>Vor</b> j EU	
1.	Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen gemäß PflegeVG und sonstigen Leistungen außerhalb des PflegeVG	17.478.698,01		17.267.238,22	
2.	Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	4.629.260,63		4.452.717,67	
3.	Erträge aus Zusatzleistungen nach PflegeVG	139.430,98		118.915,50	
4.	Erträge aus der gesonderten Berechnung von Investitionskosten	2.475.419,79		2.341.860,48	
5.	Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	414.827,16		429.165,93	
6.	Erhöhung/Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen	-8.763,81		26.766,02	
7.	Sonstige betriebliche Erträge	4.100.681,59	29.229.554,35	3.941.292,41	28.577.956,23
8.	Personalaufwand:				
	a) Löhne und Gehälter     b) Sozialabgaben, Altersversorgung     und sonstige Aufwendungen	13.361.682,78 4.523.084,25		13.155.434,09 4.653.795,65	
9.	Materialaufwand:	, , ,			
	a) Lebensmittel	80.088,99		258.563,10	
	b) Wasser, Energie, Brennstoffe	1.074.346,50		1.074.710,69	
	c) Wirtschafts-/Verwaltungs-/Betreuungs-/Medtherap. Bedarf	5.399.572,42		5.092.819,29	
10	. Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	846.675,10		1.101.550,61	
11	. Steuern, Abgaben, Versicherungen	242.599,41		270.034,31	
12	Mieten, Pacht, Leasing	229.379,87	25.757.429,32	227.620,39	25.834.528,13
Zw	rischenergebnis		3.472.125,03		2.743.428,10
13	Erträge aus öffentlicher und nicht-öffentlicher Förderung von Investitionen	107.686,40		6.359,04	
14	. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten	213.797,75		330.974,97	
15	. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verbindlichkeiten	123.611,32		15.199,46	
16	. Abschreibungen:				
	<ul> <li>a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände und Sachanlagen</li> </ul>	1.220.274,18		1.322.412,74	
	<ul> <li>b) Abschreibungen auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</li> </ul>	20.427,84		2.022,71	
17	. Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung	2.453.224,86		1.737.361,12	
18	. Sonstige ordentliche Aufwendungen	44.937,72	-3.540.991,77	35.233,28	-2.774.895,30
Zw	rischenergebnis		-68.866,74		-31.467,20
19	. Zinsen und ähnliche Erträge	212.785,65		140.094,41	
20	. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	43.025,92	169.759,73	41.946,19	98.148,22
21	. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		100.892,99		66.681,02
22	. Außerordentliche Erträge	391.702,82		126.592,39	
23	. Außerordentliche Aufwendungen	260.889,24		485.972,21	
24	. Weitere Erträge	40.012,92	170.826,50	312.822,10	-46.557,72
25	. Außerordentliches Ergebnis		170.826,50		-46.557,72
26	. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)		271.719,49		20.123,30
	nachrichtlich	•		•	
	Verwendung des Jahresüberschusses:				
	Auf neue Rechnung vorzutragen		271.719,49		20.123,30

# Abschnitt 4: Jahresabschlüsse 2005 der Eigenbetriebe

Anlagennachweis für den "Eigenbetrieb NürnbergStift" (NüSt) zum 31.12.2005

Bilanzposten		Entwicklun	Entwicklung der Anschaffungswerte	ffungswerte			Eni	wicklung der /	Entwicklung der Abschreibungen			Restbuchwerte
	Anfangs-	Zugang	Ė	Abgang	Endstand	Anfangs-	Abschreibungen	-m-O	Zuschreibungen	Entnahme für	Endstand	(Stand:
A. Anlagevermögen	bestand		pnchungen			bestand	des Geschäfts-	puchungen	des Geschäfts-	Abgänge		31.12.2005)
							jahres		jahres			
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	9	7	æ	6	10	11	12	13
I. Immaterielle Vermögens- gegenstände	522.213,94	8.264,41		12.325,73	518.152,62	337.934,94	66.967,41			12.325,73	392.576,62	125.576,00
II. Sachanlagen: 1.1. Grundstücke und grund- stücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten	37.450.536,41	1.459,07			37.451.995,48 14.280.831,08	14.280.831,08	642.567,07				14.923.398,15	22.528.597,33
1.2. darunter: Betriebsbauten und Außenanlagen	36.834.392,08	1.459,07			36.835.851,15 14.280.831,08	14.280.831,08	642.567,07				14.923.398,15	
Grundstücke und grund- stücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	51.155,41			·	51.155,41	49.262,74	1.094,00				50.356,74	798,67
<ol> <li>Grundstücke und grund- stücksgleiche Rechte ohne Bauten</li> </ol>	00'0				0,00	00'0					00'0	000
4.1. Technische Anlagen	1.646.875,14		131.323,80	57.651,24	1.720.547,70	1.272.040,14	71.897,00	125.932,80		57.651,24	1.412.218,70	308.329,00
4.2. darunter: in Betriebs- bauten und in Außen- anlagen	1.646.875,14		131.323,80	57.651,24	1.720.547,70	1.272.040,14	71.897,00	125.932,80		57.651,24	1.412.218,70	308.329,00
5.1. Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	6.826.209,20   149.428,75		-131.323,80	462.127,92	6.382.186,23	5.880.555,18		422.391,75  -125.932,80		461.372,92	5.715.641,21	666.545,02
5.2. darunter: in Betriebs- bauten. in Außenanlagen. GWG's und Festwerte in Betriebsbauten	6.826.209.20 149.428,75		-131.323,80	462.127,92	6.382.186,23	5.880.555,18	422.391,75	422.391,75 -125.932,80		461.372,92	5.715.641,21	666.545,02
6. Fahrzeuge	196.382,28	26.936,95		8.332,01	214.987,22	107.550,28	15.356,95			8.332,01	114.575,22	100.412,00
7.1. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	29.531,58	29.531,58 467.454,67			496.986,25						00'0	496.986,25
7.2. darunter: für Betriebs- bauten	00'0				00'0`	00'0					00'0	00'0
Zwischensumme II.	46.200.690,02 645.279,44	645.279,44	00'0		528.111,17 46.317.858,29 21.590.239,42	21.590.239,42	1.153.306,77	00,00	00'0		527.356,17 22.216.190,02	24.101.668,27
1.2., 4.2., 5.2., 6. und 7.2.	45.503.858,70 177.824,77	177.824,77	00'0	.	528.111,17 45.153.572,30 21.540.976,68	21.540.976,68	1.152.212,77	00'0	00'0	527.356,17	527.356,17 22.165.833,28	22.987.739,02
III. Finanzanlagen	00'0		·		00'0	00'0					00'0	00'0
insgesamt	46.722.903,96 653.543,85	653.543,85	00'0		540.436,90 46.836.010,91 21.928.174,36	21.928.174,36	1.220.274,18	00'0	00'0	539.681,90	539.681,90 22.608.766,64	24.227.244,27

Fördernachweis - öffentliche Förderung - für den "Eigenbetrieb NürnbergStift" (NüSt) zum 31.12.2005

L													
	Bilanzposten		Entwicklung der		Anschaffungswerte			ш	ntwicklung de	Entwicklung der Abschreibungen			Restbuchwerte
		Anfangs-	Zugang	ų.	Abgang	Endstand	Anfangs-	Abschreibungen	-in	Zuschreibungen	Entnahme für	Endstand	(Stand:
٠ ﴿	Anlagevermögen	bestand		pnchungen			bestand.	des Geschäfts-	puchungen	des Geschäfts-	Abgänge		31.12.2005)
								jahres		jahres			
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
	1	2	က	4	5	9	7	8	6	10	11	12	13
- <b>-</b>	Immaterielle Vermögens- gegenstände	35.281,19	0,00	00'0	00'0	35.281,19	35.281,19	00'0	00'0	000	00'0	35.281,19	00'0
= ± ± ± ± ± ± ± ± ± ± ± ± ± ± ± ± ± ± ±	Sachanlagen: Grundstücke und grund- stücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten	1.919.010,15	00'0	00'0	00'0	1.919.010,15	571.659,15	35.981,00	00.0	00'0	00'0	607.640,15	1.311.370,00
1.2.0	darunter: Betriebsbauten und Außenanlagen	1.919.010,15	00 0	00'0	00'0	1.919.010,15	571.659,15	35.981,00	00'0	00'0	00,0	607.640,15	1.311.370,00
- # L	Grundstücke und grund- stücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	00'0	00,0	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	00°0	00'0	000
ю <u>.</u>	Grundstücke und grund- stücksaleiche Rechte ohne Bauten	00'0	00'0	00 0	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	00,0	00'0	00'0	00'0
4	4.1. Technische Anlagen	191.489,04	00'0	41.058,10	26.382,67	206.164,47	67.882,04	16.797,00	41.058,10	00'0	26.382,67	99.354,47	106.810,00
2.7.3	4.2. darunter: in Betriebs- bauten und in Außen- anlagen	191.489,04	00'0	41.058,10	26.382,67	206.164,47	67.882,04	16.797,00	41.058,10	00'0	26.382,67	99.354,47	106.810,00
5.1.	5.1. Einrichtungen und Ausstattungen ohne Stattungen ohne Fahrzeuge	763.335,45	2.412,80	41.566,32	72.968,52	651.213,41	730.143,45	27.826,80	41.566,32	00'0	72.364,52	644.039,41	7.174,00
5.2.	darunter: in Betriebs- bauten, in Außenanlagen. GWG's und Festwerte in Betriebsbauten	763.335,45	2.412,80	41.566,32	72.968,52	651.213,41	730.143,45	27.826,80	41.566,32	00'0	72.364,52	644.039,41	7.174,00
9	Fahrzeuge	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0
7.1.	.1. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	00'0	00'0	00,00	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0
7.2.	2. darunter: für Betriebs- bauten	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	0,00	00'0	000	00'0	00'0	00'0	00'0
Zwis	Zwischensumme II.	2.873.834,64	2.412,80	-508,22	99.351,19	2.776.388,03	1.369.684,64	80.604,80	-508,22	0,00	98.747,19	1.351.034,03	1.425.354,00
1.2	1.2., 4.2., 5.2., 6. und 7.2.	2.873.834,64	2.412,80	-508,22	99.351,19	2.776.388,03	1.369.684,64	80.604,80	-508,22	00'0	98.747,19	1.351.034,03	1.425.354,00
Ē	Finanzanlagen	00'0	00'0	00'0	0,00	0,00	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0
insg	insgesamt	2.909.115,83	2.412,80	-508,22	99.351,19	2.811.669,22	1.404.965,83	80.604,80	-508,22	00'0	98.747,19	1.386.315,22	1.425.354,00

Fördernachweis - nicht-öffentliche Förderung - für den "Eigenbetrieb NürnbergStift" (NüSt) zum 31.12.2005

												_
Bilanzposten		Entwicklung	Entwicklung der Anschaffungswerte	ungswerte			ū	ntwicklung der	Entwicklung der Abschreibungen			Restbuchwerte
-	Anfangs-	Zugang	-mn	Abgang	Endstand	Anfangs-	Abschreibungen	-mn	Zuschreibungen	Entnahme für	Endstand	(Stand:
A. Anlagevermögen	bestand		puchungen			bestand	des Geschäfts-	pachungen	des Geschäfts-	Abgänge		31.12.2005)
	!	. !		!	!	į	jahres		jahres			
	EUK	EUR.	E,	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
	2	6	4	2	9	7	80	6	9	11	12	13
I. Immaterielle Vermögens- gegenstände	145.219,31	00'0	00'0	283,31	144.936,00	126.562,31	6.567,00	00'0	00'0	283,31	132.846,00	12.090,00
II. Sachanlagen: 1.1. Grundstücke und grund- stücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten	4.860.381,16	00'0	00'0	00'0	4.860.381,16	1.913.940,16	85.749,00	00,00	00'0	00'0	1.999.689,16	2.860.692,00
1.2. darunter: Betriebsbauten und Außenanlagen	4.860.381,16	00'0	00'0	00'0	4.860.381,16	1.913.940,16	85.749,00	00'0	00'0	00'0	1.999.689,16	2.860.692,00
2. Grundstücke und arund- stücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	00,0	00'0	00'0
<ol> <li>Grundstücke und grund- stücksaleiche Rechte ohne Bauten</li> </ol>	00'0	00'0	00,0	00'0	00'0	00.0	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0
4.1. Technische Anlagen	9.116,26	00'0	00'0	00'0	9.116,26	2.050,26	911,00	00'0	00'0	00'0	2.961,26	6.155,00
4.2. darunter: in Betriebs- bauten und in Außen- anlagen	9.116,26	00.0	00'0	00'0	9.116,26	2.050,26	911,00	00'0	00'0	00'0	2.961,26	6.155,00
5.1. Einrichtungen und Ausstaftungen ohne Staffungen ohne Fahrzeuge	551.912,50	189,44	-819,59	20.368,22	530.914,13	462.455,42	21.479,44	-819,59	00'0	20.368,22	462.747,05	68.167,08
5.2. darunter: in Betriebs- bauten. in Außenanlagen. GWG's und Festwerte in Betriebsbauten	551.912,50	189,44	-819,59	20.368,22	530.914,13	462.455,42	21.479,44	-819,59	08.0	20.368,22	462.747,05	68.167.08
6. Fahrzeuge	2.628,73	5.196,85	00'0	00'0	7.825,58	569,73	392,85	00'0	00'0	00'0	962,58	6.863,00
7.1. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	00 0	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	00,0	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0
7.2. darunter: für Betriebs- bauten	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	00,0	00'0	00'0	00,0	00'0
Zwischensumme II. darunter Summe der Posten	5.424.038,65	5.386,29	-819,59	20.368,22	5.408.237,13	2.379.015,57	108.532,29	-819,59	00'0	20.368,22	2.466.360,05	2.941.877,08
1.2., 4.2., 5.2., 6. und 7.2.	5.424.038,65	5.386,29	-819,59	20.368,22	5.408.237,13	2.379.015,57	108.532,29	-819,59	00'0	20.368,22	2.466.360,05	2.941.877,08
III. Finanzanlagen	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	0,00	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0
insgesamt	5.569.257,96	5.386,29	-819,59	20.651,53	5.553.173,13	2.505.577,88	115.099,29	-819,59	00'0	20.651,53	2.599.206,05	2.953.967,08

## 5 ZENTRALE ANLAUFSTELLE FÜR KORRUPTIONSPRÄ-VENTION

Mit der Einrichtung einer Zentralen Anlaufstelle für Korruptionsprävention beim Rechnungsprüfungsamt Anfang 2001 hat die Stadt ihre Korruptionsprävention weiter verstärkt. Zusätzlich zu den bisherigen, vergleichsweise engmaschigen Maßnahmen (u.a. im Anordnungs- und Vergabewesen) der Stadt bietet diese Stelle nun seit mehr als 5 Jahren den Dienststellen und den Beschäftigten, aber auch der Öffentlichkeit eine Ansprech- und Hilfemöglichkeit an, die

- Beratungs- und Aufklärungsarbeit leistet,
- Ausarbeitung dienststelleninterner Präventionsmaßnahmen und Kontrollmechanismen unterstützt sowie Inhouse-Seminare abhält,
- mit größtmöglichem Vertrauensschutz Hinweise (auch anonym) entgegennimmt und weiterverfolgt.

Nach mehr als 5 Jahren Aufklärungsarbeit genießt die Zentrale Anlaufstelle für Korruptionsprävention innerhalb der Stadtverwaltung einen hohen Bekanntheitsgrad. Dies zeigen die nicht seltenen Anrufe von Bediensteten. Aber auch Hinweise aus der Bevölkerung (zum Teil anonym) belegen, dass die Zentrale Anlaufstelle bei Rpr eine zweckmäßige Einrichtung ist. Im "Schlüssel zum Rathaus", der auch über das Internet aufgerufen werden kann, wird auf diese Kontaktstelle hingewiesen. Durch Bekanntgabe der e-mail-Adresse erfolgen Hinweise auch hierüber.

Allen Hinweisen (auch anonymen) wird unverzüglich nachgegangen. Bei den erforderlichen Recherchen werden, je Hinweisart PA/7, die Kriminalpolizei und falls erforderlich, auch die betroffenen Dienststellen mit eingeschaltet. Die Mehrzahl der überprüften Vorwürfe über korruptives Verhalten war nicht haltbar. Dies waren meist Fälle, bei denen Bürger mit Verwaltungsentscheidungen der Stadt unzufrieden oder überfordert waren.

Aber auch in diesen Fällen konnte nicht selten geholfen werden. Schon die nochmalige Auseinandersetzung mit den beanstandeten Sachverhalten und die folgenden Gespräche städtischer Bediensteter mit den Bürgern demonstrieren eine bürgernahe Verwaltung.

Die Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei Nürnberg kann als positiv bezeichnet werden. Nicht nur die in regelmäßigen Abständen stattfindenden Sitzungen in der "Arbeitsgruppe Korruptionskooperation", deren Mitglieder die Kriminalpolizei, der Referent Allgemeine Verwaltung/Finanzreferat, der Abteilungsleiter für Disziplinarangelegenheiten beim Personalamt (PA/7) sowie der Ansprechpartner für Korruptionsprävention beim Rechnungsprüfungsamt sind, sondern auch die sonstigen ständigen Kontakte sind fruchtbar.

In den letzten Jahren konnte die Kooperation in der städtischen und polizeilichen Präventionsarbeit weiter optimiert werden.

Die kürzlich aufgedeckten Missstände im städtischen Krematorium zeigen aber deutlich, dass die Korruptionsprävention insgesamt ohne ausreichende Vorgangskontrollen durch die Fachvorgesetzten vor Ort nicht auskommt.

# 6 ZUSAMMENGEFASSTES PRÜFUNGSERGEBNIS, EMP-FEHLUNG ZUR FESTSTELLUNG DER JAHRESAB-SCHLÜSSE 2005 SOWIE ENTLASTUNG

Wie in den Vorbemerkungen dieses Sachverständigenberichts 2006 (Teil I) bereits dargelegt, benötigen die Aufstellung und Prüfung des doppischen Jahresabschlusses der Stadt (ab 2005) mehr Zeit als bei der vorherigen kameralen Rechnungslegung. Die entsprechende Prüfung des doppischen Abschlusses 2005 (Bestandteil des nach Art. 106 GO vorgegebenen Umfangs der Rechnungsprüfung) konnte deshalb noch nicht durchgeführt und die Ergebnisse dieser Prüfung müssen nach Prüfungsabschluss in einem weiteren Sachverständigenbericht 2006 (Teil II) vom Rechnungsprüfungsamt vorgelegt werden. Die Sachverständigenberichte 2006 Teil I und Teil II bilden dann zusammen die Grundlage für die noch abschließend zu erfolgende Prüfung/Begutachtung der Wirtschaftsführung und des doppischen Abschlusses 2005 der Stadt durch den Rechnungsprüfungsausschuss nach Art. 103 GO.

Zwecks einer möglichst zeitnahen Berichterstattung für den Stadtrat hat Rpr in dem der Abschlussprüfung vorgezogenen Sachverständigenbericht 2006 (Teil I) seine wesentlichen Prüfungsinhalte und -ergebnisse der bis zum 10.11.2006 abgeschlossenen Prüfungen aufgeführt. Die Prüfungsbemerkungen und -anregungen bewegen sich insgesamt im Rahmen der Vorjahre. Erkennbar wird insbesondere, dass – trotz der von der Verwaltung in den letzten Jahren bereits gestemmten beträchtlichen Konsolidierungspakete – zumindest in Teilbereichen noch weitere Ergebnisverbesserungen realisierbar sind.

Die Prüfung nach Art. 103 und Art. 106 GO der Jahresabschlüsse 2005 des Regiebetriebs "Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Herpersdorf", des Sondervermögens Klinikum sowie der Eigenbetriebe "Stadtentwässerungsbetrieb", "Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetrieb" sowie "NürnbergStift" ist vollständig durchgeführt worden und im vorliegenden Sachverständigenbericht 2006 (Teil I) insoweit abschließend enthalten. Das Rechnungsprüfungsamt empfiehlt daher dem Stadtrat, diese Jahresabschlüsse 2005 nach Behandlung im Rechnungsprüfungsausschuss gem. Art. 102 Abs. 3 GO festzustellen und uneingeschränkte Entlastung zu erteilen.

Nürnberg, 10.11.2006 Rechnungsprüfungsamt i.A.

Seiferth Verwaltungsdirektor

Abschnitt 6: Zusammengefasstes Prüfungsergebnis, Empfehlung zur Feststellung der Jahresabschlüsse 2005 sowie Entlastung

# 7 VERZEICHNIS DER ABKÜRZUNGEN

AdO Anordnung des Oberbürgermeisters

ADON Allgemeine Dienstordnung der Stadt Nürnberg

ADV Automatisierte Datenverarbeitung

AFB Allgemeine Finanzwirtschaftsbestimmungen der Stadt Nürnberg

AG Auftraggeber
AN Auftragnehmer

APC Arbeitplatzcomputer

AVStG Verordnung zur Ausführung des Stiftungsgesetzes

BA Bauabschnitt

BAT Bundesangestelltentarifvertrag
BayBG Bayerisches Beamtengesetz

BayGVBI. Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

BayKrG Bayerisches Krankenhausgesetz

BayStG Bayerisches Stiftungsgesetz
BeamtVG Beamtenversorgungsgesetz

BeschO Beschaffungsordnung der Stadt Nürnberg

BGBI Bundesgesetzblatt

BKPV Bayerischer Kommunaler Prüfungsverband

BMT-G Bundesmanteltarifvertrag für Arbeiter gemeindlicher Verwaltungen und Betriebe

BPfIV Bundespflegesatzverordnung

BRL Baurichtlinien der Stadt Nürnberg

BSHG Bundessozialhilfegesetz
BVG Bundesversorgungsgesetz
DIN Deutsche Industrie-Norm

DV Datenverarbeitung

EBV Eigenbetriebsverordnung

EFB Einheitsformblatt zur Preisermittlung

Abschnitt 7: Verzeichnis der Abkürzungen

EGHGB Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch

Epl Einzelplan

FAG Finanzausgleichsgesetz

FinPl Finanzplan

GO Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern

GoB Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und Bilanzierung

GoBS Grundsätze ordnungsmäßiger DV-gestützter Buchführungssysteme

GVBI Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

HAR Haushaltsausgaberest
HER Haushaltseinnahmerest
HGB Handelsgesetzbuch

HGrG Haushaltsgrundsätzegesetz

HJ Haushaltsjahr

HOAI Honorarordnung für Architekten und Ingenieure

Hpl Haushaltsplan

HR Haushaltsrechnung

Hst Haushaltsstelle

HÜL Haushaltsüberwachungsliste

HUA Haushaltsunterabschnitt

luK Informations- und Kommunikationstechnik

IuK-KKG IuK-Koordinations- und Konzeptions-Gremium

IT Informationstechnik

IV Informationsverarbeitung

IVGA Geschäftsanweisung zum Einsatz der technikunterstützten Informationsverarbei-

tung bei der Stadt Nürnberg

KAG Kommunalabgabengesetz

KassDA Allgemeine Dienstanweisung für die Stadtkasse Nürnberg, ihre Zahlstellen und

für Handvorschüsse

KAR Kassenausgaberest
KER Kasseneinnahmerest
Kh Klinikum Nürnberg

KHBV Krankenhaus-Buchführungsverordnung

KHG Krankenhausfinanzierungsgesetz
KLR Kosten- und Leistungsrechnung

Abschnitt 7: Verzeichnis der Abkürzungen

KommHV Kommunalhaushaltsverordnung

KommPrV Kommunalwirtschaftliche Prüfungsverordnung

KUV Verordnung über Kommunalunternehmen

LAG Lastenausgleichsgesetz

LagO Lagerordnung der Stadt Nürnberg

LV Leistungsverzeichnis

MIP Mittelfristiger Investitionsplan

NA Nachtragsangebot

ORH Bayerischer Oberster Rechnungshof

PBV Pflegebuchführungsverordnung

PC Personalcomputer bzw. Profit-Center

POA Personal- und Organisationsausschuss

RE Rechnungsergebnis

RPrO Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Nürnberg

SGB Sozialgesetzbuch

sKU selbständiges Kommunalunternehmen

SN Sammelnachweis

SVG Soldaten-Versorgungsgesetz

TEUR Tausend EURO

TK Telekommunikation

Tul Technikunterstützte Informationsverarbeitung

TVöD Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst

UA Unterabschnitt üpl überplanmäßig

VE Verpflichtungsermächtigung

Vmh Vermögenshaushalt Vwh Verwaltungshaushalt

VOB Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen VOF Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen

VOL Verdingungsordnung für Leistungen – ausgenommen Bauleistungen –

VRL Vergaberichtlinien der Stadt Nürnberg

VVKommHV Verwaltungsvorschriften zur Kommunalhaushaltsverordnung

VVKommPrV Verwaltungsvorschriften zur Kommunalwirtschaftlichen Prüfungsverordnung

Abschnitt 7: Verzeichnis der Abkürzungen

VVS-Konten Verwahrgeld- und Vorschusskonten

WAS Wochenarbeitsstunden

WkKV Verordnung über die Wirtschaftsführung der kommunalen Krankenhäuser

WP Wirtschaftsprüfer

ZTV-T Zusätzliche Technische Vorschriften der Stadt Nürnberg für Tiefbauarbeiten

ZVB Zusätzliche Vertragsbedingungen der Stadt Nürnberg für die Ausführung von

Bauleistungen